Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

16. Januar 1978
Jg. 6 Nr. 3

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21061 C

Internationale Bauxitvereinigung beschließt Mindestpreispolitik

Anfang Dezember hat die Internationale Bauxitvereinigung (IBA) Mindestpreise eingeführt. 1978 soll der Mindestpreis für Bauxit, das 45% Aluminiumoxyd enthält, auf dem nordamerikanischen Markt 24 US-Dollar per metrische Tonne betragen. Für die anderen Märkte der Welt sollen die Mitglieder entsprechende Preise wählen mit Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen. Diese Politik wird nur eine leichte Erhöhung der Bauxitpreise bringen, „aber das wichtigste dabei ist, daß wir dabei übereinstimmen", sagte H. Guda (Surinam), Generalsekretär der IBA.

Die Internationale Bauxitvereinigung wurde 1974 gegründet und hat heute elf Mitglieder. Diese Länder liefern 75% der Weltproduktion von Bauxit. (aus: Hsinhua)

Erdgasgeschäfte der Sowjetunion: Bulgarien zu 100% in Abhängigkeit gebracht

Bulgarien ist bei der Vernutzung von Erdgas zu 100% von der SU abhängig. Ganze Industriezweige und die großen Städte hängen am SU-Gas. Das nutzen die Sozialimperialisten, bestimmen und erhöhen die Preise, wie und wann sie wollen. Als Gegenleistung muß Bulgarien Rohstoffe, Maschinen, Obst und Gemüse liefern. Weiterhin zwingen sie Bulgarien, das schwerste Teilstück der berüchtigten Gasleitung Orenburg-Westgrenze in der SU zu bauen. Die SU beherrscht fast die gesamte Energieversorgung Bulgariens: „Durch sowjetische Lieferungen werden 90% des Imports an Heiz- und Energiestoffen gedeckt, darunter an Erdgas 100%, Elektroenergie und Steinkohle 98%, Erdöl 92% und Erdölprodukte 84%", schreibt die Teleagentur Sofia.

Trotz US-Militärhilfe kann die indonesische Militärjunta die Revolution in Osttimor nicht aufhalten

Als „7. Provinz" betrachtet die indonesische Militärjunta die seit dem 29.11.75 bestehende Demokratische Republik von Osttimor und mißachtet den gegen die Annexionsversuche gerichteten UNO-Beschluß von Ende November 1977. Nach Angaben des UNO-Botschafters der Fretilin Jose Ramos-Horta kontrollieren die mit westlichen Waffen (90% aus den USA) ausgerüsteten 45000 indonesischen Soldaten gerade die Hauptstadt Dili

Trotz US-Militärhilfe kann die indonesische Militärjunta die Revolution in Osttimor nicht aufhalten

Als „7. Provinz" betrachtet die indonesische Militärjunta die seit dem 29.11.75 bestehende Demokratische Republik von Osttimor und mißachtet den gegen die Annexionsversuche gerichteten UNO-Beschluß von Ende November 1977. Nach Angaben des UNO-Botschafters der Fretilin Jose Ramos-Horta kontrollieren die mit westlichen Waffen (90% aus den USA) ausgerüsteten 45000 indonesischen Soldaten gerade die Hauptstadt Dili
und einige stark befestigte Orte. 80% des Territoriums, in dem 90% der Bevölkerung wohnen, sind befreite Gebiete. Der Versuch, mit einer bis zum 31.12.77 befristeten „Amnestie" – geknüpft an die Aufforderung, die Waffen niederzulegen – die revolutionäre Einheit des Volkes von Osttimor zu zersetzen, ist fehlgeschlagen. „Jetzt sind wir dran", erklärte der UN-Botschafter der Fretilin zur Offensive der Befreiungskämpfer mit dem Beginn der Regenzeit.

Das Demokratische Kampuchea erklärt: Verhandlungen erst nach Abzug der Invasionstruppen

Das Demokratische Kampuchea und die Sozialistische Republik Vietnam haben am 9. Januar in Peking zu den Kämpfen an der kambodschanisch-vietnamesischen Grenze Stellung genommen. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit einer friedlichen Regelung. Der Sprecher der Sozialistischen Republik Vietnam sagte: „Die beiden Länder sollten die Probleme in einem Geist der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung, der Freundschaft und der guten Nachbarschaft prüfen und sie durch Verhandlungen lösen." Der Sprecher des Demokratischen Kampuchea stellte fest, daß „Verhandlungen nur stattfinden können, wenn vorher eine Atmosphäre des wechselseitigen Vertrauens geschaffen worden ist, d.h. wenn Vietnam seine Aggression gegen Kambodscha beendet, seine Armee vom Gebiet Kambodschas zurückzieht und damit aufhört, die heimtückische Absicht zu verfolgen, Kambodscha zur Teilnahme an seiner ‚Indochina Föderation' zu zwingen." Der stellvertretende Ministerpräsident der Volksrepublik China Tschi Teng-Kwei erklärte gegenüber dem japanischen Abgeordneten Chuji Kuno: „Beide Parteien müssen die Kämpfe einstellen. Die Armee, die die Grenze überschritten hat, muß das besetzte Gebiet räumen. Dann müssen Verhandlungen über eine friedliche Regelung der Streitfragen beginnen."

Westdeutsche Handelsflotte auf der Suche nach „neuen Märkten"

Im Kielwasser des Kanzlers mit Kurs: Mittelmeer / Die Supermacht UdSSR ist ein mächtiger Konkurrent

Keine 5 Monate ist es her, daß vier Fregatten des 2. Geleitgeschwaders der Bundesmarine im Mittelmeer kreuzten und in Italien neben der 6. US-Flotte anlegten. Nach dieser militärischen Sondierung des Mittelmeerraumes, nach den Finanz- und Strukturuntersuchungen einer Bonner Kommission unter Leitung des Aachener Versicherungsmillionärs und ehemaligen Bundesfinanzministers Alex Möller in Ägypten und der anschließenden Visite des Kanzlers, scheint für die westdeutschen Imperialisten der notwendigen Sondierung Genüge getan.

Das Geschäft kann anlaufen. Die BRD-Imperialisten rechnen sich gute Chancen aus. In dieser Lage sinnen deutsche Reeder über „neue Wege" ins Mittelmeer. Sie treffen auf eine Konkurrenz, die sich gewaschen hat. Der sowjetische Sozialimperialismus, als aufstrebende Supermacht angriffslustig, großer Spalter des Kampfes der Länder der Dritten Welt um Unabhängigkeit und nationale Befreiung, verfügt über ein großes Flottenkontingent und ein beträchtliches Handelspotential, gerade im Mittelmeerraum.

80% der von der UdSSR veräußerten Maschinen und Anlagen gehen bereits in die Länder der Dritten Welt. Seit 1960 vergibt die UdSSR sogenannte Anleihen im Namen der „Wirtschaftshilfe". Industrieprodukte im Werte von mehr als 20 Mrd. Dollar haben die neuen Zaren auf diese Weise in die Länder der Dritten Welt abgesetzt. Sie zwingen diese Länder auf Grund erpresserischer Verträge, mit Rohstoffen zu zahlen und wollen sie weiter unter die Knute ihrer Schuldknechtschaft treiben. Durch den Zwang zu stets steigender Rohstofflieferung an die Sozialimperialisten für deren industriellen Fertigprodukte wird der Aufbau einer allseitig entwickelten Volkswirtschaft verhindert. Stattdessen verwandeln sich die vom Sozialimperialismus unterdrückten Länder in Rohstofflieferanten der UdSSR. In den

ben die neuen Zaren auf diese Weise in die Länder der Dritten Welt abgesetzt. Sie zwingen diese Länder auf Grund erpresserischer Verträge, mit Rohstoffen zu zahlen und wollen sie weiter unter die Knute ihrer Schuldknechtschaft treiben. Durch den Zwang zu stets steigender Rohstofflieferung an die Sozialimperialisten für deren industriellen Fertigprodukte wird der Aufbau einer allseitig entwickelten Volkswirtschaft verhindert. Stattdessen verwandeln sich die vom Sozialimperialismus unterdrückten Länder in Rohstofflieferanten der UdSSR. In den

Jahren 1960 – 1974 importierte die Sowjetunion Rohprodukte im Werte von 20,9 Mrd. US-Dollar. Davon waren 50% Schuldentilgung. Den Transport trägt die sowjetische Handelsflotte, ein gewichtiges Machtinstrument. Wo immer diese Vorboten der neuen Zaren auftauchen, ist die sowjetische Kriegsflotte nicht weit. „Die Sicherung der Außenhandelsbeförderungen der UdSSR auf dem Seewege gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Flotte. (S. Lukantschenko, stellv. Minister für die Hochseeflotte der UdSSR)". Gewaltige Anstrengungen legt der Sozialimperialismus in den Aufbau seiner Handelsflotte. Die Hälfte aller Beförderungen des Außenhandels der UdSSR entfällt auf die Handelsflotte. Der Weser Kurier schreibt am 5.1.78 über die Sorgen der westdeutschen Küstenschiffer: „Die Handelsflotte der Sowjetunion ist in den vergangenen 10 Jahren um jeweils 700000 tdw verstärkt worden. Sie besteht aus 2776 Einheiten mit 20,16 Mio. tdw, 7886 Mio. tdw oder 63,7% mehr als zu Beginn des Jahres 1968. Die Gesamtzahl der Schiffe wurde um 986 oder um 55% erhöht." Eine Monatszeitschrift des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR ergänzt: „Den größten Umfang der Güterbeförderung auf den Auslandsrouten bewältigt mit über 23% die Schwarzmeer-Reederei". Kein Wunder, diese Reederei trägt den Flottenverkehr in die Mittelmeerländer, nach Afrika und in den Nahen Osten. Die Profite der Sowjetunion sind beträchtlich und es läßt einiges ahnen, wenn das Ministerium für Außenhandel der UdSSR erklärt: „Erforderlich ist noch energischere und besser koordinierte Arbeit (Fortsetzung Seite 2)

Die Besiedlung der besetzten Gebiete ist die Fortsetzung der Aggressionen gegen das arabische und palästinensische Volk





Am 8.10.78 beschloß das zionistische Regime unter Begin, die bestehenden Siedlungen im Westjordanland und Sinai weiter auszubauen. Die Siedlungen werden als Wehrdörfer gebaut, denn das „Militär kann nicht überall sein" (Begin). Seit dem Aggressionskrieg gegen die arabischen Staaten 1967 hat das zionistische Siedlerregime auf besetztem Gebiet 79 Siedlungen errichtet. Der „Ausbau der Siedlungen" wird jetzt paramilitärisch organisiert und untersteht der Armee. „Neu angelegte Kleinfabriken und Handwerkerbetriebe produzieren inzwischen auf Rechnung des Verteidigungsministeriums Elektronikbauteile und Panzerplatten." (Die Welt, 10.1.78) Am 16.1. soll der zionistische Kettenhund der US-Imperialisten an der Leine von US-Außenminister Vance ausgeführt werden, um Ägyptens Präsident Sadat seine „Friedensvorschläge" zu unterbreiten. Die Interessen der Zionisten und des US-Imperialismus verlangen nach Garantie des Imperialistenstützpunktes Israel, was niemals im Interesse des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker sein kann. Am 9.1.78 erklärte Ägyptens Präsident Sadat: „Ich werde niemals meine Zustimmung zu israelischen Siedlungen auf ägyptischem Land geben, seien sie ziviler oder militärischer Natur."

Am 8.10.78 beschloß das zionistische Regime unter Begin, die bestehenden Siedlungen im Westjordanland und Sinai weiter auszubauen. Die Siedlungen werden als Wehrdörfer gebaut, denn das „Militär kann nicht überall sein" (Begin). Seit dem Aggressionskrieg gegen die arabischen Staaten 1967 hat das zionistische Siedlerregime auf besetztem Gebiet 79 Siedlungen errichtet. Der „Ausbau der Siedlungen" wird jetzt paramilitärisch organisiert und untersteht der Armee. „Neu angelegte Kleinfabriken und Handwerkerbetriebe produzieren inzwischen auf Rechnung des Verteidigungsministeriums Elektronikbauteile und Panzerplatten." (Die Welt, 10.1.78) Am 16.1. soll der zionistische Kettenhund der US-Imperialisten an der Leine von US-Außenminister Vance ausgeführt werden, um Ägyptens Präsident Sadat seine „Friedensvorschläge" zu unterbreiten. Die Interessen der Zionisten und des US-Imperialismus verlangen nach Garantie des Imperialistenstützpunktes Israel, was niemals im Interesse des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker sein kann. Am 9.1.78 erklärte Ägyptens Präsident Sadat: „Ich werde niemals meine Zustimmung zu israelischen Siedlungen auf ägyptischem Land geben, seien sie ziviler oder militärischer Natur."

Ein sozialdemokratisches Glanzstück und seine Anwendung

Die Bourgeois prüfen erneut den Nutzeffekt des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft"

Am Mittwoch letzter Woche begannen in Stuttgart die Lohnverhandlungen für die Metallindustrie in Nordwürttemberg/Nordbaden. Die IG Metall fordert „Einkommensverbesserungen von 8 % sowie einen Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung – eine brisante Forderung (...) durch Rationalisierung oder technischen Fortschritt Lohnkosten einzusparen wäre damit nicht mehr möglich," vermerkt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung".

Die Propagandamaschine der Bourgeoisie gegen den Lohnkampf der Arbeiterklasse läuft auf Hochtouren. Die Kapitalisten wollen einen rigorosen Angriff auf den Reallohn durchführen. Die „Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Sparer" erklärte unlängst: „Die Gewerkschaften müssen sich in der bevorstehenden Lohnrunde mit sehr geringen Lohnforderungen begnügen." Und das Kieler „Institut für Weltwirtschaft" ließ verlauten: „Der Reallohnanstieg darf im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kaum zwei Prozent überschreiten." Heinz Pentzlin von Springers „Die Welt" fordert im Hinblick auf den „gedämpften Optimismus" der Kapitalisten für das laufende Jahr einen „Strukturwandel" sowie eine „Strukturbereinigung der deutschen Wirtschaft". Mit Strukturbereinigung haben die Kapitalisten Maßnahmen im Auge, die ihre imperialistische Expansion auf dem Weltmarkt im Inneren absichern sollen. Der Wirtschaftsminister Lambsdorf ließ sich in der Zeitschrift „Wirtschaftswoche" vernehmen: „Wer für weltoffene Märkte, für unverfälschten internationalen Wettbewerb eintritt, muß damit zu Hause beginnen." Was zu Hause zu tun ist, legt der Arbeitgeberverband Gesamtmetall Graf Lambsdorff unmißverständlich nahe: „Die Arbeitgeber *wissen*, daß es in der Tarifpolitik diesmal nicht um Probleme geht, die mit dem Rechenschieber zu lösen wären, sondern um die Verteidigung ordnungspolitischer Grundsatzpositionen."

Die Bourgeoisie ist um geeignete Instrumente zur Niederhaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse bemüht. Der Bankenverband deutet an, in welche Richtung er gedenkt, tätig zu werden: „Vollbeschäftigung ist letztlich nur wieder zu erreichen, wenn sich der Hauptkostenfaktor Lohn wieder an die Vollbeschäftigungsbedingungen anpassen lasse (...) Das sei jedoch nur möglich, wenn es gelingen werde, darüber einen dauerhaften Konsens zwischen den Tarifpartnern herzustellen."

Heinz Oskar Vetter stellt der Bourgeoisie gleich zu Jahresbeginn die Rückkehr der Gewerkschaften in die Konzertierte Aktion in Aussicht. Hat er doch ohnehin schon zu verstehen gegeben, daß die von den Gewerkschaften angestrebten Lohnsteigerungen sicher an der „wirtschaftlichen Gesamtsituation" ausgerichtet werden müßten. Die Devise, unter der Vetter versucht, die Interessen der Arbeiterklasse den Kapitalinteressen zu unterwerfen ist: „Die Gegensätze zu integrieren".

Der diesbezügliche „Erfahrungsschatz" der deutschen Sozialdemokratie ist groß und reicht weit zurück. 1907 schrieb der Sozialdemokrat E. Bernstein: „... daß auch eine Zeit kommen mag, (...) wo das soziale Pflichtbewußtsein zu einer solchen Stärke gediehen ist, daß jeder von selbst freiwillig dasjenige tut (...), um das allgemeine Ganze zu fördern und die Wirtschaft des Gemeinwesens in Gang zu halten und zu heben". Das klingt süß in den Ohren der Finanzbourgeoisie, und die deutsche Sozialdemokratie hat sich jahrzehntelang dafür verwendet, das Gemeinwesen zu fördern. Im Sommer 1967, wenige Wochen nach den großen Metallarbeiterstreiks vom Frühjahr, hatte der ehemalige Sozialdemokrat und Finanzminister, der hanseatische Wirtschaftsprofessor Karl Schiller der Bourgeoisie die Möglichkeit der Anwendung eines geeigneten Instruments zur Zerschlagung und Niederhaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse geschaffen, das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft", dessen § 3 die Konzertierte Aktion ist. Mit diesem Gesetz reagierten die Kapitalisten auf die spürbaren Überkapazitäten und den Fall der Profitrate.

Die Krise von 1966/67 hatte bis 1964 zu einem Rückgang der Wachstumsraten der Industrieproduktion geführt und dann 1966 zu einem Rückgang der Industrieproduktion.

Um aus dieser Überproduktionskrise herauszukommen, gab es für die westdeutsche Monopolbourgeoisie nur den Ausweg der imperialistischen Expansion auf dem Weltmarkt. Dieses Ziel war nur mit drastischen Maßnahmen durchzusetzen: Senkung der Reallöhne der Arbeiter, Unterwerfung der Arbeiterklasse, Modernisierung des Produktionsapparates. Dazu brauchte die Bourgeoisie neue Methoden. Die alten engten der Bourgeoisie erheblich den für ihr imperialistisches Expansionsprogramm nötigen „Handlungsspielraum" ein. Was die Bourgeoisie damals wie heute durchzusetzen bestrebt ist, sind großzügige staatliche Unterstützung ihrer Pläne durch den Volksmassen abgepresste Steuergelder.

Die Erhard-Regierung war nicht in der Lage dieses Programm durchzusetzen. Die entscheidenden „Säulen", auf die sich die Bourgeoisie bei dem Stabilitätsgesetz stützt, sind: 1. die Konzertierte Aktion – mit deren Hilfe die Arbeiterklasse über die Gewerkschaften für die Opfer der imperialistischen Exportoffensive bereitgemacht werden soll; 2. die Mittelfristige Finanzplanung – mit deren Hilfe sollte die Arbeiterklasse durch Steuergelder der Bourgeoisie die Exportoffensive finanzieren; 3. die Anlageverpflichtung für die Träger der Renten- und Arbeitslosenversicherung – mit dem Zugriff auf die Renten- und Arbeitslosenversicherung wollte sich die Finanzbourgeoisie ihre Position im imperialistischen Konkurrenzkampf sichern. Das Stabilitätsgesetz ist ein Ermächtigungsgesetz. Der Regierung werden weitgehende Eingriffe in traditionelle parlamentarische Vorbehaltsbereiche ermöglicht: das Budgetrecht und das Recht zur Steuererhebung. (Fortsetzung Seite 2)

Imperialisten trübsinnig zum Ausgang des Referendums in Chile

Internationale Presseschau

Der Ausgang der Volksabstimmung in Chile beunruhigt die Imperialisten. Liest man die Überschriften insbesondere der US-imperialistischen Presse, so scheint es zunächst anders und das Manöver gelungen: „75% unterstützen Pinochets Volksabstimmung“ (International Herald Tribune 6.1.78), „Jubilierender Führer Chiles“ (The Times 6.1.78). Die US-Imperialisten setzen fort, wofür sie die Volksabstimmung mit Pinochet als ausführendem Lakai in Gang gesetzt haben: Die Spaltung der Länder der Dritten Welt zu betreiben. Pinochet nach der Abstimmung:

The Guardian 5.1.78: „Wir haben klar die Vereinten Nationen zurückgewiesen. Morgen werden wir eine Nachricht an UN-Sekretär Waldheim schicken, daß wir keine Untersuchungskommissionen in Chile mehr dulden werden. Wir werden auch eine Nachricht an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses der UN Allana schicken und ihm sagen, daß er in sein Land, nach Pakistan, gehen soll, weil er dort 50000 politische Gefangene hat.“

Die Kommission des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO hatte in einem Bericht die Lage der arbeitenden Massen in Chile und die politische Unterdrückung durch die Militärjunta behandelt. Die Kommission besteht vorwiegend aus den Ländern der Dritten Welt. Gegen ihr einheitliches Vorgehen richten sich die „Botschaften“ des vom US-Imperialismus eingesetzten Generals Pinochet nach der Volksabstimmung. Gleichwohl, trotz der Überschriften ist die Stimmung mehr trübsinnig:

The Times 6.1.78: „Bei normaler Betrachtung der Dinge und unter Zugrundelegung demokratischer Prinzipien ist das Referendum in Chile mit seinem überwältigenden Sieg für Präsident Pinochet so bizarr, wie das Ergebnis suspekt ist. Es war eine Volksabstimmung ohne unabhängige Überwachung durch die politischen Parteien ... eine Volksabstimmung, bei der die Wähler nicht sicher sein konnten, welche Konsequenzen ihre Abstimmung für sie haben würde. So kann die Abstimmung kaum als Maß der Unterstützung für Präsident Pinochet angesehen werden, weder in der Unterstützung seiner Innenpolitik noch in der Außenpolitik.“

The Guardian 6.1.78: „Die Regierung gab bekannt, daß fast 5,3 Millionen Stimmen gezählt worden sind. 75% stimmten für ‚Ja‘, ungefähr 20% stimmten mit ‚Nein‘, der Rest der Stimmen war ungültig.“ „Die Wahlbeteiligung lag bei 88%.“ (The Times 6.1.78)

Ungefähr 600000 sind trotz der Unterdrückung nicht zur Wahlurne gegangen.

Neue Zürcher Zeitung 7.1.78: „Das Ergebnis der Volksbefragung fiel so aus, wie es zu erwarten war, wenn auch keineswegs so einstimmig wie in kommunistischen Staaten. So bleibt der vom Initiator womöglich kalkulierte Verdacht, das chilenische Volk habe am Ende doch seine Meinung geäußert. Zu bewundern sind jene gut 20% der Stimmenden, die das Nein wagten, obwohl sie bis zum letzten Augenblick mit Sanktionen rechnen mußten.“

Baseler Zeitung 6.1.78: „Bemerkenswert ist im weiteren, daß immerhin 20% der stimmenden Chilenen ein Nein in die Urne legten. Damit riskieren sie zumindest Schikanen oder Diskriminierungen am Arbeitsplatz.“

Die Tatsache, daß trotz Demagogie und scharfer Unterdrückung ein Viertel der Wähler gegen das Referendum und damit gegen die vom US-Imperialismus ausgehaltene Militärdiktatur gestimmt hat, ist ein Schlag für die Imperialisten. Aber noch mehr beunruhigen die Imperialisten die Kämpfe der chilenischen Massen, die einen neuen Aufschwung genommen haben:

Neue Zürcher Zeitung 6.1.78: „Am Dienstag ist es in den Straßen der chilenischen Hauptstadt Santiago zu mehreren Demonstrationen gegen die Volksbefragung gekommen.“

7.1.78: „... die chilenische Junta unter Leitung Augusto Pinochets ist Erosionsprozessen ausgesetzt ...“

The Times 6.1.78: „Die Frage der Zukunft ist, ob das Regime mit der Unterdrükkung fortfahren kann. In den letzten Monaten hat die Unzufriedenheit mit der Unterdrückung erneut ihren Ausdruck gefunden, zum Beispiel unter den Kupferarbeitern. Die Kampagne für das Referendum hat neben der offiziellen Einschüchterung Straßendemonstrationen der Opposition umfaßt, zusammen mit Flugblättern gegen das Regime und die Volksabstimmung. ... Die chilenische politische Situation öffnet sich, und die Volksabstimmung war ein wesentlicher Faktor darin.“

Die französische Zeitung „Le Monde“ hat der Frage „Chile normalisiert“ eine ganze dreitägige Serie gewidmet:

7.1.78: „Vier Jahre nach dem Militärputsch stößt die Wirtschaftspolitik der Militärjunta in allen Gesellschaftsschichten auf vielfache Unzufriedenheit ... Es bewegt sich einiges in der Opposition ... Am 2. November haben 60% der Kupferarbeiter der großen Mine El Teniente gestreikt. Eine Bewegung in dieser Breite und Schärfe hat es seit dem Militärputsch von 1973 nicht gegeben ... Unruhe auch unter den Eisenbahnern über die Politik der Dienstentlassungen. Von 27000 Eisenbahnern 1973 sind bis Oktober 1977 9000 entlassen worden. Im Dezember 1977 waren nur noch 16000 Eisenbahner angestellt ... Seit 1973 hat Chile derartige Manifestationen der sozialen Unzufriedenheit nicht erlebt ...“

Vor der Volksabstimmung konnte für eine Minute der nationale Sender der Militärjunta unterbrochen werden und ein Aufruf zur Nichtbeteiligung an dem Referendem verbreitet werden. Massenaktionen sind gegen das Referendum durchgeführt worden.

International Herald Tribune mußte berichten: „Major Rolando Garay, der früh im Stadion von Santiago wählte, sagte: Da ist ein großes Kommen und Gehen in ganz Santiago. Es geht vor sich unter großer Ruhe ... Eine Bombe explodierte vor dem Santiagoer IBM-Gebäude am frühen Morgen ...“ (5.1.78)

Die Kampfaktionen der chilenischen Massen lassen insbesondere den US-Imperialisten, aber auch den anderen imperialistischen Räubern die Volksabstimmung ganz wertlos erscheinen. Sind doch die Demonstrationen die Ankündigung, daß die chilenischen Arbeiter und Bauern die von den US-Imperialisten ausgehaltene Militärjunta unter Pinochet unvermeidlich stürzen werden im Kampf für die nationale Unabhängigkeit und für die Nationalisierung ihrer Wirtschaft.

Westdeutsche Handelsflotte auf der Suche nach „neuen Märkten“

(Fortsetzung von Seite 1)

aller Teile des sowjetischen Seetransports und Mobilisierung aller Kräfte, Kenntnisse und Fähigkeiten ...“

Nun mag mancher denken, gegen diese Konkurrenz werden die westdeutschen Imperialisten kaum einen Stich machen können. Doch Profiterwartung ist Profiterwartung und macht die Seele des Kapitals unruhig. Die westdeutsche Bourgeoisie betrachtet die sogenannte deutsch-ägyptische Zusammenarbeit als stabil und einen Ausgangspunkt. Bedauernd schränken die Nachrichten für Außenhandel (NfA) lediglich ein: „Vorläufig beschränken sich die deutschen Direktanlagen (Kapitalexport, die Red.) allerdings auf wenige Kleinunternehmen.“ Nach des Kanzlers Visite soll das jetzt anders werden. Der Schlüssel des Erfolgs zur Erreichung grösserer Direktanlagen liegt für die westdeutsche Bourgeoisie zunächst in der erheblichen Steigerung des Handels mit Ägypten. Dafür hat sie die westdeutsche Handelsflotte bereits gerüstet.

„Trotz unbeweglicher Frachtraten und einer kaum ausreichenden Ertragslage haben die Küstenschiffer 1977 eine Neubauwelle in Bewegung gesetzt. Der Verband (gemeint ist der Verband deutscher Küstenschiffseigner) registrierte 1977 insgesamt 50 Neubauten mit zusammen 100000 tdw. Damit ist die im Verband organisierte Flotte von 610 Einheiten mit 640000 tdw auf 625 Schiffe mit 740000 tdw angewachsen. Bei den Neubauten handelt es sich um Schiffe, die jeweils kaum kleiner als 2000 tdw sind. Die großen Neubauten müssen nun neue Märkte finden und zwar außerhalb der traditionellen Fahrt in Nord- und Ostsee. Dazu zählt z.B. das Mittelmeer, das anzulaufen bei den deutschen Küstenschiffern vor 6 Jahren noch als verwegen galt. Die leistungsfähigen neuen Einheiten werden aber auch in der Linienfahrt über den Nordatlantik nach der Westküste Afrikas und in den Persischen Golf eingesetzt. Damit wird die große Fahrt allmählich zur Alternative für die Küstenschiffahrt.“ (Weser Kurier, 5.1.78)

Das Hamburger Krokodil H. Schmidt will zusammen mit der westdeutschen Handelsflotte auf „Große Fahrt“. Die ehrgeizigen Pläne des westdeutschen Imperialismus verlangen Anteile am „Großen Geschäft“ in Konkurrenz zu den Supermächten und unter Ausnutzung der Konkurrenz zwischen den Supermächten. Jüngst hat der US-Imperialismus lediglich mit der „Dollar-Politik“ zu erkennen gegeben, was er von den Plänen des europäischen kleinen Nebenbuhlers hält. Jeder *Prozentpunkt* der Dollarabwertung brachte der größten deutschen Reederei Hapag Lloyd 7 Mill.DM Brutto- Einnahmeverluste. Die „Nordseezeitung“ schätzte, daß das für die gesamte deutsche Seeschiffahrt ein Verlust von jeweils 20 – 40 Mill DM pro Prozentpunkt Dollarabwertung gleichkam. Die US-Experten wußten über die Zwickmühle der westdeutschen Reeder, die ihre Einnahmen überwiegend in Dollar erhalten, ihre Ausgaben wie Löhne und Gehälter aber in DM bezahlen müssen.

Die Reederei- und Werftkapitalisten verlangen Subventionierung und die Bundesregierung pariert. Die Schiffbaulinie für deutsche Reeder, die auf deutschen Werften bauen lassen, ist um 5% auf 17,5% des Anschaffungspreises erhöht worden. Der Einsatz von Zinszuschüssen zur , wie es heißt, attraktiveren Finanzierung ist durch Senkung des Zinssatzes um 2% vorgenommen worden. Darüberhinaus erhalten die Reeder weitere Kapitalhilfe bei Export in Entwicklungsländer.

Der Einsatzort der neuen Fregatten der Bundesmarine beginnt sich Zug um Zug abzuzeichnen. Die westdeutsche Handelsflotte kann schließlich nicht „schutzlos“ im Mittelmeer operieren.

In einer gemeinsamen Erklärung der beiden Mittelmeerstaaten Algerien und Malta vom 3.1.1978 wird erneut die Auflösung aller fremden Stützpunkte und der Abzug aller fremden Truppen aus dem Mittelmeer verlangt. Die westdeutschen Imperialisten scheinen entschlossen, daran vorbeigehen zu wollen.

Dreimal umgezogen ist wie einmal abgebrannt

Mit dem Arbeitsförderungsgesetz, den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Mobilitätszulage kam die Regierung 1976/77 dem Ruf der Kapitalisten nach, daß die Arbeiter – und speziell die Arbeitslosen – mobil gemacht werden müssen.

Mit dem Automobilboom und den daraus entstandenen Neueinstellungen bei VW war 1977 nach Angaben des Arbeitsamtes Bezirk Wolfsburg/Helmstedt keine „brauchbare“ Arbeitskraft für die Ausbeutung bei VW mehr zu haben. Also wurden die „mobilgemachten“ Arbeitslosen aus Einzugsbereichen wie Göttingen, Kassel, Emden usw. herangekarrt.

Zunächst in das VW-Wohnlager Wolfsburg-Käsdorf gepreßt, sollten dann die Arbeiter mit „Hilfe“ der „Mobilitätszulage“ und der „Einrichtungsbeihilfe“ ihre angehörigen Familienmitglieder nachholen. Nachgeholt werden konnten sie, wenn man eine noch freie Wohnung in den Wohnsilos vom Stadtteil Westhagen bekam. Bei einem Mietpreis von 4,03 DM pro Quadratmeter, was bei einer Wohnung von 80 qm (3 Zimmer) 350 DM Kaltmiete monatlich ausmacht. Noch Ende 1976 standen in Westhagen 642 Wohnungen leer. Davon einige 2 bis 3 Jahre. Heute ist es so, daß man in Westhagen und in ganz Wolfsburg kaum noch Wohnungen kriegen kann – insgesamt fehlten 6436 Ein-, Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen. Die Zuzüge in den Wohnungen von Westhagen finden ihre Parallelen in der Auswanderungs- und Zuzugsbewegung von und nach Wolfsburg. 4695 Menschen zogen weg und 5034 nach Wolfsburg, was 1339 mehr Zuzüge sind; 1593 flüchteten aus den Wohnsilos von Westhagen und 2742 wurden hineingetrieben, was 1149 mehr sind.

Allein 2274 deutsche Arbeiter sind aus Niedersachsen nach Wolfsburg gezogen und 995 von außerhalb Niedersachsens. Man kann dabei davon ausgehen, daß 90% der nach Wolfsburg zugezogenen Arbeiter und ihre Familien ihren Ausbeuter bei VW gefunden haben. Nach Angaben von Arbeitern, die z.B. von Kassel oder Emden an die VW-Kapitalisten vermittelt wurden, haben sie zwischen 4000 und 6000 DM Mobilitätszulage als Köder bekommen. Aber das auch nur, wenn sie längere Zeit arbeitslos waren. So berichtete ein Arbeiter, der von Göttingen nach Braunschweig „mobilgemacht“ wurde, daß er unter den Bedingungen, daß er innerhalb von sechs Monaten nicht kündigt und innerhalb von neun Monaten nicht zurückzieht, 800 DM Mobilitätszulage und 4000 DM Einrichtungsbeihilfe bekommen hat.

Wir haben einmal grob überschlagen, was von diesen Geldern überbleibt, wenn zum Beispiel ein Arbeiter mit seiner Familie von Emden nach Wolfsburg umgezogen ist: „Mobilitätszuschlag“ und „Einrichtungsbeihilfe“ 5000 DM, davon gehen ab für Gardinen ca. 1000 bis 1300 DM; für Auslegware, wenn keine Teppi-

DM; für Auslegware, wenn keine Teppi-

che vorhanden waren, beim qm-Preis von 25 DM für eine 80 qm-Wohnung 1500 bis 2000 DM. Für Tapeten kann man auch 300 bis 500 DM rechnen, wenn nicht gerade Rauhfasertapete geklebt wird. Also bleiben im Schnitt 1000 bis 1500 DM über. Jetzt kommt der Umzug und seine Kosten selber. Für eine 6m-Transportfläche und 35 Packkisten muß man von Emden nach Wolfsburg 2065 DM zahlen. Davon trägt das Arbeitsamt oder VW einen Anteil. Aber erst nach eingehender Prüfung, wie ein Arbeiter, der – erwerbgemindert – durch seine Arbeit als Elektriker umgeschult als Elektromechaniker, in Wolfsburg keine Arbeit mehr bekam und nach 13-monatiger Arbeitlosigkeit nach Gifhorn zu Tewes vermittelt wurde, berichtete. Dieser Arbeiter sollte bei Tewes in drei Schichten arbeiten und wohnte in Westhagen, hatte kein Auto und mußte so umziehen. Nach Einreichung der Umzugskosten beim Arbeitsamt wurde ihm gesagt, daß erst alles genau überprüft werden müsse, ehe er einen Pfennig sieht.

Den Bestrebungen der Bourgeoisie, die Arbeiter durch Hunger „mobil“ zu machen, wird man Schranken setzen können, wenn der Kampf für ein Arbeitslosengeld in Höhe von mindestens 80% des Facharbeiterlohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit vorankommt. (Bezirk Südostniedersachsen, VW Zelle Wolfsburg)

Ein sozialdemokratisches Glanzstück und seine Anwendung

(Fortsetzung von Seite 1)

Die drastische Wirkung dieses Gesetzes wird vom ehemaligen Bundesbankpräsidenten Blessing gelobt: „Trotz Entlassungen wird ebensoviel produziert wie vorher. Und da die Lohnwelle zum Preisauftrieb beigetragen hat,“ vermerkt er erleichtert, daß „die Firmen aufhören Arbeitskräfte zu horten, und daß die Arbeitsmoral sich hebt.“

Die Bourgeoisie fordert von der Regierung „Strukturreformen“ ganz im Sinne des Stabilitätsgesetzes. Helmut Schmidt will sich am 19. dieses Monats zu den Maßnahmen äußern, mit denen die Bourgeoisie rechnen kann. Dabei hat er die Gewißheit im Kreuz, daß die Gewerkschaftssozialdemokraten der „Regierung Schmidt keine Schwierigkeiten“ bereiten wollen. In dieser Lage hört man vom SPD-Organ „Vorwärts“, daß sich „Karl Schiller, dessen Name eng mit dem Stabilitätsgesetz verknüpft ist, auf dem Weg zurück in die SPD“ begibt. Schiller preist das Stabilitätsgesetz als ein Gesetz, „das zur marktwirtschaftlichen Ordnung ein Verhältnis der kritischen Sympathie“ habe. Nur sei es nicht angewendet worden, „insbesondere nicht in seiner Ermächtigung zur Variation der Steuer“, krititsiert er die Regierung. „Man habe die Sanierung der öffentlichen Finanzen gerade dann als akut empfunden, als wegen der Rezession eine weitere Ausweitung notwendig gewesen wäre.“ „Die Vollbremsung im Frühjahr 1973 durch Investitionssteuer und Stabilitätszuschlag, die außerhalb des Stabilitätsgesetzes erfolgte, habe den Investitionsrückschlag mit ausgelöst.“

Wie die westdeutsche Monopolbourgeoisie den Investitionsrückschlag wettmachen will äußerte jüngst der Wirtschaftsminister in Nordrheinwestfalen Riemer: „Ein Prozent weniger Lohnerhöhung sind sechs Milliarden Mark weniger Lohnkosten. Ein besseres Investitionsprogramm gibt es gar nicht.“ Die Antwort der Finanzbourgeoisie auf die Krise zeigt heute wie auch Ende der sechziger Jahre, mit welcher Brutalität die Kapitalisten ihr Kapitalinteresse durchzusetzen versuchen. Rückhalt in der Arbeiterklasse hat die Bourgeoisie mit dem Stabilitätsgesetz und der Konzertierten Aktion nicht finden können. Jeder kennt die Anträge, Forderungen und Beschlüsse: Raus aus der Konzertierten Aktion! Gegen die Lohnleitlinien der Regierung! – (Z-Red.)

Mehrwertsteuer: Das Kleingewerbe wird zu Preiserhöhungen gezwungen, und die Monopole sahnen ab

Seit dem 1.1.78 ist die Mehrwertsteuererhöhung in Kraft. Der Bäcker an der Ecke – für ihn gilt nach § 12 des Umsatzsteuergesetzes 6% – hat den Brotpreis noch nicht erhöht. Er muß sich erst mit seiner Innung absprechen, ob er die Steuererhöhung einfach weitergeben kann oder ob er dadurch Kunden an die Kaufhäuser, die Brot aus den großen Fabriken verkaufen, verlieren wird.

Für den Bäcker ist die Mehrwertsteuer auf jeden Fall ein Strick, der ihm den Garaus machen kann. Er muß pro Laib Brot, das er produziert, die gleiche Menge Mehl kaufen und dafür Umsatzsteuer bezahlen wie der Brotkapitalist, der mit einer automatischen Brotstraße in der gleichen Zeit aber hundertmal soviele Brotlaibe produzieren läßt und den Bäcker damit ausbootet. Der Bäcker kann gegen den Brotkapitalisten wegen seiner geringeren Produktivität seinen Profit nur halten, wenn er mehr Brote macht und verkauft. Eine Backstraße ist nicht drin, also malocht er bis spät in die Nacht und schon wieder früh am Morgen, spannt seine Familie ein im Laden, in der Backstube und beim Brötchenausfahren. Oder er schindet seine paar Gesellen oder Lehrlinge. 3000 Anzeigen wegen Verstoßes gegen das Verbot der Nachtarbeit zwischen 0 und 4 Uhr gibt es allein in Frankfurt. Die Aufhebung des Verbots wird jetzt gefordert von den Großbäckereien, die die Maschinen rund um die Uhr laufen sehen wollen. Die Bäckerinnung ist gegen die Aufhebung dieses Verbots, weil die kleinen Bäcker – klein von Umsatz und klein von Profit – befürchten, in der folgenden Schlacht um den Brotabsatz buchstäblich 24 Stunden pro Tag gegen ihren Untergang kämpfen zu müssen. Die 3000 Anzeigen zeigen den erbitterten Konkurrenzkampf und die nahezu aussichtslose Lage der Kleinproduzenten.

In diese Lage haut die Mehrwertsteuer rein. 1974 hatten ca. 110000 Handwerksbetriebe, die einen Jahresumsatz zwischen 100000 und 250000 Mark aufwiesen, durchschnittlich rund 2000 Mark Umsatzsteuer im Jahr zu zahlen. In dieser Größenordnung befinden sich ein Drittel aller Handwerksbetriebe. Die 2000 Mark mögen nicht viel erscheinen, aber die Bäcker, Schreiner oder Schlosser müssen sie erst einmal haben, sie müssen sie aus ihrem Profit zahlen. Kriegen sie sie durch Schinderei ihrer Gesellen und Lehrlinge oder der eigenen Familie nicht zusammen, dann müssen sie sie auf den Preis draufschlagen – um es mit bourgeoiser Vornehmheit zu sagen: ihn „unmerklich“ an den Konsumenten weitergeben. Er hat damit keinen Pfennig mehr Wert dem Laib Brot zugesetzt, er hat nur den Preis inflationiert. Der Arbeiter, der den Dreipfünder kauft, zahlt jetzt statt 2,70 DM genau 2,7162 DM.

Ist der Bäcker mit dem Preisaufschlag aus dem Schneider. Mitnichten. Er zahlt die 2000 Mark an den Staat, den Preisaufschlag aber muß er letztlich doch selbst bezahlen. Entweder durch Ruinierung seiner Arbeitskraft, so er keine Gesellen hat, die er ausbeuten kann, oder, so er Gesellen hat, durch den Kampf um Lohnerhöhung, den diese zwangsläufig führen müssen. Das wird seinen Profit schmälern, und er sitzt wieder da wie vorher – mit kleinem Umsatz, kleinem Profit und geringere Produktivität. Der Brotkapitalist nutzt die Lage, daß die Arbeiter jetzt das billigste Brot kaufen *müssen* und macht den Bäcker durch Preisdumping kaputt. So geschehen in Köln 1977.

Weg mit allen indirekten Steuern! ist die Parole der Arbeiterklasse. Nur vorteilhaft ist sie auch für die kleinen Handwerker und Kaufleute, die den Steuereintreiber für den Staat der Finanzbourgeoisie spielen sollen und dafür auch noch selbst zahlen müssen. Die Monopolbourgeoisie selbst hat sich für ihre Geschäfte von der Mehrwertsteuer befreit: Der Warenexport, die Kreditvergabe, Wertpapier und die „Übernahme von Verbindlichkeiten und ähnliche Sicherheiten“ sind mehrwertsteuerfrei.

Die Mehrwertsteuer ist ein großer Raubzug der Monopolbourgeoisie gegen die Arbeiter und Volksmassen. Die Monopolbourgeoisie treibt darüberhinaus die Kleinproduzenten, wie z.B. den Bäkker in den Ruin, zwingt ihn zum „Aufgeben“. Will er sich seiner Haut wehren, kann erfolgreich nur sein das Bündnis mit der Arbeiterklasse, die unversöhnlich der Monopolbourgeoisie gegenübersteht. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 3/78: 32000

Kapitalhandel der BRD mit der DDR im Aufwind begriffen

Kompensationsgeschäfte und Gestattungsverträge

Nachdem die BRD-Kapitalisten den Golf-Strom in die DDR gelandet haben, streben sie nach neuen Ufern. Wonach sie gieren, ist der Übergang vom Warenexport zum Kapitalexport. „Der innerdeutsche Handel wird langfristig nur dann kontinuierlich wachsen können, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR qualitativ höherwertige Formen der Kooperation möglich werden", quäkte es schon 1975 aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der DDR-Wirtschaft wird von einem Riesentroß von Professoren, Ministerialbeamten, Konzernbeauftragten, Journalisten, Spionen usw. verfolgt, beäugt, untersucht auf mögliche Interventionen hin. Schwierigkeiten im Außenhandel der DDR vermerkt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 27. Dezember vorigen Jahres. Auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED im November 77 werden sie verhandelt, wenn auch mehr zwischen den Zeilen. „Ihre ganze Aufmerksamkeit werden die Finanzorgane und die Banken auch im Jahre 1978 darauf konzentrieren, die Exportbetriebe und Kombinate, die Verkehrsbetriebe und die Außenhandelsorgane bei der Lösung der außenwirtschaftlichen Aufgaben zu unterstützen", resümiert Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR.

Die Schwierigkeiten existieren hauptsächlich mit dem „Bruderland" Sowjetunion. Der große Bruder ist ein gefräßiger Moloch. Galt z.B. zwischen der UdSSR und den anderen Ländern des RGW vor der Restauration des Kapitalismus noch das Prinzip der gegenseitigen sozialistischen Hilfe in Form eines kostenlosen Austausches wissenschaftlicher, technischer und technologischer Kenntnisse und Dokumentationen, muß seit der 30. Tagung des Exekutiv-Komitees des RGW im Jahre 1967 gezahlt werden. Neuerdings in sogenannten Transfer-Rubeln. Sie wirken als Einschnürstrick in den RGW-Markt: für ihre Exportwaren kriegen die RGW-Länder kein Geld, sondern bloß eine Gutschrift auf entsprechende Gegenleistungen eines RGW-Landes. Praktisch läuft dies auf Verpfändung vor allem an die Sowjetunion hinaus.

1978 soll der Handel der DDR mit der Sowjetunion um 14% gesteigert werden. Die Steigerung besteht insbesondere darin, daß die Sozialimperialisten die Rohstoffpreise hochtreiben, was sie seit 1975 jährlich veranstalten, und die DDR zu verstärkten Lieferungen an die Sowjetunion, v.a. von Maschinen und Konsumgütern, gezwungen wird, um die steigenden Rohstoffpreise bezahlen zu können.

Der „große Bruder" schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Er sichert sich ohne entsprechende Gegenleistung größere Lieferungen von Waren, was die eigene Industrie entlastet und Konzentration auf die Produktionszweige ermöglicht, wo mit einiger Aussicht auf Erfolg Monopolstellungen angestrebt werden. Und zum zweiten schwächt es die Beziehungen mit dem größten Konkurrenten im Handel mit der DDR, der BRD, dem zweitgrößten Handelspartner der DDR.

So klagen die BRD-Imperialisten auch seit geraumer Zeit über Stockungen im innerdeutschen Handel. Während der Handel mit den RGW-Ländern in der ersten Hälfte von 1977 um ein Drittel stieg, sank der Westhandel der DDR um zwei Drittel gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Erst in den letzten Wochen, nachdem das VW-Golf-Geschäft gelandet war, wittern die westdeutschen Finanzhaie wieder Aufwind.

Gleichzeitig wird von ihnen die Struktur des Handels mißmutig als „unangemessen" charakterisiert. Sie lauern v.a. auf Kapitalexport. Aber jetzt schon ist ihnen der Anteil an Investitionsgütern zu gering und der an Grundstoffen und Landwirtschaftsund Ernährungsprodukten zu hoch. 40% der DDR-Exporte in die BRD und Westberlin bestehen aus Textilien und Nahrungsmitteln. Die BRD liefert v.a. Maschinen und elektrotechnische und chemische Erzeugnisse. Sie wollen dicker ins Geschäft.

Die Gier der westdeutschen Konzerne danach, auf dem DDR-Markt Fuß zu fassen, wird von der Bourgeoisie der DDR ausgenutzt, sie in sogenannte Kompensationsverträge zu drängen. Stoph umschrieb sie so, daß „dem Käufer von Anlagen und Ausrüstungen der Absatz der Produkte im Interesse der Finanzierung der Importe garantiert wird". So ist die Golf-Lieferung ein solches Kompensationsgeschäft. „Für den Gegenwert der vertraglich vereinbarten 10000 Golfwagen in Höhe von rund 90 Millionen DM", vermeldet der „Tagesspiegel" vom 5. Januar, „wird das Volkswagenwerk nach eigenen Angaben eine Vielzahl von DDR-Waren einkaufen. Neben Öl und Kohle für das Wolfsburger VW-Kraftwerk sollen darunter auch Teile für die Fahrzeugproduktion sein, überwiegend aus dem elektrotechnischen Bereich."

Neben den Kompensationsgeschäften ist die DDR besonders an einer Ausweitung der sogenannten Gestattungsproduktion interessiert. Zahlreiche Markenartikel westlicher Firmen werden nach entsprechenden Lizenzvereinbarungen originalgetreu von DDR-Betrieben hergestellt. So u.a. Pepsi-Cola, verschiedene Zigarettenmarken, Cinzano-Wermut, Underberg, Trinkfix-Kakao, Instant-Sahne „Schlagfit", Salamander-Schuhe, Kölnisch Wasser 4711 usw. Dies lassen sich die BRDImperialisten hoch bezahlen. Von 1968 bis 1973 hat die DDR z.B. 48,4 Mill.VE (Verrechnungseinheiten) an die BRD für Lizenzen und Patente gezahlt. Die Verrechnungseinheiten entsprechen DM. Der Zahlungsverkehr im innerdeutschen Handel wird über die jeweiligen Zentralbanken auf dem Verrechnungswege abgewickelt. Jährliche Ausgleichung wird angestrebt. 1974 wurde vereinbart, daß der Überziehungskredit (Swing) bis zur Höhe von 850 Mill. VE in Anspruch genommen werden kann.

Das Volumen des innerdeutschen Handels betrug 1976 8,4 Mrd. VE, das sind 6% Anteil am BRD-Handel insgesamt. Obwohl die DDR erst an 13. Stelle der Handelspartner der BRD rangiert, nimmt sie eine strategisch wichtige Stelle im Kalkül der BRD-Imperialisten ein. Die Erben der deutschen Reichsbourgeoisie haben das Ziel des deutschen Imperialismus, was das Ziel jeder imperialistischen Macht ist, die ganze Welt unter den eigenen Militärstiefel zu zwingen, nicht aufgegeben. Die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1933 würde eine strategische Überlegenheit gegen Italien, Frankreich und Großbritannien zusammen konstituieren, die Vormachtstellung in Europa bescheren und darüber erheblich verbesserte Ausgangsbedingungen für die Konkurrenzschlachten mit den beiden imperialistischen Supermächten schaffen. So besteht das Hauptinteresse der westdeutschen Monopolbourgeoisie in der Vereinigung mit der DDR. Was unter Kapitalisten Vereinigung halt so bedeutet: ein Wolf reißt den andern, um an seine Beute heranzukommen.

Imperialistische Konkurrenz und Gier nach Höchstprofit sind der Inhalt des Getöses von Entspannung, Freiheit, Menschenrechten usw. usf., das uns täglich hundert- und tausendfach von den Bourgeois zugemutet wird. Für die Arbeiterklasse bedeutet es Ausbeutung, Unterdrückung ihrer produktiven Fähigkeiten, zunehmende Verelendung. In der DDR wird die Schichtarbeit breit eingeführt, Überstunden dürfen nicht abgelehnt werden, die DDR-Kapitalisten geifern über den zu hohen Krankenstand und die mangelnde Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierungen.

Die BRD-Kapitalisten bereiten gerade mit Wucht einen Lohnraubabschluß vor, der sich gewaschen hat. Keine bürgerliche Opposition, kein Protest aus dem Ausland oder sonst was wird diese Lage der Arbeiter und Volksmassen ändern, sondern nur der proletarische Klassenkampf und der Sturz der Bourgeoisie, hüben wie drüben. – (Bezirk Westberlin)

„Wladiwostok – Beherrsche den Osten!"

Das war der Schlachtruf, mit dem die russischen Zaren 1860 Wladiwostok gründeten und zu einer der stärksten Militärbastionen im russischen Reich ausbauten, von der aus sie Handelsmonopol und Vorherrschaft im gesamten pazifischen Raum zu errichten dachten. Über die transsibirische Eisenbahn wurde Wladiwostok mit den Zentren der russischen Bourgeoisie im Westen verbunden, durch die Nordmandschurei wurde die Ostchinesische Eisenbahn zwecks Verbindung mit Sibirien verlegt und unter Besatzerrecht betrieben, in Port Arthur auf der chinesischen Liaotung-Halbinsel wurde ein zweiter eisfreier Ganzjahreshafen errichtet und über die Südmandschurische Eisenbahn mit Wladiwostok verbunden. Port Arthur und Wladiwostok wurden die Stützpunkte der russischen Handelsbourgeoisie und die Heimathäfen der pazifischen Flotten, die zum Kampf um die Vorherrschaft im Pazifik gegen Japan auslliefen.

Heute stehen die neuen Zaren erneut über die Pläne der alten zaristischen Bourgeoisie gebeugt, die neue Bourgeoisie der Sowjetunion hat noch größere Ziele als die alte russische. Wladiwostok und die nördlich angrenzende Sachalin-Insel hat sie zum gewaltigen Militärstützpunkt ausgebaut, von wo aus sie ihre Fänge in den indochinesischen und den pazifischen Raum streckt.

Sofort treffen die Sozialimperialisten dabei auf die andere Supermacht, die von den Heimatbasen im Westen Alaskas und von Hawaii her einen Sperriegel von Stützpunkten über Okinawa, Südkorea, Taiwan bis hinunter zu den Philippinen vor die gesamte pazifische Westküste gelegt hat.

Wollen die Sozialimperialisten um Vorherrschaft über den Pazifik gegen die US-Imperialisten antreten, müssen sie dies Stützpunktsystem durchbrechen und Raum gewinnen. Sie säen Unruhe und mischen sich in die Angelegenheiten der indochinesischen Völker, sie versuchen seit Jahren, mit ökonomischem und militärischem Druck die pazifischen Staaten in ein „asiatisches kollektives Sicherheitssystem" zu zwingen. Lauthals plädieren sie für „Freiheit der Schiffahrt" und „Internationalisierung der Malakka-Straße", um ungehindert ihre neuerrichteten militärischen Routen durch den Südpazifik ins Mittelmeer und durchs indochinesische Meer und die Straße von Malakka in den Nahen Osten ausbauen zu können. Die Nahen Osten ausbauen zu können. Die sowjetische Pazifikflotte verfügt über 750 Kriegsschiffe mit einer Gesamttonnage von 1,1 Mio Tonnen. Ständig manövrieren große Flotteneinheiten in den japanischen Meerengen. Allein 1975 passierten nach Beobachtungen der japanischen Selbstverteidigungsmarine 90 russische Kriegsschiffe die Soja-Straße, 50 die Tsugaru-Straße und 120 die Straße von Tsushima, U-Boote nicht gerechnet (Peking Rundschau, 20. April 1976). 1977 halten die Sozialimperialisten ihre maritimen Hoheitsgebiete einseitig auf 200 Seemeilen ausgedehnt, was praktisch den Einschluß Nordjapans von See her bedeutet und den weiteren Vorteil hat, Druck mit Fischfangverboten ausüben zu können.

Von strategischer Bedeutung wird bei Durchbrechen des Sperriegels für die Sozialimperialisten die Inselkette zwischen Hokkaido und Kamtschatka, die Kurilen. Wladiwostok als Puffer vorgelagert, dekken sie gleichzeitig die Bering-See für die Durchfahrt der Nordmeerflotte von Murmansk und bilden einen auf Japan gerichteten Dolch, kaum 100 Kilometer von der japanischen Nordinsel Hokkaido entfernt. Im Krieg gegen die japanischen Imperialisten hatte die sowjetische Rote Armee 1945 die Kurilen besetzt, in den Friedensgesprächen hatte sie sich bereit erklärt, entsprechend der Verträge von 1855 zunächst die südlichen Kurileninseln Habomai und Shikotan an Japan zurückzugeben (die anderen beiden nach den Verträgen von 1855 zu Japan gehörigen Kurilen sind Kunashiri und Etorofu).

Mit der Machtübernahme der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion wurden die 4 südlichen Kurilen stattdessen zu Bastionen ausgebaut und als Vorposten gegen Japan gerichtet. Hatte die russische Regierung noch 1973 die Kurilen als „nach dem zweiten Weltkrieg ungelöstes Problem" anerkannt, so will sie mit Verschärfung des Kampfes um Weltvorherrschaft nichts mehr davon wissen, daß sie sich dem japanischen Volk gegenüber zu Verhandlungen bereit und vertreten, es gebe keine territorialen Fragen zu lösen.

So wie die japanischen Volksmassen gegen die US-amerikanische Besetzung Okinawas kämpfen und die amerikanischen Stützpunktrechte dort, so haben sie in großen Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen die Forderung nach Aufhebung der Besetzung der südlichen Kurilen und Abzug der sozialimperialistischen Truppen erhoben. – (M-Red)

Was Carter im Hinterkopf hat, wenn er von Menschenrechten spricht

US-Handelsgesetz – Einmischungsklausel unter dem Deckmantel von Handel und Wandel

Kurz nachdem Carter im Verlauf seiner Reise in Polen eine Konferenz über „Menschenrechte" veranstaltet hatte, reiste sein Außenminister Vance nach Ungarn, die Stefanskrone in der Tasche, ein Symbol der Selbständigkeit Ungarns, wie die bürgerliche Presse schreibt. Vance habe mit der ungarischen Regierung über die Verbesserung der Handelsbeziehungen gesprochen und „begrüßte in *diesem* Zusammenhang die Haltung Budapests in der Menschenrechtsfrage", meldete das ZDF dazu. Den Zusammenhang von Handelsbeziehungen und Menschenrechten haben die US-Imperialisten in ihrem Handelsgesetz hergestellt, nicht ohne Grund:

„*Abschnitt IV*
Handelsbeziehungen mit Ländern, die gegenwärtig nicht gleichberechtigt behandelt werden (...) Freiheit der Emigration im Ost- und West-Handel

(a) Um die fortgesetzte Hingabe der Vereinigten Staaten an die grundlegenden Menschenrechte zu bekräftigen und ungeachtet irgend einer anderen Gesetzesklausel vor oder nach diesem Gesetz, sollen Produkte eines Landes ohne freie Marktwirtschaft nicht unter die Meistbegünstigungsklausel fallen. Diese Länder sollen an keinem Programm der Regierung der Vereinigten Staaten teilhaben, was betrifft Kredite, Kreditgarantien und Investitionsgarantien, direkter oder indirekter Art, und der Präsident soll während der ganzen Zeit kein Wirtschaftsabkommen mit irgend einem dieser Länder schließen, von dem Zeitpunkt an, an dem der Präsident erklärt hat, daß solch ein Land –

1. die Rechte seiner Bürger leugnet oder ihnen die Möglichkeit der Emigration verweigert (...)

bis zu dem Tag, an dem der Präsident erklärt, daß dieses Land nicht mehr die Paragraphen 1, 2 und 3 verletzt." (Handelsgesetz der USA vom 3. Januar 1975)

Bei der Meistbegünstigungsklausel handelt es sich um Zoll- und Preisfestlegungen verschiedener Handelsländer untereinander für bestimmte Produkte. Sie werden heute im wesentlichen im GATT (General Agreement on Tariffs and Trade / Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), dem über 100 Staaten angehören, festgelegt. Die Meistbegünstigungsklausel ist ein Mittel zur Förderung des Waren- und Kapitalexports, denn sie schwächt den Konkurrenten, dem sie nicht gewährt wird, durch höhere Preise bei Export und Import.

Eingeführt wurde die Meistbegünstigungsklausel bereits im 18. Jahrhundert von den aufstrebenden englischen und französischen Kapitalisten. Die US-Imperialisten, die sich um die Jahrhundertwende daranmachten, gegen die englischen und französischen Imperialisten die Vormachtstellung zu erringen, setzten sie zu diesem Zeitpunkt in großem Umfang ein.

Menschenrechte gegen die Länder der Dritten Welt

Hauptsächlich benachteiligt durch die Meistbegünstigungsklausel sind die Länder der Dritten Welt. Sie sind einerseits gezwungen, den Vertragsbestimmungen der US-Imperialisten zuzustimmen, um billiger importieren zu können, werden aber gleichzeitig durch die Ungleichheit der Verträge geplündert. Für Rohstoffe und Güter der Länder der Dritten Welt werden meist gar keine oder niedrige Festlegungen getroffen, während die Preise für die Güter, die sie kaufen müssen, im Verhältnis zu den Preisen ihrer Exportwaren hoch sind. Zudem haben sich die US-Imperialisten mit ihrem Handelsgesetz ein Instrument der Spaltung gegenüber den Entwicklungsländern geschaffen. Angeblich wegen „Verletzung der Menschenrechte" wird dem einen Land keine Begünstigung gewährt, dem nächsten schon, weil es „die Menschenrechte achte", in Wirklichkeit steckt die Absicht dahinter, die Länder der Dritten Welt in Konkurrenz gegeneinander zu hetzen und den Preis für ihre Produkte noch weiter zu drücken.

Menschenrechte gegen die sozialistischen Staaten

Um den Aufbau der Wirtschaft in den sozialistischen Ländern zu behindern, fallen diese Länder grundsätzlich nicht unter die Meistbegünstigungsklausel des US-Handels. 1934 war im US-Handelsgesetz folgender Passus verankert:

„Der Präsident muß ... alle Ersuchen auf Reduzierung der Preise oder bestehender Abmachungen oder bestehender Handels- oder anderer Zugeständnisse, die in irgend einem Abkommen gegenüber Importen aus der Sowjetunion wie auch gegen Importe aus allen anderen Nationen und Gebieten, deren Regierungen oder Organisationen die kommunistische Weltbewegung kontrollieren, ablehnen, aufheben und verhindern." (GATT Studie Nr. 9, 1973)

Nachdem die Völker Indochinas die US-Imperialisten im jahrelangen Volkskrieg besiegt haben, haben die US-Imperialisten eigens gegen diese Völker eine Einfügung in das Handelsgesetz beschlossen, um sie am Aufbau des Landes zu hindern und zu isolieren:

„*403*
Vermißte Personen der USA in der Aktion in Südostasien

... wenn der Präsident entscheidet, daß ein nicht dem freien Markt angehöriges Land nicht mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeitet bei:

1. der Erstellung einer kompletten Übersicht aller vermißten militärischen und zivilen Personen,
2. der Auslieferung der noch lebenden Personen,
3. der Nachsendung des Nachlasses der vermißten Personen ..."

fallen diese Länder nicht unter die Meistbegünstigungsklausel. Abgesehen davon, daß die Hoffnung der US-Imperialisten auf Sand gebaut ist, daß ein Land, in dem das Proletariat die Macht hat und die Produktionsmittel besitzt, seine Wirtschaft wegen der höheren Zölle und Preise nicht aufbauen könnte, wird auch kein Staat, der seine Souveränität uneingeschränkt erhalten will, Zollvergünstigungen von den US-Imperialisten gegen das Zugeständnis jederzeitiger Einmischung der US-Imperialisten in die inneren Angelegenheiten des Landes unter dem Deckmantel von „Wahrung der Menschenrechte" tauschen.

Menschenrechte zur Niederringung des sozialimperialistischen Rivalen

Anstelle der Bestimmung von 1934 haben die US-Imperialisten die „Menschenrechtsklausel" in ihr Handelsgesetz eingefügt. Die US-Imperialisten streben an, den RGW-Markt zu erobern. Dabei nutzen sie den Zwang der RGW-Staaten, ihre Wirtschaftsbeziehungen auszuweiten, um die Umklammerung durch den Sozialimperialismus zu lockern. Erfolgreich können die RGW-Staaten jedoch nur auf dem Weltmarkt treten, wenn sie gleiche Bedingungen wie ihre Konkurrenten haben. Polen, das wie Jugoslawien bereits Mitglied im GATT ist, wurde erst dann ins GATT aufgenommen, nachdem die Regierung sich verpflichtet hatte, die Importe aus GATT-Ländern für drei Jahre jährlich um sieben Prozent zu steigern. Als nächstes Land, für das Carter die Entscheidung treffen wird, daß dort die Menschenrechte „gewahrt" seien, steht Ungarn an.

Vance hat in diesem Zusammenhang nicht nur die Stefanskrone nach Budapest gebracht, sondern vor allem die Bedingungen dort aufgetischt, zu denen Ungarn Zollvergünstigungen erhält. – (Z-Red.)

Ein gutes Dokument

Erklärung von KBW und KPD zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen

Wir, KBW und KPD, beteiligen uns an den Wahlen zum Hamburger Abgeordnetenhaus. Gegenüber allen bürgerlichen Parteien, insbesondere gegenüber den modernen Revisionisten der DKP, die sich Kommunisten nennen, in Wahrheit aber der Bourgeoisie und dem Imperialismus dienen, vertreten wir die Lehren von Karl Marx:

„Was ich neu tat, war nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist;

2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt;

3. daß diese Diktatur des Proletariats selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."

„Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums.



Aufruf der Pariser Kommune: „Zu den Waffen Bürger! Stellt Eure Bataillone auf!" (Ausschnitt aus einem Plakat der Nationalgarde)

Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, die auf der Ausbeutung der einen durch die anderen beruht.

In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen."

Die Tatsache des Klassenkampfes können selbst Teile der Bourgeoisie nicht leugnen. Die Revisionisten erkennen den Klassenkampf in Worten an, aber tun alles, um die gewaltsame Zerschlagung der Diktatur der Bourgeosie und ihre Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats zu verhindern. Sie preisen den bürgerlichen Staatsapparat, um mit seiner Hilfe durch Reformen die Lage der Arbeiterklasse zu bessern und den Sozialismus „einzuführen".

Aber bereits die Pariser Kommune hat gezeigt, daß „... die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann."

Die Pariser Kommune 1871 war der erste Versuch der proletarischen Revolution, die bürgerliche Staatsmaschine zu zerschlagen. Sie hat auch bewiesen, daß die Bourgeoisie nicht freiwillig abtritt, sondern nach ihrem Sturz alles daransetzt, ihre Herrschaft zu restaurieren. Dies ist die Lehre aller proletarischen Revolutionen.

Lenin faßte diese Lehre zusammen:

„Der Opportunismus *macht* in der Anerkennung des Klassenkampfes gerade vor der Hauptsache *halt,* vor der Periode des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Kommunismus, vor der Periode des *Sturzes* der Bourgeoisie und ihrer völligen *Vernichtung*. In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, und folglich muß auch der Staat dieser Periode unvermeidlich *auf neue Art* demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und *auf neue Art* diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein.

Weiter. Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur *einer* Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das *Proletariat,* das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze *historische Periode,* die den Kapitalismus von der ‚klassenlosen Gesellschaft', vom Kommunismus, trennt. Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine *Diktatur der Bourgeoisie.* Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das wesentliche wird dabei unbedingt das *eine* sein: *die Diktatur des Proletariats.*"

Wir Kommunisten sind proletarische Internationalisten. Bereits das Kommunistische Manifest gab die Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch!". Die Kommunistische Internationale hat die neue Losung hinzugefügt: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!". Mit dem Übergang des Kapitalismus in sein letztes Stadium, den Imperialismus, ist der Kampf der unterdrückten Völker und Nationen zum Bestandteil der proletarischen Weltrevolution geworden. Die bedingungslose Unterstützung dieses Kampfes der unterdrückten Völker ist ein weiterer Prüfstein, an dem sich die Kommunisten und die Revisionisten schroff unterscheiden.



Demonstration in Bonn am 8. Oktober 1977 gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML

KBW und KPD führen Gespräche, um in weiteren Fragen Einheit zu erzielen. Übereinstimmung besteht darin, daß der moderne Revisionismus der Hauptfeind der Arbeiterklasse innerhalb der Arbeiterbewegung ist, daß es notwendig ist, im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus die internationale Einheitsfront zu stärken, die ihre Spitze gegen die beiden Supermächte richtet, und Übereinstimmung besteht auch darin, daß der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes Bestandteil des Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus sein muß. Differenz zwischen KBW und KPD gibt es über einige Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Diese Differenzen können ausgehend von den gemeinsamen kommunistischen Prinzipien sicher geklärt werden, um Fortschritte beim Aufbau der einheitlichen Partei des Proletariats zu machen.

In Übereinstimmung mit unseren kommunistischen Prinzipien streben wir, KBW und KPD, den Aufbau einer Front an, die Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zusammenschließt.

KBW und KPD halten an ihrem Vorschlag fest, den sie im Oktober 1977 verschiedenen Organisationen unterbreitet und in ihren Zeitungen veröffentlicht haben. Darin hieß es:

„Unserer Meinung nach soll diese Front jetzt auf folgendem Aktionsprogramm aufgebaut werden:

Im Kampf gegen die Maßnahmen und Gesetze der herrschenden Klasse und ihres Staates zur Unterdrückung des Volkes, im Kampf gegen den Polizeiterror, die Polizeimorde und das geplante Polizeigesetz, gegen die Bespit-

gramm aufgebaut werden:

Im Kampf gegen die Maßnahmen und Gesetze der herrschenden Klasse und ihres Staates zur Unterdrückung des Volkes, im Kampf gegen den Polizeiterror, die Polizeimorde und das geplante Polizeigesetz, gegen die Bespit-

zelung, Kontrolle, Überwachung und Schikane durch Verfassungsschutz und Geheimdienste, im Kampf gegen die immer schärfere Unterdrückung der Meinungsfreiheit, im Kampf gegen die Beseitigung der Rechte der Verteidiger, der Angeklagten und Gefangenen, im Kampf gegen die Berufsverbote und politischen Entlassungen, im Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung, im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus erhebt diese Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes die folgenden Forderungen:

– Uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit!
– Uneingeschränktes Streikrecht!
– Uneingeschränktes Koalitionsrecht!
– Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!
– Uneingeschränkte Demonstrations- und Organisationsfreiheit!

Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit den Verbotsanträgen gegen kommunistische Organisationen!

– Gleiche Rechte für die ausländischen wie für die deutschen Arbeiter, Werktätigen und Studenten!
– Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse!
– Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, aus Westberlin und aus der DDR!

Wir fordern die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften, da sie den Interessen und Bestrebungen der Gewerkschaftsmitglieder widersprechen. Wir

der BRD, aus Westberlin und aus der DDR!

Wir fordern die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften, da sie den Interessen und Bestrebungen der Gewerkschaftsmitglieder widersprechen. Wir

unterstützen die Forderung nach Rücknahme der Ausschlüsse von klassenbewußten Arbeitern und Angestellten aus den Gewerkschaften."

Wir werden die Beteiligung an den Hamburger Wahlen nutzen, um den Aufbau dieser Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes voranzubringen.

Entsprechend dieser Erklärung werden wir, KBW und KPD uns im Wahlkampf gegenseitig unterstützen.

Das Wahlgesetz von Hamburg untersagt Listenverbindungen zwischen Parteien. Die Gemeinsamkeit der kommunistischen Prinzipien gegenüber den bürgerlichen Parteien bringen wir zum Ausdruck, indem wir erklären: Wir verstehen die Stimmen für unsere Listen als Stimmen für unsere gemeinsame Sache – den Kommunismus und die proletarische Revolution.

In den Bezirksverordnetenwahlen werden wir keine Kandidaten gegeneinander aufstellen.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Zentralkomitee

5.1.1978

Telefonische Mitteilung des Genossen Heuler, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPD; Mitglied der Verhandlungskommission der KPD bei den Gesprächen mit dem

Telefonische Mitteilung des Genossen Heuler, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPD; Mitglied der Verhandlungskommission der KPD bei den Gesprächen mit dem

KBW:

„Der Aufruf zu den Hamburger Wahlen kann in der vorliegenden Form nicht veröffentlicht werden. Das ZK unserer Partei hat über das Verhandlungsergebnis beraten und Einwände erhoben. Die Einwände beziehen sich in erster Linie auf die letzten Abschnitte, in denen Ausführungen zum konkreten Vorgehen zu den Wahlen gemacht sind. Präzise gesagt, wir ziehen unsere Unterschrift unter die Erklärung in der vorliegenden Form zurück und schlagen euch vor, bei dem bereits vereinbarten Termin am Montag Morgen über eine von uns vorzuschlagende Alternative zu beraten."

(Aufzeichnung 13.1.1978 nachmittags)

Also bereits ein historisches Dokument ohne praktischen Wert? Wir werden sehen. Nach Ablauf der Sperrfrist veröffentlichen wir die Erklärung, so wie sie vereinbart worden ist zwischen den Verhandlungskommissionen von KBW und KPD und namens der ZKs unterzeichnet worden ist. Die Sperrfrist betraf nicht mehr den Inhalt des vorliegenden Dokuments. Es ging nur noch darum, daß die KPD bis zum Freitag, den 13.1. entscheiden wollte, ob sie an den niedersächsischen Landtagswahlen teilnimmt. Dann sollte ein entsprechender Satz hinzugefügt werden. Stattdessen hat die KPD die Gelegenheit ergriffen, das Verhandlungsergebnis zunichte machen zu wollen. Um so notwendiger die Veröffentlichung des Dokuments, so wie es unterzeichnet worden ist.



Am Vorabend der Oktoberrevolution verfügte das revolutionäre Militärkomitee der Petrograder Garnison über fast 150000 revolutionäre Soldaten.

Vorbild Siemens/Südafrika?

Eugen Loderers Schützenhilfe für Ausbeutung und Expansion

Eugen Loderer in Südafrika. Vorbildlich, erfährt man aus dem „Tagesspiegel“ vom 10.1.78, findet er Siemens in Südafrika. Die Löhne würden nach Leistung bezahlt. Die *Leistung*, schlicht Akkord, kennen die Arbeiter hier von Siemens. Wieviel „nach Leistung“ ist, woran sich die Sozialdemokraten so berauschen, steht in der „BZ“ vom 7.10. Danach betragen die „Leistungslöhne“ der Siemens AG 540 DM. Abgeschwächt werden soll diese grausame Tatsache durch den Hinweis in der „BZ“, die Mieten lägen nur bei 22 DM. Das sind dann aber auch Mieten für Bretterbuden in Arbeitslagern.

Loderers Pflicht als Gewerkschaftsfunktionär wäre es, sich über die großen Streikkämpfe der südafrikanischen Arbeiter und nach unseren Möglichkeiten, diese Kämpfe zu unterstützen, zu erkundigen. Gerade jetzt im Tarifkampf müßte er sich der Unterstützung der südafrikanischen Arbeiter für die bevorstehenden schweren Kämpfe der westdeutschen und Westberliner Metallarbeiter versichern. Auf Betriebsversammlungen im Siemens-Konzern versucht die Geschäftsleitung regelmäßig, die westdeutschen Arbeiter gegen die Arbeiter in den Ländern der Dritten Welt auszuspielen. Ganz nach der von Peter von Siemens in den „Siemensmitteilungen“ ausgegebenen Linie: „Die in vielen Ländern niedrigen Arbeitslöhne waren für uns(...) im allgemeinen nicht ausschlaggebend für den Aufbau von Fabriken im Ausland(...). Aber was noch nicht ist, wird noch werden.“ Loderers Bemerkung über das Vorbild Siemens in Südafrika kann nur als offene Unterstützung der Taktik der Kapitalisten, die Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen, gewertet werden. Hingegen haben die Arbeiter allen Grund, sich gegen Siemens und alle anderen Imperialisten zu verbinden. 175 Millionen Mark, aus der Ausbeutung der westdeutschen und Westberliner Arbeiter gepreßt, hat Siemens bis 1972 in Südafrika investiert. Seitdem ist dieser Betrag bis 1975 verdoppelt worden. Gnadenlos werden die Südafrikaner ausgebeutet: Von 35 Millionen Rand 1969 ist der Siemens-Umsatz in Südafrika bis 1976 auf 158 Millionen Rand gestiegen.

Aus Loderers Umgebung verlautet, so die „BZ“ weiter, „daß die Arbeitsbedingungen viel besser sind als in vielen deutschen Betrieben: Viel Raum, alles sauber, gute Luft, Abstand.“ Die Siemenswerke in Südafrika sind neu gebaut. Aus den „Siemensmitteilungen“ 9/76 erfährt man von Dr. Klingan, Leiter der Zentralen Bauleitung bei Siemens: „Wir wollen durch die Entwicklung von Projekten und die Erstellung von Bauten und Anlagen in einer Gesamtkonzeption unsere Auftraggeber beim Erreichen ihrer Unternehmensziele unterstützen. Auf äußerste (...) Wirtschaftlichkeit legen wir dabei großen Wert“. Der Mann hat auch die Fernschreibgeräte-Fabrik in Pretoria geplant. Das Unternehmensziel ist Höchstprofit. Die westdeutschen und Westberliner Arbeiter kennen die luftigen, modernen Arbeitsanstalten der Siemens AG aus eigener Erfahrung. Im Fernschreiberwerk und Relaiswerk Mariendorf in Westberlin hat Siemens Schinderanstalten ersten Ranges errichtet, wo junge Mädchen im Takt von wenigen Sekunden arbeiten müssen. Luftig und sauber natürlich. Und unter direkter Aufsicht der Meister, deren „Arbeitsplatz“ jetzt direkt bei den Bändern ist. Im neuen Hausgerätewerk ist allein in den Jahren 1974 bis 1976 unter der Propaganda für eine humane Arbeitswelt der Akkord auf das doppelte erhöht worden. Hier wie in Südafrika ist allein Profit das Ziel von Siemens. Notwendig ist es, sich zu verbinden und eine Kampffront der Arbeiter in Westdeutschland und Südafrika aufzubauen gegen die Verschärfung der Ausbeutung für einen ausreichenden Tariflohn auf den Normalarbeitstag. Dafür werden die Arbeiter solche Leute wie Loderer in den Gewerkschaften bekämpfen. (Zelle Siemens, Bezirk Westberlin)

Leiharbeit – Auch eine Form der Mobilität

Seit dem Sommer des letzten Jahres arbeite ich bei der Firma Schmidt und Co., Westerstede, als Elektriker. Das ist eine „Verleihfirma“. Von den Arbeitern werden diese Firmen Sklavenhändler oder Seelenverkäufer genannt. Seit Beginn der Krise schießen diese Firmen wie Pilze aus dem Boden.

Ich mußte bei Schmidt anfangen, weil ich in Ostfriesland keine Arbeit gefunden hatte. Den anderen Arbeitern ist es genauso gegangen. Die Stundenlöhne sind niedrig. Weil ich Erfahrungen im Bau von Schaltanlagen habe, bekomme ich 9,50 DM. Normal sind 9 DM. Bei neuen Arbeitern sind 8,80 DM keine Seltenheit. Zum Vergleich: Bei der Firma, an die ich im Augenblick ausgeliehen bin, erhalten Arbeiter mit vergleichbaren Erfahrungen 11 bis 12 DM. Gegenüber dem Betrieb, in dem wir arbeiten, haben wir praktisch keine Rechte. Der Kapitalist kann uns per Hausverbot jederzeit raussetzen. Oder andersherum bei Streiks größere Mengen Leiharbeiter hereinholen, denen bei Arbeitsverweigerung fristlose Kündigung und Sperre des Arbeitslosengeldes droht. So werden die Arbeiter gespalten.
So werden die Arbeiter gespalten.

Der größte Vorteil für die Kapitalisten ist unsere „Mobilität“. In unseren Arbeitsverträgen mußten wir unterschreiben, daß wir bereit sind, auf Montage zu arbeiten. Wir können von einem Tag auf den anderen von Hamburg nach München oder Stuttgart geschickt werden. Wie das abläuft, nur einige Beispiele: Bei der AG-Weser haben sie uns erst am letzten Tag gesagt, daß keine Arbeit mehr ist. Dann durften wir unseren Urlaub abfeiern, dann kam die Kündigung. Zwei Wochen danach wurde ich dann wieder eingestellt für Wolfsburg.

Die Firma Velte, an die ich jetzt verliehen bin, macht Umbauarbeiten im VW-Werk. Wir arbeiten in der Großpresserei. Da ist ein Höllenlärm. Die Pressen dürfen nicht lange stehen, also wird in Schichten gearbeitet. Oft Schichtwechsel mitten in der Woche.

Es gibt Arbeiter, die haben 18 Stunden am Tag gearbeitet. Andere mußten am Neujahrswochenende Samstag Frühschicht und Nachtschicht, Sonntag Spätschicht und Montag wieder Frühschicht arbeiten. „Kein VW-Arbeiter würde das machen“, meinen die Arbeiter von Velte. „Die würden auch Gerüste zum Kabelziehen bauen lassen, statt auf den verölten Trägern herumzuklettern.“

Wegen der Rechtlosigkeit können sich die Arbeiter schlecht wehren. Bei Velte gibt es ebensowenig einen Betriebsrat wie bei Schmidt. Entsprechende Versuche wurden bei beiden Firmen durch Versetzung auf weit entfernte Baustellen zerschlagen.

Die Kapitalisten setzen die Sklavenhändler ein, um einen umfassenden Angriff auf das Lohnniveau und alle Schutzrechte zu führen, die die Arbeiter erkämpft haben. In einem Brief an den IGM-Vorstand anläßlich einer
den IGM-Vorstand anläßlich einer
IGM-Demonstration in Bremen, der von insgesamt 12 Arbeitern von Schmidt und der AG-Weser unterschrieben wurde, haben wir das Verbot der Leihfirmen gefordert und sind eingetreten für den Siebenstundentag und das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit. Für die gleichen Forderungen sind weitere acht Arbeiter in einem Brief an den Gewerkschaftstag der IG-Metall eingetreten. Das zeigt, daß trotz der Spaltungslinien der Zusammenschluß der Arbeiter Fortschritte macht. Gegenwärtig bereiten wir den Lohnkampf vor mit denen, die bei den ausleihenden Firmen arbeiten. So können wir die Front für den gemeinsamen Kampf um Schutzrechte und zum Sturz der Ausbeuterordnung stärken. – (Bezirk Weser-Ems)

Mit Schlechtwettergeld durch den Winter? 220 DM sind notwendig

Am 1. November setzt im Baugewerbe die „Schlechtwetterzeit“ ein und geht bis zum 31.März. In dieser Zeit erhalten die Bauarbeiter bei Schlechtwetter nur Schlechtwettergeld (SWG). Wann schlechtes Wetter ist, bestimmen die Baukapitalisten und angemeldet wird es beim Arbeitsamt nur, wenn die Baumaterialien nicht mehr verarbeitet werden können. Folgende Bedingungen müssen erfüllt sein:

1. Temperatur gegen 7 Uhr morgens von wenigstens minus 10 Grad
2. Niederschlagsmenge in 24 Stunden von 7 Uhr des Vortags bis 7 Uhr des Haupttages von 30 mm (30l pro qm) und mehr
3. Schneedecke um 7 Uhr 40 cm und mehr
4. Neuschnee um 7 Uhr 20 cm und mehr
5. Eindringen des Bodenfrostes 80 cm und mehr
6. Windstärke von wenigstens 8 (Beaufort-Skala), das entspricht einer Windgeschwindigkeit von wenigstens 15 m/Sek. (aus BSE-Berater für die Schlechtwetterzeit).

Wenn die Bauarbeiter bei weniger Niederschlag und niedrigeren Graden von Frost nach Hause gehen, so haben
von Frost nach Hause gehen, so haben
sie sich auf der Baustelle zusammengeschlossen und es gegen den Kapitalisten erkämpft. Hinnehmen müssen sie dabei eine Senkung des Lohnes. Hat der Arbeiter vorher einen Stundenlohn von 12,57 DM gehabt (Tariflohn, gehobener Facharbeiter DM 10,58 und 2 DM Leistung) so bekommt er SWG 6,09 DM (verheiratet mit Lohnsteuerklasse III). Er wird gezwungen, seine Arbeitskraft verstärkt zu verschleißen bei schlechter Witterung.

Verlangt der Kapitalist in dieser Zeit von den Arbeitern noch Überstunden, wozu sie durch den niedrigen Lohn gezwungen werden, so wie auf der S-Bahn Baustelle in Hamburg-Harburg, wo täglich zehn Stunden und samstags gearbeitet wird, dann müssen sie auch bei den extremsten Witterungsbedingungen arbeiten oder sie bekommen gar nichts. Denn der Anspruch auf SWG besteht nur für die tariflich zulässige Arbeitszeit.

Haben die Arbeiter zum Beispiel auf der S-Bahn Baustelle nach drei Wochen 168 Stunden gearbeitet, tariflich 40-Stunden-Woche, so würden sie für die letzte Woche kein SWG mehr bekommen, weil sie die tarifliche Arbeitszeit schon in drei Wochen für den Kapitalisten abgeleistet haben. Auf den Baustellen, wo sich die Bauarbeiter zusammengeschlossen haben, werden Überstunden in dieser Zeit abgelehnt.

In Hamburg waren am 10.1.78 mehrere gewerkschaftliche Versammlungen der IG Bau-Steine-Erden (BSE). Auf diesen Versammlungen diskutierten die Bauarbeiter über die Höhe der Forderung im Tarifkampf (alle Tarifverträge sind zum 30.4.78 gekündigt worden). Eine heftige Auseinandersetzung gab es auf der Maurerfachgruppenversammlung darum, ob Prozent oder Festgeld und ob 8% und drei Pfennig mehr für Hamburger Tarifgebiet oder 220 DM mehr für alle.

Die Sozialdemokraten und Revisionisten konnten noch mal mit ihrer Pro-
nisten konnten noch mal mit ihrer Pro-
zentforderung durchkommen mit 23 Stimmen gegen 17 für 220 DM. Fest verankern konnten sie ihre Forderung aber nicht.

Ihr Argument, daß die 220 DM-Forderung ja nur vom KBW kommt und außerdem viel zu hoch ist, konnte bei den Arbeitern nicht fassen, die Arbeiter wissen, was ihnen im Monat fehlt und was sie brauchen. Wie man die Forderung gegenüber den Kapitalisten durchsetzen kann, haben sie im letzten Jahr gezeigt, wo sie mehrere stündliche Streiks durchgeführt haben. Den Abschluß dann bei 6,4% durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, den haben die Bauarbeiter noch nicht vergessen. (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Ein Gesetz für die Sklavenhändler

Im August 1972 verabschiedete die SPD/FDP-Regierung das „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ (AÜG). Waren es bis dahin 950 Kapitalisten, die Arbeiter verliehen, waren es im Dezember 1976 10400. Wenn das nicht die Absicht war, gibt es keine Erklärung dafür. Es war der Schrei der Kapitalistenklasse nach schnell verfügbarer und mobiler Arbeitskraft, der die Legalisierung der Leiharbeit hervorbrachte. Das Gesetz selbst beweist es, auch wenn es als Schutzgesetz angepriesen wird, das ist nur sozialdemokratische Manier:

Art. 1 §1(1) Arbeitgeber, die Dritten (Entleihern) Arbeitnehmer (Leiharbeitnehmer) gewerbsmäßig zur Arbeitsleistung überlassen wollen, (...) bedürfen der Erlaubnis.

§2(5) Die Erlaubnis kann unbefristet erteilt werden, wenn der Verleiher 3 aufeinanderfolgende Jahre lang nach § 1 erlaubt tätig war. (...)

§3(1) Die Erlaubnis oder ihre Verlängerung ist zu versagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Antragsteller (...), 4.) mit dem Leiharbeitnehmer jeweils unbefristete Arbeitsverträge abschließt, diese Verträge jedoch durch Kündigung beendet und den Leiharbeitnehmer innerhalb von drei Monaten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses erneut einstellt; 6.) einem Entleiher denselben Leiharbeiter länger als 3 aufeinanderfolgende Monate überläßt; (...).

§16(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig 1.) entgegen § 1 einen Leiharbeitnehmer einem Dritten ohne Erlaubnis überläßt, (...). (2) Die Ordnungswidrigkeit nach Abs. 1 Nr. 1 kann mit einer Geldbuße bis zu dreißigtausend DM (...) geahndet werden.

Die Erlaubnispflicht des Sklavenhändlers gegenüber dem bürgerlichen Staat ist gerade soviel wert wie die Verheißung des ewigen Lebens. Die §§ 2(5) und 16 machen daraus aber noch einen Grund, den Arbeiterverleih in großem Maßstab zu betreiben, dann kann man sich einiges mehr erlauben. Die Auflagen des § 3 abzuschütteln kostet eine Beratung mit dem Rechtsanwalt. Das Gesetz hat einerseits „Sklavenhandel“ in großem Umfang erst möglich gemacht, andererseits das illegale Leiharbeiterwesen in Blüte gebracht.

Hungerkur – für wen?

„Nicht als ausgleichende Gerechtigkeit“ aber als „Durchsetzung der Mitmenschlichkeit“ und „Verwirklichung der ‚Brüderlichkeit‘ “, so preist die Bourgeoisie das Bundessozialhilfegesetz. 9,6 Milliarden Mark für die „Sicherung des notwendigen Lebensbedarfs“ im Jahre 1976, so bilanziert sie ihre Bemühungen, den Lohn der Arbeiterklasse unter das Existenzminimum zu drücken. 288 DM ist der derteitige „Regelsatz“, die Notlage muß bewiesen sein, dem „Hilfeempfänger“ kann bei „unwirtschaftlichem Verhalten“ durch „Hang zum Nichtstun, durch Betteln, Trunksucht und Verschwendungssucht, aber auch bei unsolidem Lebenswandel“ die „Hilfe“ wieder entzogen werden. Ein Akt der „Menschlichkeit“.

Etwas Speck angesetzt durch die Völlerei im letzten Jahr und kurz vor den Wahlen, denkt schon mancher Bourgeoispolitiker an die Beweislast, die er hat.

Vielleicht müßte man ein bißchen abspecken, bevor man vor die Rentner tritt, um ihnen den schon vollzogenen und weiter geplanten Raub als etwas schmackhaft zu machen, was ihnen dient, gesund und fit zu bleiben. Oder um vor den Büroangestellten auftreten zu können, denen Ministerin Huber gerade jetzt mit ihrem neuen „fit-statt-fett-Bürowettbewerb 78“ das gemeinsame Hungern „erleichtern“ will, sollte es der Bourgeoisie ein weiteres Mal gelingen, den Lohn noch weiter zu drükken. Und – auch glaubhafter wär's vielleicht, mit weniger Bauch vor den Arbeitern aufzutreten, wenn man davon redet, daß alle den Gürtel enger schnallen müssen.

„In diesem Sinne beabsichtigte auch der SPD-Abgeordnete Horst Hager (Schleswig-Holstein, d.Red.), mit Humor auf ein ernstes Thema aufmerksam zu machen. Hager forderte Stoltenberg und Sozialminister Claussen (CDU) auf, mit ihm eine ‚Hungerkur‘ durchzumachen. Nach Hagers Vorstellungen sollen die drei Politiker einen Monat lang vom ‚Sozialhilfe-Regelsatz‘ in Höhe von 288 Mark auskommen. ‚Ich bin bereit dazu, obwohl ich weiß, daß ich kräftig Kohldampf schieben werde, aber 20 Pfund weniger können mir nicht schaden‘, meinte der SPD-Landespolitiker.“ (Welt, 5.1.78)

Lächerlich! Hat der Herr „Figurprobleme“, so läßt er sich von seiner Frau auf Steak setzen und von seiner Sekretärin einen Termin im Fitness-Zentrum reservieren, das weiß jeder! Die Angst sitzt ihnen im Nacken, daß es damit schon sehr bald Schluß sein kann!

Null bis 3,5% von Gesamtmetall „sehen wir als Streikgrund an“

„Die Eröffnung war ruhig, der Verlauf entsprach mit gegenseitigem Vortrag volkswirtschaftlicher Daten und anschließender Erläuterung der Forderung der IG Metall dem üblichen Procedere. Ein Angebot der Arbeitgeber ... war schon vor Verhandlungsbeginn nicht erwartet worden“, charakterisierte das „Handelsblatt“ am Donnerstag vergangener Woche den Beginn der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie in Nordwürttemberg-Nordbaden.

Um den Eindruck bemüht, daß die Arbeiter der übrigen Industrien den Lohnkampf in der Stahlindustrie vergessen und abschreiben können, berichtete die Presse äußerst rar über die „3. Verhandlungsrunde Stahl“, wo seit dem 1. Oktober tarifloser Zustand besteht:

„Ohne Ergebnis wurden die Lohntarifverhandlungen (am 9.1.) für die Stahlindustrie NRW und Klöckner auf den 19.1. vertagt.“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 10.1.) Nach Berichten der Vertreter der Gewerkschaften und der Kapitalisten wurde am 9.1. nicht über die 7%-Lohnforderung, sondern „ausschließlich über die Lohn- und Gehaltssicherung bei Umsetzung“ gesprochen.

Die Kapitalisten fühlen sich durch diesen „Verhandlungsbeginn“ gestärkt: „Die Metallindustrie bietet eine Anhebung der Tariflöhne um 3,5% und sonst keine Extras.“ (Süddeutsche Zeitung, 14.1.)

Seitens der Regierung haben sich die Kapitalisten mit dem Jahreswirtschaftsbericht die passende Unterstützung dieser Politik der Lohnsenkung bereits bestellt: „(3,5% Wirtschaftswachstum als ehrgeiziges Ziel) ist ein Alarmsignal. Das Wachstumsziel, so das (Wirtschafts-) Ministerium, sei nämlich nur zu erreichen, wenn z.B. die anstehenden Lohn- und Gehaltserhöhungen die Investitionsneigung der Unternehmer nicht abwürgen ... “ (Zweites Deutsches Fernsehen, 12.1.)

Über die radikalen Töne, die jetzt von sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorsitzenden oder Verhandlungsleitern an verschiedenen Orten angeschlagen werden, zeigen sich die Kapitalisten nicht besonderes besorgt. Auf das Nicht-Angebot der Metallkapitalisten reagieren sie mit tieferen Versöhnungsverbeugungen, z.B. Steinkühler in Baden-Württemberg.

„Verhandelt“ hat Steinkühler bei überhaupt keinem Angebot der Kapitalisten. *Was* Steinkühler verhandelt, teilte er anschließend in einem Interview mit:

„Die Arbeitgeber sind ganz einfach unehrlich, weil sie ja wissen, daß eine Forderung kein Ultimatum ist. Selbst nach unserer Vorstellung wird der Abschluß in der Regel unter der Forderung liegen.“ (Die Zeit, 13.1.) Vor den Vertrauensleuten bei VW referierte ein IGM-Vorstandsmitglied über die Notwendigkeit, „aus Solidarität“ mit den anderen Metall- und den Stahlarbeitern höchstens 7,8% zu for-
Stahlarbeitern höchstens 7,8% zu for-
dern. Die Sozialdemokraten in der Tarifkommission der Eisen- und Stahlindustrie NRW und Klöckner haben für die Verhandlungen am 19.1. in einer Resolution beschlossen:

„Die Tarifkommission erwartet, daß in der kommenden Verhandlung von den Arbeitgebern zur Forderung nach Einkommenssicherung für Arbeiter und Angestellte ein Angebot erfolgt, das den Forderungen der IG Metall gerecht wird ...“

Das Angebot der Stahlkapitalisten ist mit dem Verlangen nach sechs Monaten Verlängerung des alten Tarifs längst erfolgt. Mit Händen und Füßen halten die Sozialdemokraten an ihrer Suche nach dem „Kompromiß“ fest und weigern sich, die Verhandlungen abzubrechen und den Streik einzuleiten. Den Streik fürchten die Kapitalisten in der Stahl- und in der Metallindustrie. „Mit Sorge“ blicken sie nach Baden-Württemberg, wo die „Friedenspflicht“ auf Grund gescheiterter Verhandlungen über die Meßdatenermittlung für die Akkord-Vorgabezeiten nicht mehr besteht.

Die Arbeiter in den Betrieben der Metall- und Stahlindustrie bereiten den Streik vor. 16 Arbeiter und Angestellte von John Deere Mannheim in einem Brief an die Große Tarifkommission Nordwürttemberg-Nordbaden und die IGM-Verhandlungskommission für die Tarifverhandlungen:

„Mit der 190 DM-Forderung, die die Vertrauensleute von John Deere aufgestellt haben, können wir kämpfen. So können wir Gesamtmetall in einer starken Front entgegentreten. Wir fordern Euch auf, Euch dieser Forderung anzuschließen.“ Bei Bosch Nürnberg, wo einzelne Abteilungen immer wieder gegen Akkordverschärfungen und Herabsetzungen gestreikt haben, beschloß der Vertrauensleutekörper 220 DM für den Tarifkampf. In Darmstadt haben fünfzehn Arbeiter und Angestellte bei Bosch erklärt: „Wir sind nicht bereit, eine Senkung unseres Lohns bzw. Gehalts hinzunehmen. Was wir brauchen, liegt um 200 bis 220 DM. Die Forderung der Verwaltungsstelle Darmstadt: 120 DM und 5% zeigt das auch. Für den Ecklohn sind das ca. 190 DM brutto. Die Null bis 3,5%, die Gesamtmetall im Munde führt, sehen wir als Streikgrund an!“ – (Z-Red.)

Vertrauensleutekörper bei Bosch Nürnberg für 220 DM für alle gleich

Nürnberg. Als Forderung für den Tarifkampf hat der Vertrauensleutekörper bei Bosch Nürnberg 200 DM für alle gleich beschlossen. Einzelne Abteilungen hatten bei Bosch immer wieder gegen Akkordverschärfungen und gegen Herabsetzungen gestreikt. Auf der Vertreterversammlung am 10.1.78 lagen insgesamt acht Anträge für die Forderungen vor. Bei Grundig (ca. 3000 Beschäftigte) war als Forderung 150 DM beschlossen. Bei Hercules (frühere Victoria-Werke, 2000), die im Vorjahr Festgeld beschlossen hatten, wurden in diesem Jahr 12% beschlossen. Bei MAN haben die Sozialdemokraten verhindert, daß eine Forderung aufgestellt wird. Sie sind bestrebt, diese kampferfahrene und mit 7000 Beschäftigten auch größte Belegschaft aus dem Kampf herauszuhalten. Bei Faun, einem Rüstungsbetrieb mit über 1500 Beschäftigten, wurde als Forderung 7% beschlossen.

Briefe an „Metall" für 220 DM

VW Wolfsburg. Fünf Arbeiter der Halle 12, Schicht 2 (Golf-Endmontage) schrieben einen Brief an die „Metall", in dem gegen die 8%-Forderung in verschiedenen Tarifbezirken Stellung genommen wird und 200 bis 220 DM für alle Metallarbeiter gefordert werden. Auseinandersetzungen gab es um die Möglichkeit, einen Streik für diese Forderung zu organisieren. Die Arbeiter beschlossen, mit dem Vertrauensmann zu sprechen und ihn aufzufordern, auf der Sitzung dafür einzutreten.

Aus der Schicht 1 haben 18 Arbeiter einen Brief an die „Metall" geschrieben, in dem sie fordern: 200 bis 220 DM für alle und Streichung der unteren Lohngruppen bis 1930 DM brutto (Lohngruppe 2b Akkord). Der Brief geht zur Kenntnis auch an die Große Tarifkommission.

Tarifverhandlungen Papierverarbeitung: Telegramm an Tarifkommission

Zewawell Mannheim. Am 10.1. war die erste Verhandlung zwischen der IG Druck und Papier und dem Verband der Papier- und Kunststoffverarbeitenden Industrie über den Lohntarif, der zum 31.12. gekündigt worden ist. Dazu schickten 23 Kollegen von Zewawell ein Telegramm an den Vorstand der IG Druck und Papier und an die Tarifkommission Papierverarbeitung: „Die beschlossene Forderung von 7,5% und Anhebung der unteren Lohngruppen, mit der ihr in die Verhandlungen geht, ist zu niedrig. Richtig ist die Förderung von 200 DM Festgeld für alle gleich, die in der Abstimmung der Tarifkommission keine Mehrheit gefunden hat. Wir sind nicht gefragt worden, und es hat auch keine Beschlußfassung der Mitgliederversammlung gegeben, wie es auf dem Gewerkschaftstag beschlossen wurde. Angesichts dieser Lage und um einen Abschluß zwischen 3,5 und 5,5% zu verhindern, der von der Regierung vorgesehen ist und der weiteren Lohnabbau bedeutet, fordern wir die Tarifkommission und den Gewerkschaftsvorstand auf, sich auf keinerlei Abstriche an der aufgestellten Forderung einzulassen und alle gewerkschaftlichen Maßnahmen einzuleiten, daß wir die Forderung ohne Abstriche durchsetzen können."

23 Kollegen von Zewawell, Mannheim-Rheinau

Weinlese '77: Was jetzt in den Kellern gärt, sind die Schulden

„Nachdem die Herbstlese, wenn auch ungewöhnlich spät, eingebracht ist, verlangt bereits das nächste Wirtschaftsjahr die ersten Entscheidungen. Es ist an die Einkäufe der Düngemittel, der Schädlingsbekämpfung, sowie der Materialien, falls notwendig für die Ausbesserung der Rebanlagen zu denken. Es sollte der Maschinenpark auf die notwendige Ersatzteilbeschaffung überprüft werden . . ." So fordert es der Monatsbericht Dezember des „Badischen Winzer". Für viele badische Winzer ist die Weinlese 77 wesentlich schlechter ausgefallen als im Jahr 76. Ein Winzer aus Ihringen am Kaiserstuhl berichtet, daß er im Herbst 76 einen Ertrag von 3 Ztr. Trauben pro Ar hatte und dafür 250 bis 300 DM einnahm. Im Herbst 77 ist der Ertrag mengenmäßig um einen Ztr. pro Ar gestiegen, jedoch werden aufgrund geminderter Qualität die Einnahmen nur 200 bis 250 DM betragen. Das Geld wird ihm von der Winzergenossenschaft erst vor dem nächsten Herbst ausbezahlt werden. Vorauszahlen mußte er aber die Steuern für das Jahr 78. Sie werden nach dem Ertrag in kg/Ar errechnet. Da die Weinlese dieses Jahr mengenmäßig ertragreicher ist, muß er mehr Steuern im Voraus bezahlen, obwohl sein Einkommen geringer ist.

Der Bauer ist gezwungen, mit einer dreiköpfigen Familie von 1,33 ha zu leben. 33 Ar davon sind gepachtet. Die Hälfte des Ertrages muß er für die Pacht bezahlen. In diesem Jahr muß er sich einen neuen Schmalspurschlepper kaufen. Er muß einen Kredit von mindestens 20000 DM aufnehmen. In der Straße, in der dieser Bauer wohnt, sind in den letzten zehn Jahren von 15 Winzern neun ruiniert worden.

An der schlechteren Qualität des Weines in diesem Jahr ist neben dem schlechten Wetter vor allem die Rebumlegung schuld. Diese ist von der Landesregierung und den Winzergenossenschaften durchgesetzt worden, um den Weinanbau durchzurationalisieren und die kleinen Bauern zu legen. In der Untersuchung des badenwürttembergischen Landwirtschaftsministeriums heißt es: „Durch die Erdverschiebung wird der weißgelbe Rohlöss an die Oberfläche gebracht. Der mit Humus angereicherte, dunklere Oberboden wird begraben. Der helle Rohlöss reflektiert aber einen weit größeren Teil der Sonnenstrahlen als der natürliche Oberboden. Es wird also weniger Sonnenlicht in Wärme umgewandelt. Außerdem ist der Boden trotz der maschinellen Wiederverfestigung lockerer und lufthaltiger als im Urzustand. Lufthaltige Materialien sind aber schlechte Wärmeleiter. Der Boden leitet deshalb die Wärme schlecht in den Untergrund. Deshalb fanden wir bei unseren Messungen überraschend niedrige Bodentemperaturen. Die stärkere Reflexion der Sonnenstrahlen und die schlechte Wärmeleitung und Wärmespeicherung des hellen lockeren Rohlöss scheinen die wichtigsten Ursachen für die Verschlechterung des Kleinklimas zu sein. Wegen der mangelnden Wärmespeicherung der Böden kühlt das Gelände in klaren Nächten stark ab. Es entsteht mehr Kaltluft. Die Frostgefährdung wird vergrößert." Für die Bauern heißt dies: Verstärkte Ausgaben für Düngemittel und 10 bis 15 Jahre Arbeit bis der Boden wieder die ursprüngliche Qualität hat. Empfohlen wird den Bauern von den staatlichen Stellen, auf den hellen Lössböden dunklen Humus zu werfen. Das können sich die kleinen Bauern aber so ohne weiteres nicht leisten.

Ein anderer Kaiserstühler Winzer berichtet, daß er in diesem Jahr zum ersten Mal mit einem Drittel seines Ertrages in die Qualitätsstufe ‚Tafelwein' abgerutscht ist. Für den Liter Tafelwein wird er nur die Hälfte der nächsthöheren Qualitätsstufe ‚Qualitätswein' bekommen. Für den Qualitätswein bezahlen die Genossenschaften zwischen 60 Pfennig und 1.50 DM pro Liter, je nach Sorte. Indem die Erzeugerpreise so gedrückt werden, hat die Zentralkellerei Badischer Winzergenossenschaften (ZBW), die das absolute Monopol für den Weinaufkauf in Baden hat (90% des badischen Weins lagert in ihren Kellern), den Reingewinn im letzten Jahr auf 535 Mio. Mark erhöht. Der Zentralkellerei sind 24000 Winzerfamilien unterworfen. Für die Bauern bleibt keine andere Möglichkeit, als sich der Zentralkellerei anzuschließen und sich die Preise diktieren zu lassen, weil sie auf dem freien Markt gegenüber der Genossenschaft nicht konkurrenzfähig sind. Während die kleinen Bauern durch die Rebumlegung sich Zug um Zug verstärkt verschulden und ruiniert werden, streicht die Zentralkellerei Höchstgewinne ein. Für die großen Bauern sind die Qualitätsanforderungen der Zentralkellerei, die diese stellt, um badischen Wein als Spitzenwein verkaufen zu können, kein Problem, weil sie über gute Maschinerie verfügen, die besten Hanglagen haben und sich wissenschaftlich ausbilden können.

Anders stellt sich die Lage für die kleinen und mittleren Bauern dar. Man kann das gut an den Monatsberichten des „Badischen Winzer" verfolgen:

Monatsbericht 11/77: „Es wäre doch wirklich jetzt an der Zeit und wünschenswert, daß die Winzer selbst für die kommenden Jahre und für die Zukunft stärker und gewissenhafter beim Schneiden der Reben vorgehen und nicht, wie man in den letzten Jahren immer wieder feststellen konnte, von Jahr zu Jahr pro qm mehr Augen anzuschneiden, und so zu einer Minderung der Qualität im badischen Weinbau beizutragen, die dem guten Ruf, der mühsam erworben wurde, doch Schaden zufügen. Mit Tafelwein kann ein Weinbaugebiet mit Sicherheit sein Renommé nicht heben." Die Zentralkellerei will die kleinen Winzer für die Qualitätsminderung verantwortlich machen. Sie treibt sie in einen Teufelskreis: Achten sie auf „Qualität" und belasten die Reben wenig, dann ist der Ertrag niedrig, achten sie auf hohen Ertrag, sinkt die Qualität, weil die Rebe überlastet ist.

Die 535 Mio. Reingewinn aus dem letzten Jahr benutzt die ZBW, um die Exportoffensive einzuleiten. Die Kapazität der Kellerei in Breisach wurde auf 160 Mio. Liter erhöht. Ludwig Strub, Vorsitzender der Zentralkellerei in einem Interview: „Im Exportgeschäft steht die ZBW am Anfang ... Unser Fernziel ist es, dem badischen Wein im Ausland zu der ihm gebührenden Marktposition zu verhelfen ... In Washington wurde eine ‚German wine society' (Deutsche Weinbruderschaft) gegründet. Weitere werden in anderen amerikanischen Städten folgen." Auf wessen Rücken dieses Exportgeschäft vonstatten gehen soll, erklärt Dr. Frank vom Vorstand der Zentralkellerei: „Von unserer angeschlossenen Winzerschaft erwarten wir, besonders in den kommenden harten Jahren, daß sie alles daransetzt, um reife Trauben, gesunde Trauben, Trauben frei von Spritzmittelrückständen zu herbsten ... Wer gegen diese Grundsätze verstößt, hat keinen Platz in unseren Reihen." – (Bezirk Südbaden)

Durch Prämien die Milchviehhaltung konzentrieren

Mit Stolz hat der niedersächsiche Landvolkpräsident Bockhop in der vergangenen Woche die niedersächsischen Bauern als „Musterbauern der Europäischen Gemeinschaft" bezeichnet. Er bezog sich dabei auf die bisherigen Ergebnisse der Aktion zum Abbau der Milchproduktion durch Prämien an Bauern, die ihre Kühe abschaffen. Etwa 90000 bis 100000 Kühe werden in der EG durch diese Maßnahmen abgeschlachtet, die *Hälfte* davon kommt aus Niedersachsen.

Ausgesuchte Gebiete	Zahl der Kühe 1976	Zur Abschlachtung gemeldete Kühe absolut	in %	Betriebem. Kühen '76	Milchvieh aufgebende Betriebe absolut	in %
Gebiete mit hohem Grünlandanteil	138000	4000	2,9	9000	350	3,9
Gebiete mit überwiegend gemischter Produktion	32600	1800	5,5	2400	170	7,1
Gebiete mit starker Schweinehaltung	87200	5500	6,3	8200	620	7,6
Ackerbaugebiete	27300	3500	12,8	1900	300	16,0
Insgesamt im Gebiet der Landwirtschaftskammer Hannover	550000	32300	5,9	43000	3200	7,4

Unter dem Druck kapitalistischer Produktionsverhältnisse wird die Milchproduktion vor allem dort aufgegeben, wo andere landwirtschaftliche Produktionszweige zur Zeit und aufgrund der natürlichen Bedingungen bessere Voraussetzungen finden.

Die Prämienzahlung war ursprünglich begründet worden mit den Überschüssen an produzierter Milch. Tatsächlich ist bereits jetzt klar, daß auf EG-Ebene kaum ein Kilogramm weniger Milch geliefert wird, selbst in Niedersachsen wird spätestens in einem Jahr die gleiche Milchmenge erzeugt. Der „Milchsee" und „Butterberg" und die dafür gezahlten Subventionen waren vorgeschobene Argumente, um das eigentliche Ziel zu erreichen: Die kapitalistische Durchdringungen der bäuerlichen Produktion massiv voranzutreiben.

Eine große Zahl kleinerer Bauern werden jetzt eine andere Einkommensgrundlage suchen müssen, zumeist werden sie in die Ferkel- und Schweineproduktion wechseln. Um ein gleiches Einkommen zu erzielen, werden sie an Stelle jeder Milchkuh etwa 2,5 Sauen halten oder etwa 55 Schweine mästen müssen. Dies erfordert große Investitionen, die die Verschuldung und in vielen Fällen den Ruin notwendig nach sich ziehen.

Die auf dem kapitalistischen Weg fortgeschrittene Agrarwirtschaft in Niedersachsen soll das Modell sein, auf dem die Bauern insgesamt unter die Knute des Finanzkapitals gezwungen werden. Mit der Beseitigung der „unrentablen" Milcherzeuger ist der Weg bereitet, um entweder den Erzeugerpreis für Milch zu senken oder die Milcherzeugung staatlich zu reglementieren. Was Bockhop als „Musterbauern" lobt, ist eine Landwirtschaft, die mit wachsendem Elend die Existenz von immer weniger Bauern ermöglicht. – (Bezirk Hannover)

Landjugend organisiert den Kampf gegen den „Milchpfennig"

Seit September 1977 müssen die Bauern über die Molkereien für jeden Liter Milch 0,9 Pfennig an die EG abführen, eine sogenannte Erzeugerabgabe zur „Bewältigung des EG-Milchberges". Tatsächlich ist diese Maßnahme Teil des Programms der Bundesregierung zum beschleunigten Bauernlegen. Ein Teil der Milchbauern soll beseitigt, größere Betriebseinheiten geschaffen werden.

Das Geld geht an Verarbeitungsunternehmen und den Handel. Jungbauern aus mehreren Arbeitskreisen der Landjugend in Baden-Württemberg und Westfalen-Lippe fordern jetzt vom Deutschen Bauernverband, daß er „mit allen ihm möglichen Mitteln" gegen den Milchpfennig und die Futtermittelverteuerung den Kampf organisiert. Sie verteilen Resolutionen, in denen die Bauern von den Molkereien verlangen, den „Milchpfennig" nicht abzuführen.

Die Textilkapitalisten führen den Handelskrieg mit Einfuhrbeschränkungen und Dumpingpreisen

Die in der EG zusammengeschlossenen Imperialisten haben mit dem Scheitern der Verhandlungen über ein neues Welttextilabkommen mit 32 Ländern bilaterale Verhandlungen geführt. Am 20. Dezember 1977 haben sie beschlossen, diese Verträge zur Grundlage für das Textilabkommen (auch „Allfaserabkommen") zu machen. Warum, das sagte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, von Dohnanyi: „Wir haben Rücksicht genommen auf strukturelle Probleme einzelner Länder, sie aber nicht zu bestimmenden Faktoren für die Handelspolitik werden lassen." Die „Rücksichtnahme" auf die Entwicklungsländer drückte sich im Sommer 1977 u.a. in der Einfuhrbeschränkung von Baumwollgarn und Bekleidung aus Ägypten, Indien, Malaysia, Marokko, Thailand und der Türkei aus, für Juteerzeugnisse aus Bangladesch, für Flachs- und Ramiegarne aus Jugoslawien. „Für einen Großteil der Einfuhren der betreffenden Waren in die Gemeinschaft (Baumwollgarne, Oberhemden, T-Shirts und Blusen, d. Red.) sind bereits mengenmäßige Beschränkungen mit bestimmten Hauptlieferländern ausgehandelt worden. Die Prüfung der Lage hat jedoch gezeigt, daß die Entwicklung der Einfuhren aus anderen Ländern die Einführung von Beschränkungen für die betreffenden Waren in der gesamten Gemeinschaft oder in einzelne Regionen rechtfertigt. Bei dieser Prüfung konnten auch die Niedriglohnländer identifiziert werden, die zu dieser Marktstörung beitragen" (Bundestagsdrucksache 8/789). Die EG-Imperialisten haben die Konkurrenten auf dem Textilmarkt als Störenfriede ausgemacht und sie anschließend erpreßt.

Der Präsident von Gesamttextil, Wilhelm Hardt, meinte auf der letzten Jahrestagung der Textilkapitalisten im Januar 1977: „Normales Recht gegen Dumping . . . muß anwendbar bleiben.

Man muß in Konsultationen auch über Preise sprechen können." Diese Frage und die Ausdehnung der Einfuhrbeschränkungen auf alle Entwicklungsländer sei „des Schweißes der Edlen wert". Viel Schweiß haben die Imperialisten nicht vergossen, sondern einfach das altbekannte Mittel der Zollpolitik eingesetzt, um die Frage in ihrem Sinn zu klären. Die folgende Tabelle kennzeichnet einige „Störenfriede", die die EG-Imperialisten mit Einfuhrbeschränkungen bedacht haben. Ausfuhr und Einfuhr sind direkt untereinander geschrieben, so daß die für die BRD-Imperialisten negativen Handelsbilanzen deutlich erkennbar sind. Diese Länder führen allesamt mehr in die BRD ein als die westdeutschen Kapitalisten ausführen, aber sie haben besondere Stärken in bestimmten Warengruppen, die mit einem Sternchen gekennzeichnet sind und die den Unmut der Imperialisten erregen.

Ausfuhr / Einfuhr von Textilien von bzw. in die BRD

(in Tausend DM; oben: Ausfuhr, unten: Einfuhr)

	Insgesamt (ohne Rohstoffe) 1973	1974	1975	Garne 1975	Gewebe 1975	Fertigwaren 1975	Rohstoffe 1975
Ägypten	2553	7558	8294	2524	3934	1836	791
	28487	28096	16845	12139*	4245	461	23605
Marokko	26772	31044	21917	15846	4911	1160	4818
	59326	66220	74660	513	62698*	11479	194
Tunesien	13193	32757	47507	7904	27534	12069	249
	17310	29364	59716	1	12156	47559*	–
Indien	2207	3188	3048	2106	686	256	48
	98367	132314	145896	5296	78776*	61824*	4610
Malaysia	4779	9268	5811	1007	4110	694	1
	5248	21603	36431	991	11157*	24283*	33
Thailand	8216	6899	3316	605	2190	521	1
	3435	10837	17272	985	10380*	5907	3558
Türkei	14395	27268	22218	13899	5759	2560	18307
	75012	109689	120653	60273*	31099*	29281	102841

Quelle: Textilindustrie 1975, herausgegeben vom Gesamtverband der Textilindustrie der BRD

Diese Absichten der westdeutschen Imperialisten werden besonders deutlich bei dem Rohstoff Baumwolle, der vollständig eingeführt werden muß, was die Textilkapitalisten aber nicht hindert, ihn mit Dumpingpreisen wieder auszuführen. Rohe und bearbeitete Baumwolle, Reißbaumwolle und Abfälle haben sie 1975 für 1,80 DM pro Kilo ausgeführt, bei der Einfuhr kostete sie 2,22 DM. Ähnlich sieht es mit anderen Rohstoffen, Geweben und Fertigwaren aus (s. kleine Tabelle).

Mehrere Fliegen wollen die Imperialisten damit auf einmal schlagen: den Aufbau einer leistungsfähigen Industrie in den Ländern der dritten Welt schädigen, mit Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt vorstoßen und damit die Konkurrenten ausbooten, und auf dem Inlandsmarkt überhöhte Preise durchsetzen. Mit Dumpingpreisen eröffnen die Imperialisten den Handelskrieg, mit Zollmaßnahmen setzen sie ihn fort. Der Präsident von Gesamttextil hat den Handelskrieg klar vor Augen: „Mir persönlich hat vor 2 Monaten in Brüssel mein Amtskollege aus den USA gesagt: ‚Die EG hat nicht gelernt, Verträge richtig zu interpretieren. Sehen Sie, zum Beispiel Thailand wollte sehr große Importe in die USA bringen. Wir mußten diesem Land daher klarmachen, daß, nachdem man unsere Truppenbasis gekündigt hatte, wir auch handelspolitisch entsprechend reagieren würden.' " – (Z-Red.)

	Ausfuhr (DM/kg)	Einfuhr (DM/kg)
Rohstoffe insgesamt ...	2,48	2,97
Flachs, Weichhanf, Jute Hartfasern	1,05	1,16
Garne insgesamt	7,21	7,28
Rohseide u. Seidengarne	46,26	50,01
zellulos. u. synth. Fäden	6,55	6,85
Wolle u. Tierhaare	14,42	15,45
Gewebe		
Seide, zellulos. u. synth. Fäden	19,33	19,70
Wolle und Tierhaare ...	21,43	23,59
Fertigwaren Hüte	34,68	38,45

Quelle: berechnet nach Angaben aus „Textilindustrie 1975"

Gründe für den vorzeitigen Abgang aus der Gesamtschule

Von insgesamt 83253 Schülern an Gesamtschulen in der BRD sind 1972 2806 vorzeitig abgegangen, und zwar nicht auf weiterführende Schulen. Die weitaus meisten Abgänge findet man in den Klassen 6 bis 10, genau die Schuljahre vor dem Hauptschul- und Realschulabschluß. Uns hat interessiert, welche Gründe dazu führen, daß die Gesamtschule eine solche „Durchlässigkeit" *nach unten* aufweist.

Mit einer Schülerin der Gesamtschule Kelsterbach/Frankfurt haben wir zusammengestellt, welche Kosten für Lernmittel zu Beginn des letzten Halbjahres auf die Eltern zugekommen sind. Man muß dazusagen, daß es sich nur um das Allernotwendigste handelt.

An den beiden Nachmittagen, an denen Unterricht stattfindet, bezahlen die Schülerinnen jeweils 2 DM für Essen am Mittag, daß sie im Kochkurs selbst herstellen. Die anderen müssen zum Essen nach Hause gehen. Viele Schüler kommen ohne Verpflegung in die Schule. Es sind die Kinder der Arbeiterfamilien aus einer Werkssiedlung, die von ihrer Mutter nicht morgens früh versorgt werden können, weil Vater und Mutter schon längst zur Arbeit weg sind. Die einzige Möglichkeit, in der Schule etwas zu sich zu nehmen, ist der Getränke-, Süßigkeiten- und Eisautomat. Ca. 1,50 DM muß man am Tag dafür an Ausgaben berechnen. Und es sind dieselben Schüler aus den Arbeitersiedlungen, die auf den Bus angewiesen sind, um zur Schule zu kommen. Preis der Fahrkarte ca. 25 DM im Monat. Aber das ist noch lange nicht alles. Drei bis vier Mal im Schuljahr werden sogenannte Wandertage veranstaltet, die im Durchschnitt jeweils einen Betrag von 8 DM ausmachen. An solchen Tagen werden Museumsbesuche oder z.B. eine Fahrt auf dem Rhein organisiert. Der größte Batzen aber ist die einmal im Jahr stattfindende Klassenfahrt, deren Teilnahme verpflichtend ist. Rund 150 DM bis 200 DM kostet das. Eine Mutter, die das nicht zahlen wollte, weil sie es nicht konnte, fragte, ob man nicht einen Zuschuß bekommen könnte. Sie hat ihn nicht beantragt, als sie erfuhr, daß dem Antrag der letzte Lohnstreifen mit sämtlichen Angaben über die Ausgaben der Familie einschließlich Schulden und ähnlichem beigefügt werden muß.

Hefte und Plastikordner	32 DM
Füller	20 DM
Federmappe mit Stiften	20 DM
Zirkel	15 DM
Rapidograph	12 DM
Geodreieck	10 DM
Lexika für die Fremdsprachen, hin und wieder Zeitschriften für den Unterricht	100 DM
Gymnastikhose	17 DM
Turnschuhe	20 DM
	246 DM

Allein mit dieser Aufstellung der reinen Kosten für Lernmittel, Fahrt zur Schule und Verpflegung *in* der Schule, die übrigens mit Limonade und klebrigen Kuchenstückchen kaum als Verpflegung bezeichnet werden kann, sowie den Sonderunternehmungen kommt man auf einen Betrag von durchschnittlich 140 DM im Monat, den die Eltern zahlen müssen, ohne Berücksichtigung der gesamten Kleidung, der Nahrung zuhause, dem Taschengeld der Jugendlichen.

Die Schülerin erzählte, daß 10jährige Kinder nachmittags Prospekte in die Briefkasten werfen für einen Pfennig pro Stück an „Lohn". Es sind die Schüler, die am ehesten in den neu eingerichteten H-Kursen (unterste Ebene) landen, in denen keine „Durchlässigkeit nach oben" mehr besteht. Ist man im H-Kurs, kann man nur noch nach der 9. Klasse den Hauptschulabschluß machen oder ohne Abschluß abgehen.

Vor allem in den 9. Klassen gehen viele Mädchen ab, allein aus einer Klasse arbeiten inzwischen fünf bis sechs als Verkäuferin z.B. für Fleischwaren im Großmarkt. Die Lehre dauert nur zwei Jahre bis zum Abschluß der ersten Stufe. Was nachher wird, ist unklar.

Viele gehen von der Schule ab, nicht, weil sie in den untersten Kursen steckenbleiben, sondern weil sie zufällig eine Lehrstelle auftreiben konnten. „Besser jetzt eine Lehrstelle als später überhaupt nichts." Das bestimmt die Überlegungen bis einschließlich zum Realschulabschluß (10. Klasse). Eine Schülerin mußte die Schule verlassen, weil ihre Mutter allein zwei Kinder versorgen muß und mit dem Lohn, den sie selbst bekommt, sie nicht ernähren kann.

Das Mädchen hat zwanzig Bewerbungen geschrieben, sechs Absagen erhalten. Sie wollte eine Lehrstelle als Arzthelferin. Ein einziger Arzt hat sich gemeldet: Er habe aber erst 1979 eine Stelle frei. Ebenfalls in der 9. Klasse werden Betriebspraktika durchgeführt, für den H-Kurs verpflichtend, ansonsten „begrüßt", wie es so schön heißt. Die Schülerin erzählte uns, daß sie bei einem Bäcker gearbeitet hat; von 7 Uhr bis 13.30 Uhr hat sie die Backstube geputzt. Bekommen hat sie nichts dafür, weil das dem Arbeitgeber überlassen bleibt. Der hat gemeint, sie könne sich auf seine Kosten ja eine Torte backen. – (Z-Red.)

Die Gesamtschule – kostspielig und durchlässig

Die CDU in Nordrhein-Westfalen inszeniert zur Zeit ein „Volksbegehren" gegen die Kooperative Schule, die von der SPD-Landesregierung als Umsetzung des Gesamtschulkonzepts eingeführt wurde. Die CDU will die Massen für die Verteidigung des herkömmlichen Schulwesens mobilisieren. Ihr Interesse ist, der SPD-Landesregierung den Garaus zu machen, gerade jetzt, wo diese durch die „Affäre Poullain" angeschlagen ist. Die SPD findet in ihrer Propaganda für die Gesamtschule die warme Unterstützung der Gewerkschaftssozialdemokratie, vor allem in der GEW.

Mitte der 60er Jahre wurde das Gesamtschulkonzept ausgebrütet im Rahmen der „Bildungsreform", als es für die westdeutsche Kapitalistenklasse darauf ankam, ihre Stellung in der internationalen Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu festigen und die Basis für ein erneutes Eingreifen in die Neuaufteilung der Welt zu schaffen. Unter Parolen wie „Chancengleichheit", „Aufhebung der Benachteiligung in der Ausbildung" suchte die Bourgeoisie die Massen für den Ausbau der Schulen zu gewinnen. „Die Bildungsreform wurde von der impe-

heit", „Aufhebung der Benachteiligung in der Ausbildung" suchte die Bourgeoisie die Massen für den Ausbau der Schulen zu gewinnen. „Die Bildungsreform wurde von der impe-

rialistischen Bourgeoisie eingeleitet zwecks Einreißen traditioneller Schranken, die der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter im Wege standen. Sie wurde eingeleitet, um an die Kinderarbeit heranzukommen. Sie wurde eingeleitet, um das Kapital von den Lasten, die eine Ausbildung im Betrieb für das Kapital bedeutet, zu befreien." (Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitsheft 5)

Die Ausbildungslasten wurden auf die Volksmassen abgewälzt, die von ihrem Lohn den enormen Ausbau der Schulen bezahlten sollten. Gleichzeitig bezahlten sie damit den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats, zu dem die Schulen als Stätten der Abrichtung der zukünftigen Lohnarbeiter zählen. War die Ausbildung erst aus dem Betrieb in die Schulen verlagert, konnte sie weitgehend gedrückt und zusammengepreßt werden. Die Auslese der für die Produktion geeigneten Arbeitskräfte wird so organisiert, daß auf der einen Seite eine Masse wenig bzw. schlecht qualifizierter Lohnarbeiter zur Verfügung steht und auf der anderen Seite die Bourgeoisie sich ihren Kadernachwuchs an Antreibern und Agenten im Staatsapparat heranzüchten kann, was zweifellos wenige sind.



Diese Grundschule im Westberliner Bezirk Kreuzberg sieht einem Zuchthaus verblüffend ähnlich. Die Schulen als Kasernen der menschenwidrigen Abrichtung von zukünftigen Lohnarbeitern sind auch äußerlich Denkmale der Unterdrückung der Jugend. Dicke Mauern und kleine Fenster – der Klassenkampf soll draußen gehalten werden. Die Arbeiterklasse aber befindet sich selbst in diesen Schulen und ihr Kampf gegen die Schulunterdrückung rüttelt an den Grundfesten dieser Denkmale.

tung von zukünftigen Lohnarbeitern sind auch äußerlich Denkmale der Unterdrückung der Jugend. Dicke Mauern und kleine Fenster – der Klassenkampf soll draußen gehalten werden. Die Arbeiterklasse aber befindet sich selbst in diesen Schulen und ihr Kampf gegen die Schulunterdrückung rüttelt an den Grundfesten dieser Denkmale.

Darin bildet auch die Gesamtschule keine Ausnahme.

Werden die Jugendlichen im herkömmlichen dreigliedrigen Schulsystem durch die Noten, vor allem die Fünfen und Sechsen in die untersten Ausbildungsränge gepreßt und gefügig gemacht, so organisiert das die Gesamtschule über ein System von Kursen verschiedener „Leistungsniveaus". Ob Fünfen oder Sechsen oder die sogenannten Diagnosebögen, auf denen vermerkt wird z.B. „Initiative: nicht nachweisbar" und „Lernbereitschaft: – (minus)", macht keinen Unterscheid am Ergebnis. Warum soll die Arbeiterklasse für die Gesamtschule sein, wo diese ihrem Interesse an einer umfassenden Entfaltung aller produktiven Fähigkeiten der Jugend krass entgegensteht? Sie ist nichts anderes als ein Baustein der imperialistischen Bildungsreform, für die den Massen rund 46 Mrd. DM abgepreßt wurden, um den Kapitalisten zu ermöglichen, „sowohl der kapitalistischen Rationalisierung, der Verdichtung des Arbeitstages, der Ausdehnung der Arbeitszeiten wie auch der Zerlegung der Arbeit in immer kleinere Teilabschnitte freie Bahn zu schaffen." (Arbeitshefte 5)

Die Ergebnisse dieser Reform des doppelten Betrugs sind inzwischen auf dem Tisch. Unter Berufung auf die erweiterte schulische Ausbildung sind die Ausbildungszeiten für einen großen Teil der Jugendlichen enorm gesenkt worden, so daß sich heute ein wachsender Teil jugendlicher Hilfsarbeiter mit schlechter schulischer Ausbildung in die Produktion geworfen sieht oder zu den über 97000 arbeitslosen Jugendlichen zählt, die als Reservearmee den Druck auf die Arbeiterklasse verschärfen sollen.

Kultusminister Hahn formuliert das Ergebnis der Bildungsreform so: „Die Schule muß nicht nur fördern, sie muß auch auslesen." Sein Ministerialdirigent Piazzoli hat die „naturbedingte Begabung" (zum Hilfsarbeiter) wiederentdeckt. Entsprechend diesem „Naturgesetz" hat der Gemeinderat in Heidelberg die Ausgaben für die Sonderschulen von 75000 DM (1977) auf 143150 DM (1978) erhöht, die Ausgaben für Grund- und Hauptschulen dagegen gesenkt.

In der Regierung betreibt die SPD Maßnahmen, die sie den Massen gegenüber nicht als „Programm" zu vertreten wagt, was sie aber sind. „Ein bestimmendes Merkmal (der Schule, Red.) muß ein schrittweises Vorgehen sein, mit dem geeignete Teilqualifikationen erreicht werden. Dafür müssen entsprechende Abschlüsse und berufliche Verwendungen geschaffen werden." (Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, 1976)

Gegen die imperialistische Schulpolitik erhebt die Massenbewegung gegen die bürgerliche Schule zunehmend politische Forderungen für die Einheitsschule, gegen den Abbau der Schulpflicht, gegen das Notensystem und die Nichtversetzung. Leicht ist auch einsichtig, daß die völlige Unentgeltlichkeit der Ausbildung, die Bezahlung der Kosten für Nahrung, Kleidung und Lernmittel durch den Staat unbedingt dazugehört und keineswegs nebensächlich ist, gerade, weil man sich darüber mit sehr vielen verständigen und einigen kann. – (Z-Red.)

Jugendvertreterprogramm Stadtverwaltung Braunschweig

Braunschweig. Am 22.2. soll eine gemeinsame Jugend- und Ausbildungsversammlung aller 600 Auszubildenden der 3. Jugendvertreterbezirke stattfinden. (Restdienststelle, Krankenhäuser, Bauverwaltung) Tagesordnung: 1. Tarifrunde, 2. gemeinsames Wahlprogramm, die Jugendvertretung Bauverwaltung schlägt dazu folgendes vor: kostendeckende einheitliche Ausbildungsvergütung – keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – Übernahme aller Jugendlichen des ABM-Programms in den BAT – 10 Tage Prüfungsurlaub – keine Zensierung der Fachmappen an der Berufsschule – 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Wochentagen – Einspruchsrecht der Personalräte und Gewerkschaften an der Berufsschule – gewerkschaftliche und politische Rechte für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Lehrlinge schließen sich gegen Versetzung zusammen

Gaggenau. Trotz Erpressung mit niedrigem Lohn durch Versetzung an schlechter bezahlte Arbeitsplätze haben die Daimler-Benz-Kapitalisten die 250 Arbeiter, die sie nach Untertürkheim, Sindelfingen, Hedelfingen, Mannheim München und Friedrichshafen versetzen wollen, nicht auf „freiwilliger" Basis zusammengebracht. Jetzt wird unverheirateten und jungen Arbeitern offen mit der Kündigung gedroht, falls sie der Versetzung nicht zustimmen.

Unter den 250 Arbeitern sind 30 Lehrlinge, die im Februar 1978 Gesellenprüfung machen. In mehreren Versammlungen haben sie sich darauf geeinigt, erst dann darüber zu entscheiden, ob sie sich versetzen lassen oder nicht, wenn sie den ihnen zugedachten Arbeitsplatz und die Unterbringung gesehen haben.

Was heißt hier Traumberuf?

„Jeder kann einen Ausbildungsplatz finden, wenn er bereit ist, notfalls auch einen anderen Beruf als seinen Traumberuf zu ergreifen", erklärt Paul Broicher vom Industrie- und Handelstag in einem Interview mit der Bild-Zeitung vom 9.1.78. Um die „Bereitschaft" zu fördern, fordern die Kapitalisten vom bürgerlichen Staat ein entsprechendes Zwangsgesetz ein, welches die Schulpflicht weiter aushöhlen soll. In Niedersachsen hat das Kfz.-Handwerk mit Verfassungsklage gedroht, falls das 10. Schuljahr als Pflicht eingeführt wird. Das Handwerk, der Einzelhandel und Metallunternehmen sind nicht bereit, das Berufsgrundschuljahr als erstes Lehrjahr voll anzurechnen. Eine paritätisch besetzte Arbeitsgruppe soll jetzt einen Vorschlag über die endgültige Gestaltung der „Anrechnungsverordnung" ausarbeiten. Die Kapitalisten fordern eine „größere Spezialisierung der Ausbildung", was sich für sie in mehr Arbeitstagen ausdrückt, die die jugendliche Arbeitskraft ihnen unentgeltlich zur Ausbeutung zur Verfügung steht. „. . . . Die Ausbildung . . . muß auf die Beherrschung der Fertigkeiten und Kenntnisse für seine Ausübung ausgerichtet sein." (Deutscher Industrie-und Handelstag, 1976) Für den Arbeiterjugendlichen bedeutet diese „Spezialisierung" zum Teilarbeiter, Ausübung der stupidesten Handgriffe, möglichst viel in kurzer Zeit. Sie bedeutet die Verstümmelung der Facharbeiterausbildung zur Stufenausbildung.

Mit 97800 registrierten arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren im Monat Dezember 1977 haben die Kapitalisten reichlich unausgeschöpftes Arbeitsmaterial zur Verfügung. Broicher vom Industrie- und Handelstag frohlockt: „Ich bin sicher, daß wir auch in den nächsten beiden Jahren die große Nachfrage an Ausbildungsplätzen decken können."

Natürlich nur, wenn der Jugendliche auf die Lehre und Ausbildung verzichtet, die er eigentlich im Auge hatte. Soll er doch froh sein, daß er überhaupt was hat und im Prinzip ist es doch gleich, ob er Maschinenschlosser oder Kammerdiener wird, höhnt Broicher.

Dem Arbeiterjugendlichen ist es nicht egal, weil er, zukünftiger Produzent des gesellschaftlichen Reichtums, Interesse an der Produktion und ihrer Beherrschung hat. Das Interesse für die Produktion ist keine unwesentliche Triebkraft für die Revolution. Das hat schon mancher unterschätzt. – (Z-Red.)

Das Kindergartengesetz: Degradierung der Arbeitskraft und bessere Ausrichtung der Kindergärtnerinnen

Das Kindergartengesetz: Degradierung der Arbeitskraft und bessere Ausrichtung der Kindergärtnerinnen

Das Kindergartengesetz von 1972 hat praktisch den Beruf der Kinderpflegerin abgeschafft. Danach erhalten Kindergärten Personalkostenzuschüsse nur noch für Erzieher und Sozialpädagogen. Bisher waren meist nur die Leiterinnen der Kindergärten zu Erzieherinnen oder Sozialpädagogen ausgebildet. Die Masse der Angestellten waren Praktikantinnen, Helferinnen und Kinderpflegerinnen. Weil die staatlichen Zuschüsse wegfallen, werden jetzt keine Kinderpflegerinnen mehr eingestellt. Für die meisten bedeutet das, ihren Beruf zu verlieren und zur Hilfsarbeiterin, zur ungelernten Verkäuferin degradiert zu werden.

Bis 1983 gilt eine Übergangsregelung, nach der Kinderpflegerinnen dann als „Fachkräfte" gelten, wenn sie sich „bewährt" haben und einen 15tägigen staatlichen Kurs absolvieren. Wer auch noch nach 1983 in seinem Beruf weiter arbeiten will, muß eine Ausbildung zur Erzieherin an einer staatlichen Schule in 15 Monaten nachholen. 6000 Mark kostet das Schulgeld, die Hälfte zahlt das Arbeitsamt. Die Schulen waren alle überfüllt: Wartezeiten von über einem Jahr sind keine Seltenheit, Durchschnitt im Kinderpflegerinnenzeugnis von 3,0 mindestens Voraussetzung, genauso drei Jahre Berufspraxis. Wer nicht schon an den Noten scheitert, scheitert am Geld. Von den 800 bis 900 Mark netto, die eine Kinderpflegerin erhält, ist es unmöglich, das Schulgeld zu sparen. Wenn es geht, dann nur mit Hilfe der Eltern, die noch einmal kräftig helfen müssen. Das Arbeitsamt zahlt Unterhaltsgeld während der Umschulung und führt deshalb ständig Anwesenheitskontrollen durch. Wer fehlt, bekommt das Schulgeld gekürzt. Wird die Prüfung auch nach Wiederholung nicht bestanden, muß das ganze Geld an das Arbeitsamt zurückgezahlt werden.

Durch die Ausbildung sollen die Kinderpflegerinnen zum Staatsorgan gemacht werden. Sie, die selber meist Kinder von Arbeitern oder kleinen Angestellten sind, werden mit bürgerlicher Psychologie und Pädagogik vollgepropft, um ihren Zöglingen später mit Tricks die bürgerliche Ideologie eintrichtern zu können. Pflichtfach ist Religionspädagogik. Das „Biblische-Geschichte-Erzählen" wird verwissenschaftlicht, damit es wirklich hängenbleibt. Gehen kann das nur mit Druck über die Noten und scharfe Auslese. Von einem Kurs in Karlsruhe, an dem 32 Schülerinnen teilgenommen haben, sind vier schon vor der Prüfung aus Angst abgesprungen und sieben sind durchgefallen. Das heißt, ein Drittel hat nicht bestanden. Für sie ist die Lage fast aussichtslos. Ihre alte Stelle haben sie nicht mehr. Etwas Neues zu finden ohne die staatliche Anerkennung ist so gut wie unmöglich.

Am 1.1.78 sind jetzt die Anmeldefristen für die letzten Kurse abgelaufen. Wer jetzt die Ausbildung noch nicht hat, sitzt spätestens 1983 auf der Straße, wenn er nicht vorher schon seine Stelle verliert. Das Ergebnis dieser Reform: völlige Umwälzung der Beschäftigten in den Kindergärten, Spaltung der Belegschaften – wohlausgerichtete und staatliche geprüfte Erzieherinnen sollen das Geschäft der Abrichtung der Kinder übernehmen; billigste Arbeitskräfte, die Helferinnen und Praktikantinnen (die meisten sogar umsonst), sollen ihnen assistieren. Gleichzeitig werden die Gruppenstärken in den Kindergärten heraufgesetzt. Wo es früher 20 Kinder waren, sind es heute 30.

In Heidelberg haben sich die Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen zu einer Initiativgruppe zusammengeschlossen, die die folgenden Forderungen erhebt: Sofortige Anerkennung aller Kinderpflegerinnen! Finanzierung der Fort- und Weiterbildung durch das Arbeitsamt! Unterhaltsgeld für alle gleich in Höhe von 80% des alten Lohns! – (Bezirk Unterer Neckar)

Hafen: Bundestarifkommission lehnt Schlichtungsspruch ab

Hamburg. Knapp 14 Tage nach Scheitern der Verhandlungen zwischen Hafenkapitalisten und ÖTV sind auch die Schlichtungsverhandlungen geplatzt. Herr Fahning, geschäftsleitender Direktor der Hamburgischen Landesbank (in dem Verwaltungsrat dieser Bank hockt er u.a. zusammen mit Exsenator Kern, heute Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hafen und Lagerhaus AG), wollte schlichten, was nicht zu schlichten ist. Die Schlichtungsidee des Herrn Fahning war ein Angebot von 5,8 bis 5% (gestaffelt von Lohngruppe 1 bis Lohngruppe 8) sowie Beibehaltung der neuen Eingruppie-

Das ist nichts als eine kosmetische Korrektur des alten Angebots (s. KVZ 2/78). Noch am 2.8. erklärte ein Herr Gerlach vom Unternehmerverband Hamburger Hafen auf telefonische Anfrage: „Eine Fünf vor dem Komma lehnen wir kategorisch ab." Die Hafenarbeiter lehnen eine Fünf wie ein Komma ebenfalls ab. 9% ist die offizielle Forderung und der Wille ist groß, keinen Schritt mehr zurückzugehen. Daher mußte die Bundestarifkommision auch den Schlichtungsspruch ablehnen. Am 16.1. wird der ÖTV-Hauptvorstand darüber Beschluß fassen. Eine Funktionärsversammlung (30er Kommission, Betriebsratsvorsitzende und Vertrauensleutevorsitzende) tagte am 12.1. Die Versammlung war einhellig der Meinung, daß jetzt zügig die Urabstimmung für Streik vorbeitet werden muß. – (Hafenzelle Hamburg)

50 Winzer der Gemeinde Nordheim wurden nach dem Landbeschaffungsgesetz enteignet

Nordheim. Seit dem 9.1.78 ist das Gelände am Main, das von 50 Winzern der Gemeinde Nordheim gepachtet war, nach dem Landbeschaffungsgesetz enteignet. Am 10.1.78 kam eine Kommission nach Nordheim, bestehend unter anderem aus einem Herrn der Bundesvermögensstelle, dem Wasser- und Wirtschaftsamt, um dem Nordheimer Bürgermeister den 1. Bauabschnitt für den Truppenübungsplatz am Main zu erläutern. Es sollte sofort der Bauplatz von Stacheldraht und die Bude der Platzbesetzer geräumt werden. Die Baufirma werde sofort Strafantrag stellen und auf Schadenersatz klagen, wenn die Bauarbeiten behindert würden. Mittlerweile arbeiten die Flußbagger und eine Raupe wieder. Die Arbeiter des Vermessungsamtes stecken das Gelände ab. Bis 10.1. abends haben 30 von 50 Winzern, die Summen bis zu 20000 DM für das verpachtete Gelände als Abschlag geboten bekommen haben, Widerspruch eingelegt. Im Laufe der Woche sollen Beratungen in Nordheim darüber stattfinden, wie man den sofortigen Baustopp durchsetzen kann. Vorerst stehen die Informationsbude und die Protestafeln noch.

für das verpachtete Gelände als Abschlag geboten bekommen haben, Widerspruch eingelegt. Im Laufe der Woche sollen Beratungen in Nordheim darüber stattfinden, wie man den sofortigen Baustopp durchsetzen kann. Vorerst stehen die Informationsbude und die Protestafeln noch.

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben

Bayer Leverkusen. Auf der letzten Betriebsversammlung am 16.12. hat der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Hans Weber ausdrücklich das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz begrüßt. „Von der Bayer-Betriebskrankenkasse (BKK) ist zu berichten, daß die Maßnahmen, die durch das Kostendämpfungsgesetz eingeleitet wurden, inzwischen deutlich Wirkung zeigen. ... Die wesentliche Ursache für diese Entwicklung liegt in der Tatsache, daß seither die Ausgaben in den wichtigsten Sachleistungen stagnieren oder sogar zurückgehen ... Trotzdem wird es für einige Gruppen von Versicherten zum 1.1.78 Mehrbelastungen geben." Nämlich durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen, was sich mit ca. 12 DM für die BKK bei Einkommen von 2550 bis 2775 DM Monatsdurchschnitt (also Prämie und Bonus mitgerechnet) auswirkt. Wo der Überschuß der BKK noch erhöht werden kann, hat Weber gleich mit vorgeschlagen: „Statt monatlich 48 DM wird die BKK ab 1.1.78 nur noch monatlich 20 DM für jeden Rentner erhalten, während die monatlichen Ausgaben für die Rentner bei 188 DM liegen." Die Rentner müssen ab 1.1.78 aber auch für jedes Rezept 1 DM Gebühr bezahlen! Aber das ist nicht genug: „Die heutigen Rentner haben in der Zeit ihrer Beschäftigung bei Bayer durch ihre Beiträge Verluste mitgetragen, die schon immer, früher allerdings in geringerem Umfang, in der Rentenversicherung eintraten." Noch ist also die Sache nicht perfekt. Weber: „Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben." Fürwahr!

Rentnerin Krankenkostenzulage gestrichen

Walsum. Einer über 80jährigen Rentnerin wurde jetzt vom Bezirksamt Walsum die Krankenkostenzulage gestrichen. Sie bekommt 357 DM Rente. Die Krankenkostenzulage hat etwa 200 DM ausgemacht. Nur mit Hilfe dieser Zulage war es ihr bisher möglich zu existieren. Begründung für die Streichung der Zulage: Aufgrund ernährungswissenschaftlicher und medizinischer Ergebnisse zählt ihre Krankheit nicht mehr zu denen, die eine Zulage erfordern. Die Rentnerin liegt zur Zeit im Krankenhaus und wiegt nur noch 70 Pfund.

Lübeck – Altes und neues Tor zur Vorherrschaft auf der Ostsee

Im Seehandelsverkehr auf der Ostsee tobt der Handelskrieg. Durch Niedrigpreise (bis zu 40% Ratenunterbietungen) jagen SU-Staatsreedereien den westdeutschen Reedern Frachtgutaufträge ab. Die westdeutsche Bourgeoisie sieht ihre Monopolstellung und damit ihre Pfründe dahinschwinden und schickt den Geschäftsführer Kröger des Verbandes Deutscher Reeder vor, um Sanktionen und Intervention zu propagieren.

„... zu bekunden, daß (die Bundesregierung) nicht gewillt ist, einer Verdrängungspolitik auf den westlichen Schiffahrtsmärkten länger zuzusehen. D.h. ... an den Verhandlungstisch; zweitens sollte dieses nicht zu einer Einigung ... führen, wird nichts anderes übrig bleiben, als nicht nur mit dem Säbel zu rasseln, sondern diejenigen Instrumente anzuwenden, ... die wir haben." (Berichte vom Tage, 11.1.78)

6% des gesamten Welthandels wird zwischen den Ostseeanliegerstaaten abgewickelt, der aufgrund langer bzw. nicht vorhandener Landwege zum großen Teil über Wasser abgewickelt wird.

Mit dem Ende des 2. Weltkrieges kam der Hansestadt Lübeck neue Bedeutung bei diesem Handel zu. Von den ehemaligen Häfen Saßnitz und Warnemünde (DDR) abgeschnitten, war die west- und nordeuropäische Bourgeoisie gezwungen, den gesamten Handel nach Südeuropa und umgekehrt in die skandinavischen Länder über den kürzesten Weg, in diesem Fall Lübeck, mit seinem Stadthafen und dem davor gelegenen Seehafen Travemünde, abzuwickeln. 1976 betrug der Gesamtumschlag 8,8 Mill. Tonnen, der Umsatz 30 Mill. DM und das Passagieraufkommen 2,25 Mill Personen. Damit ist Lübeck der größte Fährschiffhafen Europas. Die Bourgeoisie setzte alles daran, diesen Hafen schnell auszubauen. 180 Mill. DM wurden seit 1950 investiert, 10 Mill. DM allein 1976.

Zwecks Zusammenfassung der Betriebsführung wurde 1934 die Lübekker Hafen-Gesellschaft gegründet, die die Träger-Corporation (seit 1300) ablöste. In ihr sitzen zu gleichen Teilen Lübeck und die BRD, die damit direkten Einfluß auf den Hafen hat.

Denn neben den Profiten, den die Reedereien aus dem Transportgeschäft ziehen, betrachtet die Bourgeoisie Lübeck als neues Tor zur Vorherrschaft auf der Ostsee, mit dem Ziel, die Rohstoffe Skandinaviens, Holz, Erz, Fisch zu plündern und die Arbeitskräfte dieser Länder auszubeuten (Steigerung des Kapitalexports der BRD nach Skandinavien Dezember 1974 bis 1976 von 501 auf 701 Mill. DM). Ihr Wunsch ist, die alten Stützpunkte in Skandinavien und die ehemaligen Ostgebiete zurückzuerobern. Daß sie das mittels Krieg anstrebt, zeigt nicht nur das Säbelrasseln und die Aufforderung, diesen Säbel endlich einzusetzen, sondern auch die Versuche, die Arbeiterklasse ideologisch zu entwaffnen. Bevor die Bourgeoisie hoffen kann, die Massen erneut in Kriegsschlachten treiben zu können, muß sie mit Chauvinismus und Geschichtslüge ein gemeinsames Interesse mit der Bourgeoisie beschwören.

„Vaterlandsliebe muß wiederhergestellt werden. Wir müssen uns wieder darauf besinnen, was es heißt, Deutscher zu sein. Das richtet sich zugleich gegen falsch verstandenen Nationalismus, denn dieser Teil des Landes gehört zu einem großen europäischen Staatenverband. Wenn wir vom Vaterland sprechen, dann meinen wir auch die Magdeburger, Thüringer, Sachsen, Ostpreußen und Schlesier ...". (Carstens, Bundestagspräsident vor dem Bundestag Januar 1975)

„Lübeck zeigt aus der Ferne auch im 20. Jahrhundert das Profil, das im Mittelalter durch die Macht, den Reichtum und den Stolz seiner Bürger geprägt wurde. Man war wer in Lübeck, lebte in der größten nordeuropäischen

Hätten wir die Macht,
Ulbricht und sein Gesindel mit
der Peitsche aus dem Land zu treiben –
ich wäre der erste, der diese
Peitsche ergriffe!
(Carstens, vor dem Bundestag)

Preußen Mecklenburg Pommern Ostpreußen

Ein Beamtentum „im Sinne bester preußischer Tradition"; „Staatsdiener müßten es sein, die zur Verschwiegenheit und Unbestechlichkeit verpflichtet, zum Gehorsam gegenüber dem in rechtsstaatlichen Verfahren zustandegekommenen Gesetzen erzogen und von dem Willen beseelt sind, ihr Amt unparteiisch zu verwalten, die den Dienstherrn Treue schulden und die daher auf ein Streikrecht verzichten müßten", forderte Carstens, Bundestagspräsident, auf der diesjährigen Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes (FR, 10.1.78). Das hätte die Bourgeoisie und ihr Herrenreiter Carstens gerne, jetzt, wo die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sich auf die Auseinandersetzungen um den Lohn vorbereiten.

Kadavergehorsam fordert die Bourgeoisie, völlige Rechtlosigkeit, damit sie ihr Ziel der Lohnsenkung gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und gegenüber der ganzen Arbeiterklasse durchsetzen kann, Kadavergehorsam der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei der Polizei und Armee, damit die westdeutsche Bourgeoisie erneut den imperialistischen Krieg vorbereiten und durchführen kann.

Bei seinem Besuch in Kiel forderte er die Studenten auf, sie sollten sich in die Tradition der deutschen Geschichte stellen. Hitler sprach vom Volk ohne Raum, Carstens, dieser Herrenreiter, spricht von „Vaterlandsliebe, die wieder erweckt werden" muß und würde lieber heute als morgen gen Osten marschieren lassen.

Stadt, in der Königin der Hanse, deren Stadtrechte bis weit in den Osten neugegründeten Städten verliehen wurde. ... Lübecks Einwohner sind traditionsbewußt aber zukunftsorientiert ... Hanseaten sind Realisten ... Reiche Familien – große Söhne ... die lübischen Sozialeinrichtungen des Mittelalters haben Beispiele für Europa gesetzt, ... es galt und gilt als hohe

... Lübecks Einwohner sind traditionsbewußt aber zukunftsorientiert ... Hanseaten sind Realisten ... Reiche Familien – große Söhne ... die lübischen Sozialeinrichtungen des Mittelalters haben Beispiele für Europa gesetzt, ... es galt und gilt als hohe

Tugend, einen Teil seines Erwerbs für die Stadt, für die Gemeinschaft darzubringen." (Alles Weser-Kurier vom 7.1.78 Königin der Hanse!)

Mord, Brandschatzung, Ausrottung ganzer Stämme und völlige Verwüstung riesiger Landgebiete der slawischen Volksstämme im Osten über drei Jahrhunderte hinweg unter der Fahne des Deutschritterordens und auf der Grundlage des über Handelsprofite und Raub und Sklaverei zusammengepreßten Geldsacks der in der Hanse organisierten lübischen Handelsbourgeoisie waren die wirklichen Verdienste der Hanse und ihrer Königin. Einmal den direkten Zugang zur Ostsee von den deutschen Kaufmannskapitalisten in Besitz genommen, verfolgten die 1158 von Heinrich dem Löwen mit erstklassigen Privilegien ausgestatteten Kaufmannskapitalisten das Ziel, die Konkurrenz der pommerschen Ostseestädte und der anderen alten Handelszentren der Ostsee auszuschalten, das Monopol über die ganze Ostsee und die daran gelegenen Gebiete im Norden und Osten zu errichten. Das lübische Handelskapital war

die Konkurrenz der pommerschen Ostseestädte und der anderen alten Handelszentren der Ostsee auszuschalten, das Monopol über die ganze Ostsee und die daran gelegenen Gebiete im Norden und Osten zu errichten. Das lübische Handelskapital war

darin die treibende Kraft. „Tatsächlich ist die deutsche Landnahme und Kolonisierung im Osten ein Teil jener Vorgeschichte des modernen Kapitalismus, der ursprünglichen Akkumulation von Kapital, die vor allem in der Expropriation (Enteignung) der kleinen mittelalterlichen Produzenten von ihren Produktionsinstrumenten und von dem Grund und Boden, worauf sie sitzen, und ihrer Beraubung von allen durch die alte feudale (oder ursprünglich gemeinschaftliche) Gesellschaftsordnung gebotenen Existenzsicherungen ausmündet. Wie alle diese Ereignisse ist auch die Geschichte der deutschen Ostkolonisation in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer", schreibt Marx im Band 1 des Kapital.

Das Imperium der Hanse zerfiel nach der vernichtenden Niederlage 1410, die die „Gottesritter" vom „Deutschen Orden" durch die vereinigte polnisch-litauische Armee in der Schlacht bei Tannenberg einstecken mußte, genauer gesagt die Kolonialherren, die Lübecker Kaufleute.



Hansestädte und Niederlassungen um 1200 mit den wichtigsten Seeschiffahrtsverbindungen.
(Aus: Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens, Herausgegeben von der Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung)

Reiche Familien – große Söhne, damals wie heute die Bourgeoisie. ... Elend der Bauern, blutige Unterdrükkung fügen wir hinzu. Mit dieser Tradition hat die Arbeiterklasse keine gemeinsamen Interessen. – (N-Red.)

Auf jedes Angebot unter 7% gibt es nur eine Antwort: Streik!

Auf jedes Angebot unter 7 % gibt es nur eine Antwort: Streik !

Festgeldforderungen öffentlicher Dienst Bremen:

Vertrauensleutekörper Universität 19o DM / Vertrauensleute Stadtbibliothek 2oo-22o DM Betriebsgruppe Familienhilfe 22o DM / Betriebsgruppe Jugendamt 24o DM / 1o1 Kollegen ZKH Bremen Nord 22o DM / Personalversammlung Gerichtsreferendare 2oo DM / Betriebsgruppe Senator f. Arbeit 2oo DM / Arbeitskreis freier Träger 2oo DM / 157 Delegierte GEW Bremen-Stadt 22o DM.



Streik im öffentl. Dienst 1974

Bremen. Seit einer Woche kleben in vielen Abteilungen des öffentlichen Dienstes in Bremen Aufkleber. Dort heißt es: Auf jedes Angebot unter 7% gibt es nur eine Antwort: Streik!

Im Krankenhaus Nord unterstützte eine Station die Verbreitung des Aufklebers. In der Universität wurden die Reinigungsfrauen angehalten, die Kleber wieder abzukratzen, und zwar heimlich vor Arbeitsbeginn der Beschäftigten. Sie weigerten sich. Jetzt sind die Vorgesetzten mit dieser Aufgabe beschäftigt.

Im Rotkreuzkrankenhaus lief die Oberschwester täglich mit Ätherflasche und Desinfektionsmittel durch die Korridore und war am Kratzen. Sowie sie weg war, wurde dort ein neuer Kleber angebracht. Vor allem die Türen der Vorgesetzten werden gekennzeichnet.

In den Abteilungen wird beraten, wie man der Hetze des Dienstherrn, die er über seine reaktionären Schreiberlinge in der Presse verbreitet, entgegentritt. So stand in der „FAZ" vom 4. Januar 1978 ein „Leserbrief", der beklagt, daß die 7,5%-Forderung des ÖTV-Vorstandes eine schlechte Nachricht für alle sei, die ihren „Lebensabend" in einem Altenpflegeheim zubringen müßten. Hohe Löhne des Pflegepersonals bedeuteten weniger Pfanstellen und somit schlechte Versorgung der Alten. Es schrieb einer, der für 1000 hilfsbedürftige Menschen die „Verantwortung" trägt. Diskutiert wird über das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und seinen Auftrag.

Im Krankenhaus Nord hatten 102 Beschäftigte in einem Brief an Maihofer 220 DM gefordert. Dieser Brief wurde auch an die UZ geschickt. Er wurde von der DKP allerdings nicht veröffentlicht. „Unter anderem sei eine Polemik gegen die ‚hochbezahlten Spitzenbeamten' und den ‚Dienstherrn' nicht dazu angetan, eine breite einheitliche Kampffront zu schaffen, ohne die jede erfolgreiche Tarifbewegung undenkbar ist." So die DKP in einem Antwortschreiben. Gemeinsam mit dem Dienstherrn für niedrige Prozente, so hätten sie es gerne. Die Beschäftigten denken da anders. Die rasche Verbreitung des Aufklebers zeigt: Die Beschäftigten bereiten den Streik gegen die Lohnraubabsichten der Regierung vor, indem sie den Dienstherrn direkt angreifen. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

Schulschiff „Deutschland" im Indischen Ozean und im Pazifik

Wilhelmshaven. Das Schulschiff „Deutschland", Flagschiff der westdeutschen Kriegsmarine, unternimmt eine „Ausbildungs-Auslandsreise". Die Stationen sind unter anderem Ägypten, Indien, Sri Lanka, Malaysia, die Philippinen, Japan, die Fidschi-Inseln, Neuseeland und Australien. Man sieht, die Absichten der westdeutschen Bourgeoisie sind klar, nach dem Nahen Osten soll es nun in den Fernen Osten gehen. Schmidts Ägyptenreise ist beendet, Marie Schlei wird demnächst in den Fernen Osten geschickt, zunächst in Birma und Bangladesh sollen Anlagesphären für westdeutsches Kapital geschaffen werden. In diesem Gebiet, im Indischen Ozean und im Pazifik wimmelt es von Stützpunkten der beiden Supermächte. Der BRD-Imperialismus meldet seine Ansprüche an im Kampf um die Neuaufteilung des Welt.

Die Schering-Kapitalisten haben drei weitere Arbeiter auf dem Gewissen

Wolfenbüttel. Am 12.1. wurden zwei Angestellte und ein Arbeiter der Schering AG, Zweigwerk Wolfenbüttel bei einem schweren Unfall getötet, von vier Verletzten sind zwei am Abend des 13.1. noch in Lebensgefahr. Das Entwicklungstechnikum des Chemiewerkes ist nach mehreren Explosionen und anschließendem Großbrand völlig zerstört (Schaden 10 Millionen DM). Die Kapitalisten hatten das Gebäude (Inbetriebnahme vor einem Jahr) als eines der modernsten und sichersten bezeichnet. Peiska von der Geschäftsleitung verharmlost die Arbeitsbedingungen: „Wir arbeiten hier nicht mit giftigen Stoffen; und mit explosiven Stoffen wird überall, auch an der Tankstelle, hantiert." (NDR II)



Arbeiter, die in unmittelbarer Nähe des Technikums gearbeitet haben, berichten, daß dort die Technologie für ein Produkt zur Rationalisierung der Baumwollernte entwickelt werden sollte. Behandelt man die Baumwollpflanzen mit diesem Präparat, fallen die Früchte, nicht aber die Blätter ab und werden nur noch aufgesaugt. Die Plantagenbesitzer sparen tausende Arbeiter ein. Die Schering-Kapitalisten wissen das und lechzen nach dem Profit, der dem Kapital blüht, das als erstes damit auf dem Weltmarkt ist. Produktionsanlagen in den Baumwolländern, riesige Extraprofite ....

Wir wissen, daß die Entwicklung in den letzten Wochen im Drei-Schicht-Betrieb rund um die Uhr vorangetrieben wurde. Durch ständige Umbauten an der Versuchsanlage und zeitlichen Druck werden immer wieder Reaktionen gefahren, von denen nicht genau vorherbestimmt werden kann, wie sie ausgehen. Die Unfallverhütungsvorschrift (UVV) der Berufsgenossenschaft Chemie gestattet dafür extra Ausnahmen von den Sicherheitsbestimmungen, wenn „die Durchführung im Einzelfall zu einer unverhältnismäßigen Härte (für die Kapitalisten, Red.) führen würde" (§3, Fassung April 77). Darüberhinaus weiß jeder Chemiearbeiter, daß Pflanzenschutzmittel und die dazu notwendigen Ausgangsstoffe nahezu ausnahmslos giftig sind. Ähnlich ist es bei dem im Entwicklungstechnikum hergestellten Produkt. Sicher ist, daß unter anderem Toluol benutzt wurde, größere Mengen davon sind am 12.1. explodiert. Die UVV führt Erkrankungen durch Toluol als Berufskrankheiten (Leber- und Nervenschäden, Blutgift). Toluol ist feuergefährlich, und „beim Umfüllen können elektrostatische Aufladungen entstehen, Apparate und Behälter erden" (UVV).

Die Bourgeoisie hüllt sich am 13.1. über die genaue Zusammensetzung und über den genauen Hergang des Unfalls und wer das Labor sicherheitstechnisch abgenommen hat, in Schweigen. Bei telefonischer Anfrage: Das Gewerbeaufsichtsamt vertröstet auf später und nimmt überhaupt nicht inhaltlich Stellung, die Polizei tappt im dunkeln, die IHK weiß von nichts.

Die Arbeiter und Anwohner wissen, daß die Produktion im Schering-Werk gefährlich ist. Arbeiter berichten: Bereits 1952 ist ein 6-Millionen-Projekt nach einem halben Jahr Vorbereitung binnen 10 Minuten explodiert. 1965 platzte ein Kessel, nachdem einer der beiden vorher dort Beschäftigten wegrationalisiert worden war. Durch ungeheure Arbeitshetze wurden vor eineinhalb Jahren drei Arbeiter verätzt. Vor zwei Jahren soll das Gewerbeaufsichtsamt den Schering-Kapitalisten Sicherheitsauflagen erlassen haben, „weil sonst der Betrieb gleich Pleite sei." In der Presse vom 13.1. ist viel von „Glück" die Rede, weil die unmittelbar an das zerstörte Gebäude angrenzenden Tanklager, die Salzsäure, Natronlauge und organische Lösungsmittel enthalten, nur leicht beschädigt wurden (eine Begrenzungsmauer wurde etwas herausgedrückt). Jeder rechnet deshalb täglich mit einem Unfall. Einige haben gleich nach der ersten Explosion ihre Koffer gepackt, Lehrer einer Schule haben 800 Schüler in einen nahen Wald marschieren lassen. Die Polizei ist rumgefahren und hat zum Schließen der Fenster aufgefordert.

Man braucht gar nicht gespannt sein auf den behördlichen Prüfungsbericht. Erstens wird er lange brauchen, und zweitens wird er sehr viel über „menschliches Versagen und unglückliche Umstände" enthalten. Nichts wird darin stehen über die Tatsache, daß die Bourgeoisie in ihrer Profitgier nicht in der Lage ist, die Produktivkräfte zu entfalten und die Produktion zu beherrschen. Die Arbeiter werden das ändern. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Öffentliche Mitgliederversammlung Komitee § 218

Auf den öffentlichen Mitgliederversammlungen der Komitees gegen den § 218 in Hannover und Hamburg mit 60 bzw. 150 Teilnehmern wurden die Verschärfungen der Länderrichtlinien enthüllt. In Hannover ist das Spitzelnetz der Beratungsstellen von vier auf 45 ausgebaut worden. Die Bourgeoisie will jetzt ein Kopfgeld von 10000 DM aussetzen, wenn eine Frau von einer Abtreibung abgehalten werden kann. In Hannover werden Aktionen zur 2. und 3. Lesung der Ausführungsgesetze geplant.

In Hamburg wurde der Beschluß gefaßt, im Tarifkampf des öffentlichen Dienstes die Forderung nach 220 DM mehr zu unterstützen und den Kampf für mehr Lohn zu verbinden mit dem Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218.

Ein Jeep für die PLO

Westberlin. Auf einer Veranstaltung des Nahostkomitees Westberlin am 8.1.78 konnte nach dreieinhalb Monaten die Aktion des Nahostkomitees „Die westdeutschen Imperialisten schicken Schütz nach Israel – Unsere Antwort: ein Jeep für die PLO" mit einem Spendenstand von über 27000 DM erfolgreich abgeschlossen werden. Am Tag davor wurde der Jeep auf einer Kundbegung im Stadtzentrum öffentlich verabschiedet gegen alle Versuche der Staatsmacht und der Zionisten, die Kundgebung und Sammlung zu verhindern. Großsprecherisch hatten der SPD-Vorsitzende Löffler und der zionistische Führer der jüdischen Gemeinde, Galinski, verkündet, eine zweite Veranstaltung mit einem PLO-Vertreter in Westberlin und weitere Kundgebungen des Nahostkomitees im Stadtzentrum müßten verhindert werden.

1. Grohnde-Prozeß vor dem Landgericht Hannover: Haftbefehl gegen Karl-Gerhart Winter

Hannover. Am 13.1.1978 fand der erste der Prozesse gegen Teilnehmer der Demonstration gegen das KKW Grohnde am 19.3.1977 statt. 200 Menschen waren gekommen, um gegen diesen Prozeß vorzugehen. Mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei aus Oldenburg waren um das Landgerichtsgebäude postiert. Alle Besucher mußten ihren Ausweis im Gerichtsgebäude abgeben und wurden von oben bis unten gefilzt. Der Eingang des Gerichtsgebäudes war mit Gittern verbarrikadiert. Der Prozeß selber hat nicht stattgefunden, weil der Angeklagte Karl-Gerhart Winter sich dem Gericht nicht stellen will. Daraufhin hat das Gericht unter Protest der anwesenden Bürgerinitiativen aus Hannover, Celle, Hameln, Hildesheim Braunschweig, und Hamburg Haftbefehl ausgesprochen und die nächste Verhandlung für Dienstag den 17.1. anberaumt. Auf der anschließenden Versammlung der Bürgerinitiativen wurde beschlossen, sich nicht noch einmal den Schikanen des Gerichts zu beugen, sondern beim nächsten Prozeß gegen Rüdiger Jörß am 16.1. ihn gar nicht erst ins Gericht zu lassen und so den Prozeß platzen zu lassen.

Arbeitsordnung bei der Waffenproduktion

Die Bourgeoisie ist in der mißlichen Lage, die Waffen zur Niederhaltung des Proletariats und zum bewaffneten Kampf um den Weltmarkt von ihrem Todfeind, der Arbeiterklasse, produzieren lassen zu müssen. Diese also kennt sich damit aus und kennt auch den Zweck. Zwar unternimmt die Bourgeoisie vielfältige Anstrengungen, um diese Erfahrung der Arbeiter zu verschütten, da ist von gemeinsamen Interessen die Rede, von Verteidigung der „Freiheit" und von Arbeitsplatzsicherung durch die Rüstungsproduktion. So recht auf den Erfolg ihrer Propaganda zu vertrauen kann die Bourgeoisie aber nicht wagen. Besondere Unterdrückungsmaßnahmen scheinen ihr angebracht. Das beginnt mit der Verschärfung der Arbeitsordnung durch zusätzliche Kontrollen. Die Zielrichtung ist dabei ungefähr das Niveau des Beamtenrechts mit Schwur aufs Grundgesetz, Kontrolle der Freizeit, Dienstverpflichtung. Der nächste Markstein ist bereits das Militärrecht: Eine Fabrik oder ein Teil von ihr wird zum militärischen Sicherheitsbereich erklärt. Das sind „... Örtlichkeiten, die der Bundesminister der Verteidigung oder eine von ihm bestimmte Stelle vorübergehend gesperrt hat ..., wenn dies aus Gründen der militärischen Sicherheit zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben der Bundeswehr unerläßlich ist." Die Waffenproduktion gehört dazu. Das erlaubt die uneingeschränkte Personenüberprüfung, Festnahme, Durchsuchung und die „Anwendung unmittelbaren Zwangs" mit Hilfe von körperlicher Gewalt, Waffen, Fesselung sowie Explosivmitteln. All die Maßnahmen gelten auch gegen „Menschenmengen"; das wird besonders betont. Streikrecht, Versammlungsfreiheit gibt es nicht (117. Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten und zivile Wachpersonen, 12.8.65).

Angesichts von Losungen wie „Wer den Panzer fährt, kann die Fahrtrichtung ändern; wer den Panzer baut, kann ihn sprengen", hat die Bourgeoisie Grund zur Sorge.

Thyssen-Henschel: „Gefolgschafts"- Träume

„Was Sie hier leisten, ist von hoher Qualität, die Ansehen in der ganzen Welt genießt." Diese markigen Worte sprach Kriegsminister Leber im Februar '76 auf einem Panzer stehend zu noch keiner produziert. Während des Zweiten Weltkrieges wurden „Tiger" und „Königstiger" (Hitlers Wunderwaffe) fast ausschließlich mit zwangsverpflichteten Arbeitern, meist aus

MAN: Wer nicht in der Kirche ist, wird nicht eingestellt

Die MAN-Kapitalisten haben einen bis 1981 laufenden Auftrag für Militärlastwagen im Gesamtwert von 1,2 Milliarden DM erhalten. Jeder 10. LKW, der vom Band rollt, ist für die Bei der Einstellung wird generell die Nummer des Personalausweises registriert und drei Fotos gemacht. Auf dem Betriebsgelände gibt es ein eigenes Werk „neue Technologie" für Ra-

Arbeitsordnung bei der Waffenproduktion

Die Bourgeoisie ist in der mißlichen Lage, die Waffen zur Niederhaltung des Proletariats und zum bewaffneten Kampf um den Weltmarkt von ihrem Todfeind, der Arbeiterklasse, produzieren lassen zu müssen. Diese also kennt sich damit aus und kennt auch den Zweck. Zwar unternimmt die Bourgeoisie vielfältige Anstrengungen, um diese Erfahrung der Arbeiter zu verschütten, da ist von gemeinsamen Interessen die Rede, von Verteidigung der „Freiheit" und von Arbeitsplatzsicherung durch die Rüstungsproduktion. So recht auf den Erfolg ihrer Propaganda zu vertrauen kann die Bourgeoisie aber nicht wagen. Besondere Unterdrückungsmaßnahmen scheinen ihr angebracht. Das beginnt mit der Verschärfung der Arbeitsordnung durch zusätzliche Kontrollen. Die Zielrichtung ist dabei ungefähr das Niveau des Beamtenrechts mit Schwur aufs Grundgesetz, Kontrolle der Freizeit, Dienstverpflichtung. Der nächste Markstein ist bereits das Militärrecht: Eine Fabrik oder ein Teil von ihr wird zum militärischen Sicherheitsbereich erklärt. Das sind „... Örtlichkeiten, die der Bundesminister der Verteidigung oder eine von ihm bestimmte Stelle vorübergehend gesperrt hat ..., wenn dies aus Gründen der militärischen Sicherheit zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben der Bundeswehr unerläßlich ist." Die Waffenproduktion gehört dazu. Das erlaubt die uneingeschränkte Personenüberprüfung, Festnahme, Durchsuchung und die „Anwendung unmittelbaren Zwangs" mit Hilfe von körperlicher Gewalt, Waffen, Fesselung sowie Explosivmitteln. All die Maßnahmen gelten auch gegen „Menschenmengen"; das wird besonders betont. Streikrecht, Versammlungsfreiheit gibt es nicht (117. Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten und zivile Wachpersonen, 12.8.65).

Angesichts von Losungen wie „Wer den Panzer fährt, kann die Fahrtrichtung ändern; wer den Panzer baut, kann ihn sprengen", hat die Bourgeoisie Grund zur Sorge.

Thyssen-Henschel: „Gefolgschafts"- Träume

„Was Sie hier leisten, ist von hoher Qualität, die Ansehen in der ganzen Welt genießt." Diese markigen Worte sprach Kriegsminister Leber im Februar '76 auf einem Panzer stehend zu Arbeitern des Panzerbaus bei Thyssen-Henschel. Und: „Mancher Arbeiter könnte fragen, wozu ist das? Ich möchte Ihnen sagen, daß dies alles ausschließlich zu dem Zweck geschieht, der in unserer Verfassung festgelegt ist." „Mancher könnte fragen"? Bei Thyssen-Henschel werden schon seit Generationen Waffen geschmiedet; freiwillig, um damit für die Imperialisten in den Krieg zu ziehen, hat sie noch keiner produziert. Während des Zweiten Weltkrieges wurden „Tiger" und „Königstiger" (Hitlers Wunderwaffe) fast ausschließlich mit zwangsverpflichteten Arbeitern, meist aus Frankreich, unter Kriegsrecht produziert. Noch heute berichten ältere Arbeiter über die „Franzosenhalle" und die Panzer, die hinterher nicht funktionierten. Im „vertraulichen Geschäftsbericht 1943" heißt es: „Betriebsführung und Gefolgschaft werden auch künftig ihre ganze Kraft dafür einsetzen, der hart kämpfenden Front die besten Waffen zu liefern." „Gefolgschaft" statt Belegschaft, davon



Panzermontage bei Rheinstahl: Durch besondere Betriebsordnungen und MAD werden die Arbeiter in der Waffenproduktion kontrolliert und bespitzelt.

träumen die Thyssen-Kapitalisten auch heute wieder. Besondere Unterdrückung ist dabei notwendig. Wer bei Thyssen-Henschel in der „Sonderfertigung" arbeitet, wird zuerst vom MAD, der mit Spitzeln direkt im Werk vertreten ist, überprüft. Ferner ist in der Betriebsordnung festgelegt, daß striktes Stillschweigen über die Produktion zu wahren ist. Die Panzerbauhalle hat einen eigenen Pförtner und ist während der Spätschicht verschlossen. Die Kapitalisten wollen nur „politisch zuverlässige" in dieser Produktion haben. Die Arbeiterklasse soll die Waffen nicht so genau kennen. Aber das nützt nichts. In der Zeitschrift „Heer" berichtet der Henschel-Kundendienstchef: „Die Lernfähigkeit der Soldaten ist erstaunlich. Die Truppe wird den Luchs (Spähpanzer) bald im Griff haben." Die Verschärfung der Ausbeutung, die die Thyssen-Kapitalisten durch die zuchthausmäßige Betriebsordnung durchsetzen wollen, wird von den Arbeitern bekämpft. Ablehnung von Überstunden, Sonderschichten und laufender Kleinkrieg gegen das Prämiensystem, all das sind keine guten Zeichen für die „Gefolgschaftsträume" der Thyssen-Kapitalisten, wie der ganzen Bourgeoisie. – (Bezirk Nordhessen)

MAN: Wer nicht in der Kirche ist, wird nicht eingestellt

Die MAN-Kapitalisten haben einen bis 1981 laufenden Auftrag für Militärlastwagen im Gesamtwert von 1,2 Milliarden DM erhalten. Jeder 10. LKW, der vom Band rollt, ist für die Bundeswehr. Mit Aufnahme der Militärproduktion wurden Bänder mit automatischer Beförderung der LKWs aufgebaut und die Ausbeutung verschärft. Wer sich nicht jeden Tag bereiterklärt, zwei Überstunden zu machen und am Samstag zu arbeiten, dem werden für vier Wochen die Möglichkeiten zu Überstunden gesperrt. Das Zuchthaus fängt aber bereits mit der Einstellung an. Für Arbeiter, die in besonderen Abteilungen eingestellt werden, in denen z.B. Spezialstähle für die Militärproduktion entwickelt oder bearbeitet werden, spielt es eine Rolle, ob sie in der Kirche sind oder nicht. Wer nicht in der Kirche ist, hat kaum eine Chance, dort eingestellt zu werden.

Bei der Einstellung wird generell die Nummer des Personalausweises registriert und drei Fotos gemacht. Auf dem Betriebsgelände gibt es ein eigenes Werk „neue Technologie" für Raketenbau und Entwicklung von Rüstungstechnologie. Die Arbeiter dort werden von der übrigen Belegschaft vollständig getrennt. Zugang bekommt man nur nach besonderen Ausweiskontrollen.

Der Lohnkampf der Arbeiter stört die Kriegsproduktion. So wurde einem Arbeiter fristlos gekündigt, der auf der Betriebsversammlung für 220 DM mehr und Streik aufgetreten war. In der Begründung heißt es, daß damit die „Vornahme rechtswidriger, eventuell sogar strafbarer Handlungen zur Durchsetzung tarifpolitischer Forderungen" befürwortet werde. – (Bezirk München-Oberbayern)

Krupp Atlas Elektronik: „Geschützte Betriebe"

Die Bourgeoisie bezeichnet die Betriebe, die Waffen produzieren, als „geschützte Betriebe", d.h. lückenlose Kontrolle und Bespitzelung der Belegschaft.

Hat man die Hürde eines 9 Seiten langen Erfassungsbogens des MAD, in dem man sein ganzes Leben offenlegen muß und zusätzlich noch 3 Bürgen für die letzten 10 Jahre angeben muß, hinter sich gebracht, wird man auf die „Anleitung zur Geheimhaltung in der Wirtschaft" eingeschworen, eine besondere Arbeitsordnung für Rüstungsbetriebe. In ihr sind alle Vorschriften enthalten, an die sich die Belegschaft halten soll und dazu die Gefängnisstrafen und Geldbußen für Vergehen gegen diese Vorschriften. Das sieht folgendermaßen aus:

Es muß genau Buch geführt werden, wer zu welchem Zweck in die Abteilung kommt und ob er dazu berechtigt ist. Es darf niemand in eine „geschützte Abteilung", wenn er nicht den Auftrag seines Vorgesetzten hat. Der Sicherheitsbeauftragte des MAD, zumeist ein ausgedienter hoher Offizier, führt Kontrollen durch. Jeder Gang während der Arbeitszeit und während der Pause soll überwacht werden.

„Lassen sie niemals Verschlußsachen unbeaufsichtigt." Am liebsten wäre ihnen Dienst rund um die Uhr, z.B. beim Transport von Torpedoköpfen von Bremen nach Eckernförde. Bei Schreiben und Zeichnung werden sogar die Papierkörbe kontrolliert, ob nicht etwa das Kohlepapier von Durchschlägen geheime Angaben enthält. Laut Anweisung muß es vernichtet werden.

„Reisen in oder durch den kommunistischen Machtbereich sind grundsätzlich verboten. Es muß im Einzelfall durch den Sicherheitsbeauftragten geprüft werden, ob diese Reisen mit der Tätigkeit vereinbar sind ... Es kann der Fall eintreten, daß der Sicherheitsbeauftragte oder die Geschäftsleitung von Ihnen verlangen muß, wenigstens zeitweise solche Reisen zu unterlassen. Dies würde in Ihrem eigenen und im Interesse der Firma liegen."

Kontrolle jedes einzelnen Schrittes sogar des Urlaubs und des Papierkorbs; 24 Stunden am Tag Überwachung ist das Ziel, um zu verhindern, daß sich die Arbeiterklasse genaue Kenntnisse über die Waffen verschafft. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

ste der Prozesse gegen Teilnehmer der Demonstration gegen das KKW Grohnde am 19.3.1977 statt. 200 Menschen waren gekommen, um gegen diesen Prozeß vorzugehen. Mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei aus Oldenburg waren um das Landgerichtsgebäude postiert. Alle Besucher mußten ihren Ausweis im Gerichtsgebäude abgeben und wurden von oben bis unten gefilzt. Der Eingang des Gerichtsgebäudes war mit Gittern verbarrikadiert. Der Prozeß selber hat nicht stattgefunden, weil der Angeklagte Karl-Gerhart Winter sich dem Gericht nicht stellen will. Daraufhin hat das Gericht unter Protest der anwesenden Bürgerinitiativen aus Hannover, Celle, Hameln, Hildesheim Braunschweig, und Hamburg Haftbefehl ausgesprochen und die nächste Verhandlung für Dienstag den 17.1. anberaumt. Auf der anschließenden Versammlung der Bürgerinitiativen wurde beschlossen, sich nicht noch einmal den Schikanen des Gerichts zu beugen, sondern beim nächsten Prozeß gegen Rüdiger Jörß am 16.1. ihn gar nicht erst ins Gericht zu lassen und so den Prozeß platzen zu lassen.

Klose als Samariter gegen den Befreiungskampf

Hamburg. In einem Schreiben vom 10.1.78, das nachrichtlich der Polizei zugestellt wurde, damit die Polizeitruppen in Gang gesetzt werden, teilt die Arbeits- und Sozialbehörde mit: „Dem Kommunistischen Bund Westdeutschland ... wird gemäß § 2 Abs. 1a und b des Hamburgischen Sammlungsgesetzes untersagt, im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg eine Sammlung von Sach- und Geldspenden ‚zugunsten der ZANU' durchzuführen, deren Ertrag der bewaffneten Auseinandersetzung in Rhodesien dienen soll." Begründung: Jede nicht genehmigte Sammlung sei verboten nach § 2 Abs.1 a und b. Eine solche Sammlung wird aber nicht genehmigt, weil sie „zur Austragung bewaffneter Auseinandersetzungen bestimmt" ist. Wird sie durchgeführt, ist es „eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung". Es sei auch mit der im Grundgesetz aufgestellten Wertordnung nicht vereinbar, wenn „bewußt das Entstehen oder Andauern von Gewalttätigkeiten unterstützt" würde. Dies könnte zu „unfriedlichen Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden" führen.

Drahtzieher dieses Verbots ist der Bürgermeister Klose selber. Er hatte vor kurzem in einem Flugblatt, das an alle Hamburger Haushalte geht, aufgerufen, Kleider- und Altpapierspenden an die Caritas zu machen. Er predigt die Gemeinschaft aller „Hamburger": „Diese Hilfe kommt allen Hamburgern zugute ... Hamburg soll eine Stadt der guten Nachbarn sein." Die Stadtteilzellen haben immer dort, wo dieser Klose-Aufruf verteilt war, zu Kleiderspenden für die ZANU aufgerufen. In vielen Häusern hat Klose keinen Sack einstreichen können. Der Befreiungskampf gegen die Imperialisten wird von den Massen unterstützt. Der Graben zu den „Andersdenkenden", den Imperialisten, wird tiefer.

Gegen das Sammlungsverbot wird Widerspruch eingelegt und die Spendensammlung verstärkt. Am Samstag wurden an allen Ständen im Bezirk Hamburg-Unterelbe durch den KBW Kundgebungen und Sammlungen für die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes durchgeführt. In Hunderten von kleinen Spenden wurde für das Volk von Zimbabwe Partei ergriffen. Es wurden 90,42 DM gespendet.

BAFöG-Novelle Herbst '77: Fehlanzeige. Ob 1978 etwas aus Rohdes Plänen wird?

Beinah genau vor einem Jahr hat die Bundesregierung eine „Strukturreform" der „Ausbildungsförderung" angekündigt, vor allem zwecks „angemessener Berücksichtigung" der „Leistung" bei der Mittelverausgabung.

Im Sommer präsentierten bereits länger in Kommission arbeitende Experten der Kapitalistenklasse den Vorschlag, den lohnabhängigen Eltern mit studierenden Kindern das Kindergeld zu streichen und den Steuerfreibetrag für das studierende Kind, um hernach die ersten 170 DM der jetzigen Ausbildungsförderung als „Grundgehalt der Studenten" deklarieren zu können.

Statt der angekündigten Novelle liegt seit Anfang des Jahres die vom 21.12.77 datierte Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Parlamentsopposition vor betreffend „Unterhaltspflicht der Eltern und Bundesausbildungsförderungsgesetz". Diese „Grundsatzfrage" galt den Ministerial- und Aufsichtsbeamten der Ausbildungsförderungsämter längst erledigt. In der Praxis wird sie von ihnen nach der Gesetzes-Regel gehandhabt: „Ausbildungsförderung" wird gezahlt, wenn die Mittel *anders* nicht zu beschaffen sind. Um sie anders zu beschaffen, wird von den Beamten zunächst das Einkommen des Auszubildenden, dann das seines Ehegatten gegebenenfalls und schließlich das seiner Eltern abgeklopft. Bei Weigerung der Eltern, den von den ‚Ausbildungsförderungs'- Beamten behaupteten Unterhaltsverpflichtungen durch Zahlung nachzukommen, wird *auch* „Ausbildungsförderung" gezahlt: die behaupteten Unterhaltsansprüche des Studierenden gehen damit nach Gesetz an die bürgerlichen Staatsbehörden selber über. Dazu die Bundesregierung:

„Die schwierige Aufgabe der Subsumtion der außerordentlich erweiterten Ausbildungstatbestände unter diese gesetzliche Norm (der Unterhaltsverpflichtung) fiel den Zivilgerichten zu. Sie wurden zugleich in einem zunehmend größerenn Umfang ... angerufen, da die Ämter für Ausbildungsförderung verpflichtet sind ... übergeleitete Unterhaltsansprüche – notfalls – gerichtlich durchzusetzen."

Ein Regierungseingeständnis also, daß sich seine als „Ausbildungsförderung" betriebene Praxis des Lohnraubs bloß durch die Umständlichkeit des Verfahrens von der Steuerausplünderung durch das Finanzamt unterscheidet. Und weiter, daß diese *Erpresser*-Politik zunehmend mit einem Risiko behaftet ist, welches in dem Widerstand von lohnabhängigen Eltern und ihren studierenden Kindern besteht. Als sich die ‚Ausbildungsförderungs'- Beamten von einem Sparkassenangestellten und seiner in der Versicherung arbeitenden Frau rund 10000 „übergeleitete" Mark holen wollten, mußte der Bundesgerichtshof erklären:

„Die Ansicht der Revision, bei der Entscheidung über die privatrechtliche Unterhaltspflicht müsse das mit der öffentlichen Bildungsplanung und der staatlichen Afö (Ausbildungsförderung) bekundete Interesse der modernen Industriegesellschaft an der Ausschöpfung aller Bildungsreserven mit der Folge berücksichtigt werden, daß die privatrechtliche Unterhaltspflicht der staatlichen Afö entspreche, geht fehl."

Ihre Rechtsberater hatten die Bourgeoisie schon länger davor gewarnt, daß das gesetzlich erklärte Verlangen zwar stark, aber seine gesetzliche Rechtfertigung und Deckung höchst schwach sei.

Die Bundesregierung ist bemüht, die Sache herunter zu spielen und die gesetzliche Deckung in Aussicht zu stellen, um die Lohnraubpraxis in Gang zu halten: „Konkretisierung des § 1610 Bürgerliches Gesetzbuch erforderlich", „elterliche Ausbildungsverpflichtung unbefriedigend", „die unterschiedslose Heranziehung der Eltern ist anzustreben" und schließlich: „Dabei ist zu beachten, daß jede spürbare Minderung der Verpflichtung der Eltern zu einer erheblichen Kostensteigerung bei der öffentlichen Hand ... führt." Die Zigtausende von Studenten, die in diesem Wintersemester gestreikt haben und die Studenten, die Zahlung eines Ausbildungsentgelts für die Vernutzung ihrer Arbeitskraft im Kampf gegen das Ausbildungsförderungesetz verlangen und dafür Fortsetzung des Streiks, wissen diesen Unterschied sehr genau zu beachten.

Rohde und seine „sorgfältigen Überprüfer" im Ministerium, die genau wissen, wieviele Milliarden die Kapitalistenklasse diese Forderung bei Durchsetzung kosten würde, sind in Schwierigkeiten. Das Bundesgerichtshofs-Urteil verlangt von ihnen im Interesse der Kapitalisten mehr gegen die Forderungen der Studenten als einen ausgeklügelten Umverteilungsbetrug, der bloß jetzt etwas bringt und dessen Charakter sich zudem schon weit herumgesprochen hat, noch ehe ihn die Ministerialbeamten in Paragraphen „ausgestalten" konnten. – (Z-Red)

Jusos im Kampf um die Studentenparlamente

„Keinerlei Mitverantwortung für Politik ohne Bezug zur Realität" / VDS sollen nach rechts gedrückt werden

Hamburg. Am Donnerstag haben die Sozialliberalen im VDS Vorstand in Bonn ihre Geschäfte niedergelegt. „Für eine Politik, die im Kampf gegen auch nach ihrer Meinung zu kritisierende Erscheinungen jeden Bezug zur Realität verliere, könne keinerlei Mitverantwortung übernommen werden", zitiert die FAZ vom Freitag aus der Erklärung zu ihrem Rücktritt.

Welche Schwierigkeiten gibt es im VDS-Vorstand? „Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten" haben die Jusos, dazu veranlaßt, „vor allem die hochschulpolitische Strategie des Verbandes hinsichtlich Parlament und Parteien". Wollen sie aussteigen die Jusos? Im Gegenteil. Sie basteln an der Methode, wie die Studentenbewegung an der Wiedererrichtung der bundesweiten Streikfront zur Durchsetzung ihrer Forderungen gegen den bürgerlichen Staatsapparat gehindert und den Interessen der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie unterworfen werden kann. Dies Geschäft ist schwierig – deshalb auch der intrigenhafte Charakter des Ganzen.

Nachdem unter maßgeblicher Beteiligung der Jusos, die unter großen Mühen errichtete bundesweite Streikfront gegen die bürgerlichen Politiker aufgebaut, und die Studentenbewegung in diesen Kämpfen ihre Fähigkeit zur Durchsetzung ihrer Forderungen erwiesen hatte, abgebrochen wurde, ist der von den bürgerlichen Politikern erhoffte Zustand der Lähmung nicht eingetreten, stattdessen findet überall Kampf um die Einheit statt mit dem Ziel, sich gegen den bürgerlichen Staatsapparat durchzusetzen. Dieser Kampf ist kompliziert, aber Erfolge sind schon sichtbar, die sich in den Aktionseinheiten und gemeinsamen Listen zu den Studentenparlamentwahlen, dessen Aufstellung in einer Reihe von Städten geglückt ist, widerspiegelt.

In Hamburg kandidieren SSG, KSV und KSB/ML auf einem gemeinsamen Programm, das entschieden für die Wiedererrichtung der bundesweiten Streikfront eintritt und in dem uneingeschränkte Koalitionsrechte sowie „100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher sofort" gefordert wird. Dies entspricht dem Willen der besitzlosen Studentenmassen und ermöglicht den erfolgreichen Kampf gegen den Opportunismus und die Spaltung der Bewegung.

Dies ist es auch, was in dem bürgerlich geführten VDS-Vorstand zu „Meinungsverschiedenheiten" führt, nämlich über die Taktik, wie die Spaltung fixiert und der Kampf unterdrückt werden kann.

In den gegenwärtigen Kämpfen entscheidet sich, ob die Studentenbewegung die Kraftentfaltung, zu der sie fähig ist, tatsächlich entfaltet, oder um den Erfolg ihrer jahrelangen Kämpfe betrogen wird. Wen wundert es da, wenn die bürgerlichen Kräfte für letzteres alles unternehmen? „Die Juso-Hochschulgruppen wollen den ‚Linksaußen' in der VDS-Spitze in Kürze ihre Bedingungen für eine Rückkehr darlegen", schreibt die „FAZ". Man kann ja jetzt schon sagen, wie diese Bedingungen aussehen werden. Ihr Ziehvater Schmidt hat die Richtung in einem Grußwort anläßlich der 500-Jahrfeier der Universität Tübingen längst angegeben: „Staat und Hochschulen müssen im übrigen gemeinsam die Probleme unseres Hochschulwesens, insbesondere in Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, lösen." Ein Beschluß auf dieser Linie soll auf der Mitgliederversammlung der VDS durchgesetzt werden, und zwar offen, wofür die Ausrichtungsbewegung jetzt in Gang ist.

Nur, dies spielt sich in den Vorstandsetagen ab, entschieden wird es aber nicht da, sondern an den Hochschulen, in den Kämpfen, die dort stattfinden.

Anläßlich der Listenaufstellung zu den Studentenparlamentswahlen haben die Jusos an verschiedenen Orten Debatten angezettelt, ob sie überhaupt kandidieren. So in Kiel und auch Hannover. „Nachwuchsschwierigkeiten hätten sie", hieß es. Mag sein, daß diesem oder jenem die Bedingungen für eine Karriere unter den gegebenen Umständen nicht günstig genug erscheinen. Es geht aber auch um anderes. In einer Reihe von Orten gehen die Jusos gegenwärtig auf Tauchstation. In Hamburg jedenfalls haben sie unseres Wissens ihr letztes Flugblatt im Streik herausgegeben. Zu den Wahlen haben sie sich noch überhaupt nicht geäußert. Offensichtlich verfolgen sie die Taktik, jede öffentliche Auseinandersetzung um den Aufbau der Streikfront zu unterdrücken, was dem VDS-Vorstand den nötigen Spielraum für Intrigen liefern soll. Anläßlich von Wahlen eine gefahrvolle Taktik, aber man kann auch darauf hereinfallen. Was dagegen hilft? Richtige Entfaltung der Politik der Aktionseinheit. Das wird die Fronten schon in Bewegung bringen. Schwungvolle Unterstützung der Lohnkämpfe sowie Sammlung für die Kompanie der ZANLA. Erzwingung der Auszahlung des BAFöG und entschiedener Kampf gegen die Prozesse, den die Studentenbewegung gewinnen muß.

Unser Eindruck ist, daß gegenwärtig in der Politik der Aktionseinheit große Fortschritte möglich sind. Sie müssen sich in einem deutlichen Stimmenergebnis der gemeinsamen Liste bei den Studentenparlamentswahlen widerspiegeln. (SSG Hamburg)

NDR-Unterstützung für Bourgeoisstudenten geplatzt



Am Donnerstag wollte das Dritte Fernsehprogramm des NDR an der Göttinger Universität eine Sendung aufzeichnen: „Schweigende Mehrheit befragt die politischen Gruppen". Geplant war, angesichts der bevorstehenden Studentenratswahlen, die Bourgeoisiesprößlinge von RCDS und SLH als die wahren Studentenvertreter aufzubauen und einen Beitrag dafür zu leisten, sie in den AStA zu hieven. So hatten sie es sich gedacht. AStA, Fachschaftsräteversammlung, KSB, KHB und GIM hatten aufgerufen: „Studenten fragen den NDR, der NDR antwortet den Studenten."



Ca. 300 Studenten waren gekommen. Fast alle stimmten dem Vor-



schlag zu: Freie Diskussion, Diskussionsleitung hat der AStA. Der NDR hatte den AStA nicht eingeladen.

Die geladene „Schweigende Mehrheit" der Göttinger Studenten stimmt gegen diesen Vorschlag. Mindestens 4 von den 8 Geladenen sind in einer reaktionären Verbindung organisiert. Lange Gesichter.



Der NDR wollte an seinem Vorhaben festhalten. Ein Redakteur an die Studenten: „Ihr wißt doch, was Produktionsmittel sind, und wer sie hat?" – Die Studenten stürmten das aufgebaute Fernsehstudio, umringten die Redakteure: „Entweder die Sendung wird nach unserem Beschluß durchgeführt, oder wir ‚helfen Euch beim Abräumen".



Der NDR mußte abziehen – das Vorhaben war geplatzt. Mitglieder des technischen Personals waren für diese Aktion: „Wir haben Erfahrung damit, was hinterher dabei rauskommt." Für den kommenden Dienstag hat sich der rheinlandpfälzische Ministerpräsident Vogel (CDU) in Göttingen angesagt. Der RCDS hat den NDR nochmal eingeladen.

Im Kampf entwickelt sich die Aktionseinheit

Der Kampf um die Einheit der Studentenbewegung und die Wiedererrichtung der Streikfront findet gegenwärtig seinen Kristallisationspunkt in der Vorbereitung der Wahlen zu den Studentenparlamenten. An den Universitäten Kiel, Hamburg, Bremen, Göttingen, Braunschweig, Osnabrück gibt es Zusammenschlüsse auf Programmen für die Rechte der Studenten und die Verbindung mit der Arbeiterbewegung. Verschiedene Zusammenschlüsse der Studentenmassen haben die Kampagne „Für eine vollmotorisierte Kompanie der ZANLA" angepackt. Die bürgerlichen Politiker sehen sich in ihrer Hoffnung getrogen, eine gebrochene Studentenbewegung vorzufinden als Manövriermasse. Wo sie auftauchen, werden sie bekämpft.

Carstens (CDU) – der Friedensengel wurde demontiert

Kiel. Bundestagspräsident Prof. Karl Carstens (CDU) war am Donnerstag mit großem Polizeiaufgebot in der Kieler Universität. Er wollte die Studenten in „sachlicher, toleranter Form" für sein Programm der materiellen Verelendung und Unterdrückung der Studentenmassen gewinnen. Sein Plan ist gescheitert.

Seine Rede ist immer wieder von Buh-Rufen und Pfiffen unterbrochen worden. Er hat die Regelstudienzeit verteidigt, „weil doch so viele auf einen Studienplatz warteten". 14 Semester habe er sich an 6 Universitäten Frankreichs, der USA und der BRD herumgetrieben, wurde er angegriffen. Er hat sich als Friedensengel brüsten wollen, die Studenten haben ihn gefragt, was er bei MAK zu suchen hätte, wo Panzer und Minensuchsysteme hergestellt werden. Carstens, auf einem Leopard-Panzer reitend, dieses Transparent wurden neben dem Podium entrollt und der bewaffnete Befreiungskampf im südlichen Afrika propagiert.

Ihm passe die ganze Art zu diskutieren nicht, hat er zum raschen Schluß dann geäußert. Und: „Ich sehe, wir können uns hier nicht einig werden." Dafür bekam er das einzige Mal Beifall.

Die reaktionären Bourgeoisstudenten, die er in ihrem Wahlkampf hatte unterstützen wollen, klagten am nächsten Tag: „Wenn solche Veranstaltungen effektiver werden sollen, müssen sich die Politiker besser darauf vorbereiten." Sie setzen auf besseren Betrug. Es hat nicht an der Vorbereitung gelegen. Die besitzlosen Studentenmassen stehen unversöhnlich gegen den bürgerlichen Staat, die Verkleisterung der Widersprüche gelingt immer weniger.

Glotz (SPD) – Wilde Spaltungsmanöver

Westberlin. Sieben Studenten von der PH, je fünf aus den Wohnheimen Hafenplatz und Brunnenstraße haben Briefe an Minister Rohde und Senator Glotz geschrieben. Sie fordern sie auf, in Verhandlungen mit den Vertretungsorganen der Studenten zu treten über die Erfüllung der Forderungen des Streiks nach Koalitionsrecht, Anerkennung der ASten, Streikrecht und 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag.

Glotz richtete eine Telefonsprechstunde für die „Berliner Bevölkerung" ein. Zahlreiche Studenten haben ihn angerufen und mit den Forderungen der Studentenbewegung konfrontiert. Immer wenn es brenzlig für ihn wurde, hat der Senator aufgelegt, so z.B. als er gefragt wurde: Wissen Sie, daß jeder BAFöG-Bezieher 100 DM mehr bekommen soll vom Staat, nicht vom Lohn der Eltern? Er war sehr hektisch und behauptete dauernd, er sei ja zu Verhandlungen bereit, nur in vernünftiger Form. Was allerdings die Forderungen angehe, die lehne er ab, er sei schließlich Mitglied der SPD und gewählt, was würden denn die SPD-Mitglieder sagen, insbesondere die in den Betrieben.

Dann ein anderes Mal: Wenn es nach ihm ginge, könne man sich einigen, nur er sei ja von Arbeitern gewählt, z.B. denen von der Kraftwerksunion (KWU) und die seien ja so reaktionär. Wilde Spaltungsmanöver vollführen die Bourgeoispolitiker. Sie fürchten die Wiedererrichtung der Kampffront.

An der FU hat sich jetzt eine Initiative aus Vertretern mehrerer Institutsgruppen gebildet, die auf der FU-Vollversammlung durchsetzen wollen, an der Fortsetzung des Streiks festzuhalten und die Forderungen nach uneingeschränktem Streikrecht, Koalitionsrechten und nach 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag zu erheben.

Abschlagzahlung durch das BAFöG-Amt

Bremen. Die Vollversammlung im ISES (integriertes sozialwissenschaftliches Eingangsstudium) beschloß am Dienstag, daß das BAFöG-Amt sofort 1000 DM Abschlag zahlen soll für alle Antragsteller, die noch kein Geld erhalten haben. Weiter wurde beschlossen, daß man sich vom Staat 100 DM mehr erkämpfen muß. Am Dienstag wird eine Aktion gegen das BAFöG-Amt gemacht. – (N-Red.)

Aktionswoche und Demonstration der Medizinstudenten gegen die Approbations-Novelle

Göttingen. Auf der Fachschaftsratssitzung Medizin ist beschlossen worden, zur Vorbereitung der zentralen Aktionen gegen die Approbationsordnungs-Novelle in dieser Woche in allen Vorlesungen über die AO-Novelle zu diskutieren. Die Professoren werden aufgefordert, eine Erklärung gegen die AO-Novelle und für den Ausbildungs- und Tarifvertrag ATV zu unterschreiben. Am Mittwoch vor der Demonstration in Bonn sollen gemeinsam mit Personalräten und den Krankenpflegeschülern Aktionen auf dem Marktplatz und vor den Kliniken durchgeführt werden.

Aktionen am BAFÖG-Amt

Münster. 75 Studenten am BAFÖG-Amt haben heute in 2 Stunden eine Erklärung an Wissenschaftsminister Rau unterschrieben. Sie schildern darin ihre Lage und fordern den Minister auf, „unverzüglich für Bedingungen am BAFÖG-Amt Münster zu sorgen, die die zügige Bearbeitung von Anträgen auf Ausbildungsförderung gewährleisten, die ebenso die sofortige Auszahlung von Abschlagsgeldern ermöglichen. Diese Bedingung soll nicht zu Lasten der Sachbearbeiter gehen.

Vorbereitung der Studentenparlamentswahlen an der Universität Kiel

Kiel. Am Mittwoch hat die Vollversammlung der Fachschaftsgruppen an der Universität Kiel das Programm zu den Wahlen verabschiedet. Es wird unterstützt von den Fachschaftsgruppen: Agrar, Medizin, Sport, Germanistik, Geschichte, Anglistik, Romanistik, Biologie, Chemie, Pharmazie, Geographie, Jura, Wirtschaftswissenschaften, Theologie. Es werden die Forderungen erhoben: Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und allgemeinpolitischem Mandat; weg mit dem Hochschulrahmengesetz und den Landeshochschulgesetzen; weg mit dem Ordnungsrecht; Streikrecht; weg mit der Regelstudienzeit – ausreichendes Ausbildungsentgelt vom Staat! Zu den Gremienwahlen, die schon begonnen haben, kandidieren im wesentlichen drei Listen, die Revisionisten auf einer Liste der gewerkschaftlichen Orientierung, die Reaktionäre auf einer Liste „Demokratie 78" und die Liste der Fachschaftsgruppen.

Aufruf der Sprecherräte der Soldaten- und Reservistentage zur Demonstration der Zivildienstpflichtigen am 28. Januar in Dortmund

Die Sprecherräte der Soldaten- und Reservistentage Nord/ Mitte/ Süd unterstützen die Kämpfe der Zivildienstpflichtigen gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Wir unterstützen die Forderungen der Zivildienstpflichtigen. Wir unterstützen die Warnstreiks, die am 27. Januar durchgeführt werden und die Demonstration am 28. Januar in Dortmund.

Die Soldaten- und Reservistenkomitees haben auf den Soldaten- und Reservistentagen die Forderung nach Lohnfortzahlung, Recht auf jederzeitige Dienstverweigerung, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten beschlossen.

Lohnfortzahlung!, weil die Soldaten von einem Hungersold leben sollen. Der bürgerliche Staat verfügt über die jungen Arbeiter und preßt sie völlig rechtlos in die Armee. Die Soldaten wollen Rechte, politische und gewerkschaftliche Freiheiten.

Recht auf jederzeitige Dienstverweigerung!, weil die Soldaten nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam willenlos der Schinderei und den Schikanen des bürgerlichen Staates ausgeliefert sind.

Kündigungsrecht!, weil die Zeitsoldaten und Polizisten das Recht haben müssen, ihren Dienst aufzukündigen.

Dies sind die aktuellen Forderungen im Kampf um die Rechte der Soldaten und Polizisten. Die Soldaten und Reservistenkomitees lehnen den Dienst an der Waffe nicht ab, wir bekämpfen die Unterdrückung in der Armee. Allgemeine Volksbewaffnung ist die Forderung, um den Sturz der herrschenden Klasse mittels Waffengewalt vorzubereiten. Dies ist das Ziel der Soldaten und Reservistenkomitees.

Deshalb unterstützen wir auch die Demonstration der Zivildienstpflichtigen. Die Streiks und die Demonstration richten sich gegen die Absichten des bürgerlichen Staates, den „Dienst für den Staat" zu vergrößern. Mit der Wehrdienstnovelle wird beabsichtigt, die Staatstätigkeit insgesamt zu erhöhen. Um den bürgerlichen Staat noch gezielter für die Ausbeuterinteressen auszurichten. Die Zivildienstpflichtigen werden kaserniert und immer mehr schikaniert.

Arbeitsdienste hat es immer in der Geschichte gegeben, zumeist dann, wenn die Kapitalisten expandieren wollten. Die einen tragen die Waffe, die anderen den Spaten, beide sind notwendig für den imperialistischen Krieg. Für die Imperialisten sind alle Arbeiter und Bauern Reservisten. Dies hat das Bundesverfassungsgericht durch die Außerkraftsetzung der Wehrdienstnovelle gezeigt, denn mehr Rekruten müssen unmittelbar an die Gewehre, die Verteidigungsbereitschaft war durch das Verweigern vieler Arbeiter, Schüler und Studenten gefährdet.

Dies reicht dem bürgerlichen Staat aber noch nicht aus. Unzählige Schikane sollen den Zivildienstpflichtigen auferlegt. werden. Die Zivildienstpflichtigen stellen dagegen ihre berechtigten Forderungen auf, die die Soldaten- und Reservistenkomitees unterstützen.

– Völlige Abschaffung des Gewissensprüfungsverfahrens!
– Freie Wahl der Dienststellen! Keine Kasernierung der Zivildienstpflichtigen!
– Keine Versetzung gegen den Willen der Betroffenen – Rücknahme der bisherigen Strafversetzungen!
– Kein Planstellenabbau durch den Einsatz der Zivildienstpflichtigen!
– Gegen die Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate!

(Sprecherräte der Soldaten- und Reservistentage Nord/Mitte/Süd)

Strategie und Taktik des Volkskrieges in Zimbabwe – Strategie und Taktik der rhodesischen Söldnerarmee

Veranstaltung der Soldaten- und Reservistenkomitees

Es sprechen:
Die Genossen Zvobgo (Mitglied des ZK der ZANU) und Mau Mau des Informationsbüros der ZANU.

18.1. Mannheim	20.1. Karlsruhe	25.1. Dortmund
19.1. Freiburg	23.1. Kassel	26.1. Bremen
24.1. Göttingen	19.30 Uhr Deutscher Garten, Rheinhäuser Landstr. 22	

Ob 15 oder 24 Monate – Von Arbeitsplatzgarantie keine Spur

Kapitalisten nutzen die Wehrpflicht zu Umsetzung, Rückstufung und verstärkten Entlassungen

Osnabrück. Die Kapitalisten bedienen sich der Wehrpflicht, um Lohndrückerei und Entlassungen durchzuführen. Verschiedenste Methoden wenden sie dabei an. Nach ihrer Lehrzeit bei Karmann als Werkzeugmacher sind zwei Arbeiter zum Wehrdienst einberufen worden. Sie haben nur ein paar Wochen nach der Lehre gearbeitet und waren in Lohngruppe 6, Anfangslohn für Werkzeugmacher ist. Jetzt sind sie zurückgekommen und arbeiten auch als Werkzeugmacher, und zwar in der gleichen Lohngruppe wie damals. Der Kapitalist schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Erstens zahlt er während der 15 Monate Dienstzeit bei der Bundeswehr keinen Lohn, und zweitens drückt er die Arbeiter wieder auf den alten Lohnstandard, weil sie sich während der Dienstzeit im Betrieb für die Kapitalisten nicht „bewähren" konnten.

Im Gesetz steht, daß während des Grundwehrdienstes das Arbeitsverhältnis nur ruht und daß die Dienstzeit auf die Betriebszugehörigkeit angerechnet wird oder daß den Arbeitern durch den Wehrdienst in beruflicher oder betrieblicher Hinsicht kein Nachteil entstehen darf. Für die Arbeiter sind solche Bestimmungen einen Dreck wert, weil sie nichts beinhalten, was sie vor Lohnraub schützt, dieser wird sogar gesetzlich geregelt.

Ein Werkzeugmacher hat während seiner Ausbildungszeit Ausbildungsbeihilfe vom Arbeitsamt bekommen. Als der Arbeiter bei der Bundeswehr war, wurde vom Arbeitsamt Osnabrück festgestellt, daß er die Beihilfe zu Unrecht erhalten habe. Alles mußte er zurückzahlen. Es wurde ihm einfach der Wehrsold gepfändet. Haushoch verschuldet hat er den Wehrdienst beendet. Und dann wieder im Betrieb in einer niedrigen Lohngruppe, weil er sich erst einmal „wieder einarbeiten" mußte.

Die Werkzeugmacher, die 1976 und die erste Hälfte 1977 von der Bundeswehr kamen, sind gar nicht erst in den Werkzeugbau gekommen, sondern als Hilfsarbeiter in den Fahrzeugbau, ungefähr siebzig Arbeiter. Für sie war das ein Lohnverlust von 200 bis 250 DM. Das bringt die Dienstzeit für die Arbeiter ein: Einen Berg Schulden und gesenkten Lohn, das drückt in die Verelendung. Solche Umbesetzungen, Änderungskündigungen genannt, sind beliebte Maßnahmen der Geschäftsleitung. Damit schafft sich Karmann ein großes Potential an qualifizierten Arbeitern, die überall einsetzbar sind und ein geringes Lohnniveau im Betrieb.

Der Kapitalist kann auch Entlassungen durchführen, wenn die Weiterbeschäftigung eines Arbeiters, der den Wehrdienst absolviert hat, dem Kapitalisten „nicht zugemutet" werden kann. Die Änderungskündigungen fallen genau darunter. In krisenhaften Zeiten wird entlassen. Die Entlassung eines Arbeiters am Scirocco-Band wurde zurückgeschlagen. Er sollte im nächsten Quartal zur Bundeswehr, und die Geschäftsleitung wollte die Verpflichtung nicht eingehen, den Arbeiter nach seiner Dienstzeit weiter zu beschäftigen. Sie wollte diese Sorge gleich los sein, wer weiß, wie die Lage der Automobilindustrie in 15 Monaten aussieht.

Die Arbeiter müssen im Lohnkampf für Festgeld kämpfen und für die Streichung der unteren Lohngruppen, um der Lohndrückerei entgegenzutreten. Dieser Kampf nützt den Soldaten und sie werden ihn unterstüzen.

Im Kampf für die Lohnfortzahlung können sich die Soldaten mit der Arbeitern verbinden und der Kapitalistenklasse und ihrem Staat einen wirkungsvollen Schlag versetzen. (Zelle Karmann, Bezirk Osnabrück/Emsland)

wenden sie dabei an. Nach ihrer Lehrzeit bei Karmann als Werkzeugmacher sind zwei Arbeiter zum Wehrdienst einberufen worden. Sie haben nur ein paar Wochen nach der Lehre gearbeitet und waren in Lohngruppe 6, Anfangslohn für Werkzeugmacher ist. Jetzt sind sie zurückgekommen und arbeiten auch als Werkzeugmacher, und zwar in der gleichen Lohngruppe wie damals. Der Kapitalist schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Erstens zahlt er während der 15 Monate Dienstzeit bei der Bundeswehr keinen Lohn, und zweitens drückt er die Arbeiter wieder auf den alten Lohnstandard, weil sie sich während der Dienstzeit im Betrieb für die Kapitalisten nicht „bewähren" konnten.
Im Gesetz steht, daß während des
durch den Wehrdienst in beruflicher oder betrieblicher Hinsicht kein Nachteil entstehen darf. Für die Arbeiter sind solche Bestimmungen einen Dreck wert, weil sie nichts beinhalten, was sie vor Lohnraub schützt, dieser wird sogar gesetzlich geregelt.
Ein Werkzeugmacher hat während seiner Ausbildungszeit Ausbildungsbeihilfe vom Arbeitsamt bekommen. Als der Arbeiter bei der Bundeswehr war, wurde vom Arbeitsamt Osnabrück festgestellt, daß er die Beihilfe zu Unrecht erhalten habe. Alles mußte er zurückzahlen. Es wurde ihm einfach der Wehrsold gepfändet. Haushoch verschuldet hat er den Wehrdienst beendet. Und dann wieder im Betrieb in einer niedrigen Lohngruppe, weil er sich erst einmal „wieder einarbeiten"
Werkzeugbau gekommen, sondern als Hilfsarbeiter in den Fahrzeugbau, ungefähr siebzig Arbeiter. Für sie war das ein Lohnverlust von 200 bis 250 DM. Das bringt die Dienstzeit für die Arbeiter ein: Einen Berg Schulden und gesenkten Lohn, das drückt in die Verelendung. Solche Umbesetzungen, Änderungskündigungen genannt, sind beliebte Maßnahmen der Geschäftsleitung. Damit schafft sich Karmann ein großes Potential an qualifizierten Arbeitern, die überall einsetzbar sind und ein geringes Lohnniveau im Betrieb.
Der Kapitalist kann auch Entlassungen durchführen, wenn die Weiterbeschäftigung eines Arbeiters, der den Wehrdienst absolviert hat, dem Kapitalisten „nicht zugemutet" werden kann. Die Änderungskündigungen fal-
nächsten Quartal zur Bundeswehr, und die Geschäftsleitung wollte die Verpflichtung nicht eingehen, den Arbeiter nach seiner Dienstzeit weiter zu beschäftigen. Sie wollte diese Sorge gleich los sein, wer weiß, wie die Lage der Automobilindustrie in 15 Monaten aussieht.
Die Arbeiter müssen im Lohnkampf für Festgeld kämpfen und für die Streichung der unteren Lohngruppen, um der Lohndrückerei entgegenzutreten. Dieser Kampf nützt den Soldaten und sie werden ihn unterstüzen.
Im Kampf für die Lohnfortzahlung können sich die Soldaten mit der Arbeitern verbinden und der Kapitalistenklasse und ihrem Staat einen wirkungsvollen Schlag versetzen. (Zelle Karmann, Bezirk Osnabrück/Emsland)

Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer: Mit erfahrenen Unterdrückern besetzt

Am 17.1.1978 nehmen die Prüfungsausschüsse und Kammern für Kriegsdienstverweigerungsverfahren in Hannover wieder ihre Unterdrükkungstätigkeit auf. Im Wehrbereich II, der sich von Hannover nach Bremen erstreckt, gibt es sechs Kammern, davon drei in Hannover und vier Prüfungsausschüsse in Hannover. In der Wehrbereichsverwaltung in Hannover werden Vorbereitungen getroffen.

Eine große Zahl von Kriegsdienstverweigerern wird jetzt vor die Ausschüsse und Kammern gezerrt werden. Am 1.12.77 waren es ca. 130000 Kriegsdienstverweigerer, die noch keinen Zivildienst angetreten hatten. 34000 Zivieldienstplätze gab es zu der Zeit. 11000 sind derzeit nur zu besetzen. (Einstweilige Anordnung zur Außerkraftsetzung des Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes).

Alle Anträge, die bis zum 31.7.1977 nicht unanfechtbar entschieden worden sind, sind an die Zivildienststellen gegeben worden: Sie werden jetzt vor die Prüfungsausschüsse bzw. Kammern und das Verwaltungsgericht kommen. Ein schriftlicher Antrag muß wieder beim Kreiswehrersatzamt gestellt werden. Die Entscheidung darüber treffen die Prüfungsausschüsse, die für den Bezirk eines oder mehrerer Kreiswehrersatzämter gebildet werden.

„Sie werden von einem vom Bundesminister der Verteidigung bestimmten Vorsitzenden, einem Beisitzer, der von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle benannt wird, sowie zwei ehrenamtlichen Beisitzern besetzt. Der Vorsitzende hat im Ausschuß beratende Stimme; er muß zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst befähigt sein. Die Beisitzer sollen für ihre Aufgabe auf Grund ihrer Lebenserfahrung geeignet sein. Aus jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis sind von den von der Landesregierung bestimmten Beschlußorganen mindestens zwei Beisitzer zu wählen" (WPflG, § 26). Widerspricht der Prüfungsausschuß dem Antrag, so entscheidet die Prüfungskammer als nächsthöhere Instanz. Die Prüfungskammern werden für den Bezirk eines oder mehrerer Wehrbereichsverwaltungen gebildet. Ihre Zusammensetzung ist die gleiche wie die Prüfungsausschüsse, eine Personalunion gibt es nicht. Die nächsthöhere Instanz ist danach das Verwaltungsgericht.

In der Zusammensetzung der Ausschüsse und Kammern zeigt sich, daß von höchster Stelle erfahrene Unterdrücker bestellt werden: „Diese Leute haben schon das richtige Gefühl", so drückt das der Vorsitzende einer dieser Kammern aus.

Dreimal täglich wird eine Verhandlung vor den Ausschüssen in Hannover stattfinden. Ein Kammervorsitzender aus Hannover, Herr Vogel, ist zurückgetreten, er hatte genug von den „Schwierigkeiten".

Einer der erfahrenen Unterdrücker, der Kammervorsitzende Dr. Stutz, Angestellter bei der Wehrbereichsverwaltung (zivile Verwaltung der Bundeswehr), seines Zeichens pensionierter Jurist aus der Steuerabteilung der Preussag Hannover, meint, seine Auffassung über die Tätigkeit in der Prüfungskammer sei „seine persönliche Meinung", dennoch ließ er heraus: „Die Postkarte bedeutet die absolute Freiheit. Aus den Postkarten läßt sich nicht erkennen, ob es auch alles Gewissensgründe sind, die einen vom Kriegsdienst abhalten. Es kann ja genauso gut sein, daß einer, der gegen den Staat ist, ein Kommunist, die Karte schreibt. Die Ausschüsse sind dazu da, daß die Konfliktlage geschildert wird. Alles ist eine Frage der persönlichen Ethik jedes einzelnen. Hier muß der Gewissensgrund angegeben werden." Für die, die nicht „wehrbereit" sind, stellt er den Arbeitsdienst in Aussicht: „Zum Sportverein gehen und Essen austeilen – das würde den Jugendlichen so passen". (Bezirk Hannover)

Bremen. Am Mittwoch fand in Bremen eine Vollversammlung der Zivildienstpflichtigen statt. Die 120 Anwesenden beschlossen einstimmig eine Aktionswoche vom 23.1.–27.1. und einen eintägigen Warnstreik am 27.5. in Dortmund. Es wurde eine Resolution verabschiedet mit den Forderungen: – Freie Wahl der Dienststelle – Keine Kasernierung von Zivildienstpflichtigen! – Keine Versetzung gegen den Willen der Betroffenen – Rücknahme der bisherigen Strafversetzungen! – Gegen die Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate! – Kein Planstellenabbau durch den Einsatz von Zivildienstpflichtigen! – Uneingeschränkte Abschaffung der Gewissensprüfung!
Solidarisiert haben sich mit den Aktionen der ZDP-er der Ausbildungspersonalrat des Krankenhauses Bremen-Ost und des Krankenhauses St. Jürgenstr. sowie der ÖTV-Kreisjugendausschuß. Begrüßt wurde der Beitrag des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen-Unterweser. Das SRK unterstützt die Aktionen der ZDP-er mit den Forderungen: Recht auf jederzeitige Kündigung, Recht, jederzeit den Wehrdienst zu verweigern, Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige und Zivildienstpflichtige.
Sechs Soldaten der Lützow-Kaserne in Schwanewede haben bereits in dieser Woche ihre Solidarität mit den ZDP-ern und ihre aktive Unterstützung erklärt.



Am 11.1.1978 beschlossen 120 Zivildienstpflichtige auf ihrer Vollversammlung in Bremen eine Aktionswoche von 23.1. bis zum Streikbeginn am 28.1. Der Streik wird bisher von den Ausbildungspersonalräten der Krankenhäuser Bremen-Ost und St.-Jürgen-Straße, vom Kreisjugendausschuß und von den Soldaten- und Reservistenkomitees unterstützt.

ÖTV Kreisjugendausschuss Essen unterstützt die Kämpfe der Zivildienstleistenden

Essen. „Der KJA Essen der Gewerkschaft ÖTV begrüßt die Absicht der Zivildienstpflichtigen, am 27.1.78 in den Warnstreik zu treten und unterstützt die Demonstration am 28.1.78 in Dortmund.

Die Aktionen, zu denen die ZDLer aufrufen, sind die richtige Antwort auf die Absicht des Dienstherrn, ein ganzes Heer von Dienstpflichtigen ohne gewerkschaftliche und politische Rechte für 200 DM Sold im Monat in Kasernen einzusperren. Angeblich der ‚Wehrgerechtigkeit' willen, soll dann durch Ausdehnung des Zivildienstes z.B. bei der Bundesbahn dieses Heer von kasernierten Jugendlichen noch vergrößert werden. Die ZDLer sind des Streikrechts beraubt, das die Arbeiterbewegung in jahrzehntelangem Kampf durchgesetzt hat. (...)

Zum Dienst befohlen und für 200 DM zwangsverpflichtet, so hofft der Dienstherr, sich eine ganze Armee einsatzbereiter Streikbrecher gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst halten zu können. Klar ist auch, daß der Sold von 200 DM durch Ersatz voller Arbeitskräfte direkt den Lohn aller Beschäftigten drücken soll. Wir sehen eine große Gefahr darin, eine kasernierte Truppe von dienstverpflichteten Jugendlichen in unserem Rücken zu wissen, die jederzeit und gegen ihr eigenes Interesse zum Dienst als Lohndrücker und Streikbrecher gegen ihre Kollegen gezwungen werden können. Gerade jetzt im Tarifkampf wird dies aktuell gefährlich.

Ebenso, wie wir die Kämpfe der Soldaten gegen Schikane und niedrigen Wehrsold unterstützen, unterstützen wir deshalb den Kampf der Zivildienstpflichtigen für das Recht auf jederzeitige Verweigerung durch einfache Willenserklärung, sowie den Kampf gegen die Kasernierung der Zivildienstleistender.

Wir rufen alle Jugendliche auf, an der Demonstration in Dortmund am 28.1.78 teilzunehmen."
(Einstimmig beschlossen am 10.1.78)

An die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden
Hamburg. Ihr ruft auf zu einer Demonstration am 28.1. in Dortmund gegen die Gewissensprüfung, Arbeitsdienst und Kasernierung. Das finden wir gut und unterstützen die Demonstration.
Mit der hochgepriesenen Wehrdienstnovelle (jeder kann frei zwischen Militär und Zivildienst wählen) wollte die Regierung nur eine Steigerung der Wehrdienstfähigkeit erreichen, da sie so mehr junge Männer erfassen und unter ihr direktes Kommando bringen konnte (...).
Im „Zivil"dienst sollen die angelegten Militärverhältnisse jetzt tatsächlich durchgesetzt werden, was auf einen neuen Arbeitsdienst, wie im „3. Reich" hinausläuft. Wir Soldaten führen einen Kampf gegen die Kasernenunterdrückung, die

An die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden

Hamburg. Ihr ruft auf zu einer Demonstration am 28.1. in Dortmund gegen die Gewissensprüfung, Arbeitsdienst und Kasernierung. Das finden wir gut und unterstützen die Demonstration.

Mit der hochgepriesenen Wehrdienstnovelle (jeder kann frei zwischen Militär und Zivildienst wählen) wollte die Regierung nur eine Steigerung der Wehrdienstfähigkeit erreichen, da sie so mehr junge Männer erfassen und unter ihr direktes Kommando bringen konnte (...).

Im „Zivil"dienst sollen die angelegten Militärverhältnisse jetzt tatsächlich durchgesetzt werden, was auf einen neuen Arbeitsdienst, wie im „3. Reich" hinausläuft. Wir Soldaten führen einen Kampf gegen die Kasernenunterdrückung, die Entrechtung und den elenden Sold. Unsere Forderungen sind Lohnfortzahlung, jederzeitiges Verweigerungsrecht, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten, politische und gewerkschaftliche Freiheiten.

Eure Lage unterscheidet sich nicht viel von unserer, derselbe rechtlose Zustand unterdrückt Euch. Ihr habt kein Koalitionsrecht, kein Recht auf die notwendige Bezahlung, ihr könnt ebenfalls jederzeit strafversetzt werden und ihr seid zwangsverpflichtet. Deshalb meinen wir, müssen wir, die Soldaten und die Zivildienstleistenden, uns zusammenschliessen unter den oben genannten Forderungen. – (4 Soldaten der Röttiger-Kaserne, Hamburg, 4 Soldaten der Burkhard-Kaserne, Lüneburg)

Eine Woche Streik, dann sind die in den Knien

Heidelberg. Der Marketing-Direktor von Teldix verkündet in der Zeitschrift „Wehrtechnik" die Expansionsbestrebungen der Teldix-Kapitalisten: „Wir denken zunächst mal daran, die FNA (Navigationsanlage) in Frankreich zu vermarkten, wir haben schon ein entsprechendes Abkommen mit einer großen französischen Firma. Ziel ist die Ausstattung der französischen ROLAND (Flakpanzer). In den USA gibt es noch keine Forderung nach FNA für den ROLAND, trotzdem suchen wir dort Partner, die unser System unterstützen, um es einmal nachzubauen (d.h. nach der Warenexpansion auch die Kapitalexpansion, Red.) – auch eventuell für den US-Gepard. Die Phase, die wir anfangs in Deutschland mit der Überzeugung des Militärs durchgemacht haben (Konkurrenz niedergerungen, Red.), die steht uns jetzt in den USA und anderen Ländern bevor. So gibt es für unsere Anlagen weltweit noch keine Konkurrenz einschließlich der Sowjets, die in ihren Kampfpanzern nur Kurskreisel haben und keine Navianlagen. Dennoch, ihre Kampfpanzer sind somit, was die Navigation anbetrifft, besser als unsere ausgerüstet."

Die Teldix-Kapitalisten stacheln die westlichen Imperialisten an. Sie sind aus auf Höchstprofite. „Eine Woche Streik, dann sind die in den Knien", sagte ein Arbeiter bei der Untersuchung der Streikbedingungen.

Tunesische Minenarbeiter setzen einen Teil ihrer Forderungen mit Streik durch

Die westdeutschen Imperialisten haben im letzten Jahr 152 Mio. DM in Tunesien investiert. Unter anderem nisten sie sich mit dem Bau von Fährschiffen in der tunesischen Mittelmeerschiffahrt ein. Die italienischen Imperialisten investieren für eine Pipeline von Tunesien durch das Mittelmeer vor ihre Haustür zum Transport von Erdgas. Obwohl die tunesische Oligarchie, die eng mit den Imperialisten zusammenarbeitet, Streiks und Kämpfe der Arbeiter mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen verfolgt, haben die tunesischen Arbeiter und Bauern in den letzten Jahren Kämpfe für bessere Lebensbedingungen und ihre Rechte geführt. Die Gewerkschaft UGTT (Union Générale des Travailleurs Tunésiens) hatte im letzten Jahr mit der Regierung einen Sozialpakt geschlossen, demzufolge fünf Jahre keine Lohnerhöhungen und Kämpfe der Arbeiter stattfinden sollten. Dagegen hat sich von Anfang an der Kampf der Arbeiter entwickelt. Die 13000 Minenarbeiter der fünf Phosphatminen im Gebiet Gafsa hatten bereits im Herbst letzten Jahres gestreikt für die Forderungen: 1. Zahlung einer monatlichen Prämie von 7,50 Dinar (ca. 50 DM) für diejenigen Arbeiter, die von ihren Frauen getrennt leben müssen, 2. Verdoppelung der Zulagen bei Nachtarbeit, 3. Verlängerung des Jahresurlaubs, 4. Zusage von Krediten für die Errichtung von Trinkwasserstellen in den Zentren der Minenarbeiter, 5. Zahlung eines 13. Monatsgehalts, 6. Prämienzahlung bei den Mieten, 7. Beteiligung der Kapitalisten an den Sozialversicherungsbeiträgen von 20%.

Nachdem die Regierung auf diese Forderungen zunächst nicht eingehen wollte, waren die Bergarbeiter Ende 1977 in einen unbefristeten Streik getreten, so daß die Regierung die ersten vier der Forderungen weitgehend erfüllen mußte. Während die Bergarbeiter im Streik standen, streikten die Bauern und Landarbeiter für 24 Stunden unter der Forderung nach Zahlung einer Altersrente.

Wie die kolonialen Streitkräfte die Niederlagen des Smith-Regimes zu Siegen machen wollen

Mit dem 8.1.78 hat das rhodesische Statthalterregime des Imperialismus Smith „untersagt, ohne Genehmigung des Hauptquartiers der Streikräfte oder des Informationsministeriums über Kampfhandlungen im Guerillakrieg zu berichten. Die in- und ausländischen Journalisten dürfen ohne vorherige Erlaubnis nur Material aus amtlichen Kommuniqués, Gerichtsverhandlungen oder Parlamentssitzungen verwenden. Verstöße können mit hohen Geldstrafen, sowie mit Haftstrafen von maximal sieben Jahren geahndet werden. Zur Begründung erklärte ein Regierungssprecher, die Presse veröf-

Streik des Krankenhauspersonals in Eupen/Belgien

Die 180 Beschäftigten des Eupener Krankenhauses sind am 11.1.1978 am Abend in den Streik getreten.

Es streikten alle Beschäftigten außer den Nonnen, die zur Zeit Träger des Krankenhauses sind. Der Streik wird von der Nationalen Angestelltengewerkschaft, die der christlichen Gewerkschaft CSC angeschlossen ist, geführt.

Die Beschäftigten fordern seit längerem:
– Bezahlung eines 13. Monatsgehaltes.

– Für die Arbeiter (dies sind zumeist die Arbeiterinnen in der Küche, der Wäscherei und im Putzdienst), die in der Lohngruppe 1/10 bezahlt werden, den Übergang in Lohngruppe 1/12.

Zur Zeit beträgt der Lohn für einen Arbeiter in Lohngruppe 1/10 19193 bfr (Belgische Francs), in Lohngruppe 1/12 20023 bfr. Dieser Lohn gilt jeweils für Beschäftigte über 18 Jahren. Es gibt ein Minimum für Beschäftigte über 21 Jahren von 22807. Dies kann aber nach bestehender Regelung erst nach sieben Jahren Betriebszugehörigkeit erreicht werden, nach der geforderten Regelung nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit. Es wird weiter gefordert, daß entsprechend der Betriebszugehörigkeit zwei bis fünf Tage Urlaub anerkannt werden.

Insbesondere für die Arbeiterinnen in der Küche usw. wird entsprechende Arbeitskleidung gefordert, für alle Beschäftigten Arbeitsschuhe. Für das Personal und die Familienangehörigen wird kostenlose Krankenversorgung in der 1. Klasse gefordert.

Die Beschäftigten sind empört über die betriebliche Gesundheitsversorgung. So sind sie nicht gegen Tuberkulose geimpft, und vor einiger Zeit ist daran eine Beschäftigte erkrankt.

Um bessere Arbeitsbedingungen wird gekämpft und die Einstellung eines Kochs und einer Diätassistentin gefordert.

Auf der Personalversammlung am Donnerstag, dem 12.1.78 haben sich die Beschäftigten erneut auf diese Forderungen vereinheitlicht. Vorhergegangen waren zwei Schlichtungen, die ergebnislos abgebrochen wurden. Es wurde versucht zu spalten, indem die Dienstaufsicht statt tariflich abgesichertem 13. Monatsgehalt eine Jahresprämie einführen wollte. Darauf haben sich die Beschäftigten nicht eingelassen.

Während des Streiks haben die Beschäftigten einen Notdienst eingerichtet. Alle Untersuchungen usw. werden abgewiesen.

Das Eupener Blatt „Grenzecho“ versucht zu spalten und die Ideologie „Aber die Kranken müssen doch versorgt werden“ hineinzutragen. Man hofft auf die nächste Schlichtung und schreibt dann: „Jedenfalls läge dieser



Beschäftigte der Eupener Klinik am Donnerstag, 12.1.1978, bei der Beratung über den Streik

Wunsch wohl auch im Sinne aller, die die Krankenhausdienste beanspruchen müssen, auch wenn sie nicht zu denen gehören, die man als ‚Notfall‘ während der Streikzeit zuläßt.“

Die Beschäftigten des Eupener Krankenhauses sind kampferfahren und wissen, daß sie von den Arbeitern in den Industriebetrieben unterstützt werden.

Am Montag, dem 2. Februar 1976, war ein Teil des Personals in den sofortigen Streik getreten, als der neue Verwalter die Arbeitszeitregelung verändern wollte und für die Beschäftigten wesentlich mehr Arbeitszeit herauskommen sollte. Immer mehr Beschäftigte schlossen sich dem Streik an. Der Verwalter sperrte alle Beschäftigten aus, der von den Beschäftigten angebotene Notdienst wurde ebenfalls ausgesperrt, und ein Gewerkschaftsdelegierter des Personals wurde entlassen. Sofort kam aus allen Industriebetrieben der verschiedenen Branchen Unterstützung und Solidaritätserklärungen. Aus verschiedenen Betrieben kamen Arbeiter, um die Beschäftigten der Klinik bei den Streikposten zu unterstützen. Polizei und Gendarmerie wurden eingesetzt und schlugen auf die Streikposten ein. „So einfach haben die das nicht gehabt, da waren einige ziemlich robust», berichtete eine Krankenschwester. Alle Forderungen der Streikenden wurden erfüllt. Auf diese Erfahrungen können sich jetzt die Beschäftigten der Klinik in ihrem erneuten Streik stützen. – (t, Aachen)

Die Beschäftigten sind vom Verwalter 1976 ausgesperrt worden



Plakate der Beschäftigten im Streik 1976

Wie die kolonialen Streitkräfte die Niederlagen des Smith-Regimes zu Siegen machen wollen

Mit dem 8.1.78 hat das rhodesische Statthalterregime des Imperialismus Smith „untersagt, ohne Genehmigung des Hauptquartiers der Streikräfte oder des Informationsministeriums über Kampfhandlungen im Guerillakrieg zu berichten. Die in- und ausländischen Journalisten dürfen ohne vorherige Erlaubnis nur Material aus amtlichen Kommuniqués, Gerichtsverhandlungen oder Parlamentssitzungen verwenden. Verstöße können mit hohen Geldstrafen, sowie mit Haftstrafen von maximal sieben Jahren geahndet werden. Zur Begründung erklärte ein Regierungssprecher, die Presse veröf-
fentliche in zunehmendem Maße militärische Geheimnisse, die „unserer nationalen Sicherheit schaden und das Leben unserer Soldaten gefährden.“

Zukünftig will das Smith-Regime mit plumpen Lügen nur noch „Erfolgsmeldungen“ in der Unterdrückung des Befreiungskampfes verbreiten. Indes muß die Deutsche Presseagentur am 13.1.78 melden; „Der rhodesische Guerilla-Krieg schiebt sich immer näher an die Hauptstadt Salisbury heran.“

Der Befreiungskampf des saharauischen Volkes findet Unterstützung bis in die Reihen der gegnerischen Truppen

Hartnäckig streiten die französischen Imperialisten ihre militärische Intervention in der Westsahara ab. Die französische Presse dokumentiert verhalten den Grund dafür: Der Widerstand der Volksmassen in Frankreich gegen die Intervention wächst. „Auf die Weigerung Frankreichs hin habe sich Mauretanien an Argentinien gewandt, wo ein Spezialflugzeug zum Einsatz gegen Guerillas hergestellt wird.“ (Le Monde, 23.12.77)

Für seine imperialistische Politik in Westafrika erhält Frankreich aus dem Entwicklungsfonds und vor allem von den BRD-Imperialisten kräftige finanzielle Unterstützung. Die westdeutschen Imperialisten haben ihre Finger im Spiel in der Hoffnung, an die Reichtümer der Westsahara, Phosphat und Erze, heranzukommen. Je stärker die Einheit des saharauischen Volkes im Kampf für seine Unabhängigkeit wird, um so klarer treten die Fronten des internationalen Klassenkampfs hervor. Der amtierende Präsident der OAU hat den Vorschlag unterbreitet, eine Sondergipfelkonferenz der OAU zur Frage der Westsahara einzuberufen, was Algerien bereits ausdrücklich unterstützt hat. Die F.POLISARIO hat am 9.1.1978 der Presse zwei mauretanische Offiziersanwärter der Militärakademie von Atar vorgestellt, die sich der F.POLISARIO angeschlossen haben. Sie berichteten, daß es unter ihren 135 Kameraden eine ganze Reihe von Desertionen gegeben habe; etwa 50 Unteroffiziere befänden sich in Nouakchott in Haft, andere seien in den Untergrund gegangen. Die gerechte Sache des saharauischen Volkes hat die Völker der Welt auf ihrer Seite. Die beiden Offiziere, 23 und 19 Jahre alt, unterrichteten die F.POLISARIO von Bewegungen marokkanischer Truppen in Mauretanien, um die Kampfaktionen der Befreiungsarmee aktiv zu unterstützen.



Die Beschäftigten sind vom Verwalter 1976 ausgesperrt worden



Plakate der Beschäftigten im Streik 1976

Portugal: Waghalsige Manöver, um eine neue Regierung zu bilden

Klerikalfaschisten der CDS in die Regierung, Verhandlungen mit den Revisionisten über einen „Sozialpakt“

Die Verhandlungen des bisherigen Premierministers und Vorsitzenden der „Sozialistischen Partei“, Soares, mit Vertretern der übrigen bürgerlichen Parteien, einschliesslich der Revisionisten der PCP, nehmen immer waghalsigeren Charakter an. Es scheint jetzt, daß die bisherige Minderheitsregierung Soares um einige „Persönlichkeiten“ erweitert wird, in Wahrheit sind sie Vertreter der klerikal-faschistischen CDS, die den Großgrundbesitz und das bürokratische Monopolkapital Portugals repräsentieren und enge Verbindungen sowohl zu den christlich-reaktionären Parteien der westeuropäischen Imperialisten als auch zu den US- Imperialisten halten. Gleichzeitig soll ein „Sozialpakt“ mit den Revisionisten neu ausgehandelt werden, den diese dann innerhalb der Führung des portugiesischen Gewerkschaftsverbandes CGTP durchsetzen sollen. Die vierte Partei, die PPD, soll derweilen die Opposition bilden und nach noch mehr Reaktion kreischen. Über allen steht der Staatspräsident und stillschweigende Militärdiktator Eanes mit seiner Offizierskamarilla, die immer noch als „Revolutionsrat“ posiert, und soll als „Unabhängiger“ das übergeordnete Interesse der Imperialisten und Bourgeois aller Couleur an vollständiger Durchführung des Programms der Konterrevolution garantieren.

So etwa ist die Konstruktion gedacht. Ob sie halten wird, flößt den Beobachtern der westdeutschen Imperialisten erhebliche Zweifel ein. ZDF-Korrespondent Michael Vermehren wirft in der Nachrichtensendung am 7. Januar einen scheuen Blick in eine kämpferische Veranstaltung der portugiesischen Marxisten-Leninisten aus der PCP(r), die den geplanten Maßnahmen der Reaktion den Kampf ansagt, und kommentiert mit warnendem Verweis auf die Gefahr der proletarischen Revolution: „Die Rechten sollen mitregieren, und die Linken sollen ihren Segen dazu geben ... Wenn CDS und Kommunisten (die revisionistische PCP, d.Red.) überhaupt auf diese Rollen eingehen, wie lange kann das gutgehen? Wie lange kann die Kommunistische Partei speziell eine konservative Wirtschafts- und Finanzpolitik vor ihren Anhängern rechtfertigen? ... Mit anderen Worten: auch wenn dieser Supertrick Mario Soares', Rechte und Linke vor seinen Wagen zu spannen, tatsächlich klappen sollte, eine Lösung von Dauer dürfte er damit nicht gefunden haben.“

Hinter dem, was der ZDF-Korrespondent milde als „konservative Wirtschafts- und Finanzpolitik“ bezeichnet, verbirgt sich das ganze Programm der Reaktion, an dessen vollständiger Durchsetzung die bisherige Regierung Soares gescheitert ist: die Rückgabe der während der antifaschistischen Revolution enteigneten Großbetriebe und der Masse des großen Grundbesitzes an ihre „rechtmäßigen Eigentümer“, die Durchsetzung der staatlichen „Lohnbegrenzung“ und die Einschränkung der gewerkschaftlichen Tarifrechte, die Vernichtung aller politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter in den Betrieben, die die drastische Steigerung der Ausbeutung behindern, und anderes mehr. Die meisten dieser Maßnahmen haben schon längst „Gesetzeskraft“ oder doch wenigstens eine „parlamentarische Mehrheit“ – nur, eine *wirkliche* Mehrheit und *wirkliche* Kraft haben sie nicht, da sie gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen nicht oder nur teilweise durchgesetzt werden konnten.

Das Jahr 1977 hat den Imperialisten und Bourgeois nicht den erhofften Durchbruch in der Liquidierung *aller* Rechte und Errungenschaften, die sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen in der antifaschistischen Revolution von 1974 erobert haben, gebracht. Im Gegenteil, die Arbeiterbewegung hat sich fester und einheitlicher organisiert, und eine revolutionäre Führung beginnt sich herauszubilden, sodaß die Spaltung durch Reformismus und Revisionismus allmählich beseitigt werden kann.

Im *Januar* 1977 feierte die portugiesische Arbeiterklasse durch die Gründung der Einheitsgewerkschaft, der CGTP, gegen die Spaltungsmanöver der PCP-Revisionisten und der Sozialdemokraten, einen wichtigen Sieg.

Im *März* standen 600000 Arbeiter der Textil-, Metall-, und Elektroindustrie, der Handelsmarine und anderer Sektoren im Streik gegen die „Lohnbegrenzungs“-Politik und andere Maßnahmen, die die Soares-Regierung gemäß einem Diktat der im Internationalen Währungsfonds (IWF) als Gläubiger des portugiesischen Staates zusammengeschlossenen Imperialisten durchführte.

Als am 25. *April*, dem Tag der antifaschistischen Erhebung von 1974, der Staatschef und Militärmachthaber Eanes die Nationalgarde, eine aus dem Faschismus übernommene Bürgerkriegstruppe, und portugiesische NATO-Truppen paradieren ließ, mußten sie durch eine Menschenmenge marschieren, die die Soldaten mit den alten Parolen der Tage des Kampfes gegen Faschismus und Konterrevolution aufriefen: „Soldaten, steht immer auf der Seite des Volkes!“

Der 1. *Mai* war ein Tag großer Demonstrationen im ganzen Land, auf denen die Forderungen der Arbeiter und der Volksmassen erhoben wurden. Kurz darauf traten in den Universitäten die Studenten gegen die Rückkehr der faschistischen Professoren und für andere Forderungen in den Streik.

Im *August* scheiterte der Versuch der Regierung, mittels der Nationalgarde den Landarbeiter-Kooperativen im Süden den Boden wieder zu nehmen, den sie den Großgrundbesitzern entrissen haben und gemeinschaftlich bebauen.

Im *September* lag die Lisnave-Werft in Lissabon still, als die Regierung den faschistischen Finanzclan der Melos wieder in seine alten Ausbeuterrechte einsetzen wollte.

Im *Oktober* kam es zu Großkundgebungen der Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern auf den Madeira-Inseln, auf denen sie ein Ende der kolonialen Ausbeutung und Unterdrükkung forderten, der sie weiterhin unterworfen sind.

Im *November* neue Massendemonstrationen der Arbeiter in Porto (im Norden) und in Lissabon gegen die reaktionären Regierungsmaßnahmen und für die Verteidigung der Rechte der Arbeiter, Landarbeiter und Bauern, die sie erobert haben.

Im *Dezember* stürzte schließlich die Regierung. Einen Tag zuvor war der Botschafter der Vereinigten Staaten in Portugal, Carlucci, als CIA-Agentenführer entlarvt worden und mußte abberufen werden. Carlucci war Botschafter in Chile zur Zeit des Putsches gegen die Regierung Allende gewesen und der eigentliche Organisator des Massakers.

Hinter allen bürgerlichen Parteien stehen in wechselnder Gruppierung die Supermächte und imperialistischen Großmächte, die Portugal als eine Halbkolonie behandeln wollen. Während sich die Einheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen Imperialismus und Reaktion Schritt um Schritt festigt, steigert sich die Zerfahrenheit auf der Seite der Imperialisten und Reaktionäre. Sie streiten um eine Beute, die sie noch gar nicht erlegt haben. Im Gegenteil: Manches spricht dafür, daß die portugiesische Revolution nur ihre Kräfte sammelt und sich ausrichtet, um einen neuen Schlag zu führen. – (Z-Red)

Die „überzählige Arbeiterbevölkerung Nordirlands“

Ergebnis kolonialer Beraubung und Beherrschung

Karl Marx nannte Irland einen „durch einen breiten Wassergraben abgezäunten Agrikulturdistrikt Englands, dem es Korn, Wolle, Vieh, industrielle und militärische Rekruten liefert.“

Für den Norden Irlands, der – gewaltsam von Irland getrennt – weiter unter britischer Kolonialherrschaft steht, kann man nachweisen, daß dies nach wie vor die Aufgabe ist, die die britischen Imperialisten ihrer Kolonie zuweisen.

80 Prozent des bebauten Landes sind Grasland, das Grasland, in das die britischen Großgrundbesitzer und Bourgeois das Ackerland der irischen Bauern unter Vertreibung dieser Bauern verwandelten. Rinder-, Schweine- und Schaffleisch sowie Wolle kommen aus Nordirland. Von den 76500 Hektar, die zum Ackerbau benutzt werden (9,1 Prozent des bebauten Bodens), wird zu 65 Prozent Gerste angebaut – bei allem ist Großbritannien der Hauptabnehmer.

Die Verjagung vom Boden und die Unterdrückung durch das Kolonialregime bedeutete für Millionen von Iren den Zwang zur Auswanderung nach England, aber auch in die USA und nach Australien. Dieser Prozeß ist keineswegs vorbei, genausowenig, wie die koloniale Beherrschung Irlands vorbei ist, solange der Norden von britischen Truppen besetzt ist.

Die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion unter dem Diktat des Finanzkapitals macht auch nicht Halt vor dem Besitz der kleinen protestantischen Siedler. Ihre Vorfahren wurden von den britischen Großgrundbesitzern in den letzten Jahrhunderten gerade hier in Ulster angesiedelt, um eine Schutzgarde für den von den Iren geraubten Boden zu haben. Von 1972 bis 1977 ist die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 8000 auf 67800 gesunken.

Die Zahl der Arbeitslosen steigt kontinuierlich, von 27063 im Juni 1975 auf 41437 im Juni 1977.

Tausende verlassen jährlich das Land. In den Jahren zwischen 1891 und 1901 sind jährlich 6770 Nordiren ausgewandert, zwischen 1961 und 1966 7500 pro Jahr und zwischen 1966 und 1971 4800.

Die Ruinierung der Bauern durch die kapitalistische Konzentration der Produktion in der Landwirtschaft ist eine Quelle der großen industriellen Reservearmee. Die andere sind die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft Großbritanniens und ihre Auswirkungen auf Nordirland. Diese Auswirkungen sind um so schwerer, als die Wirtschaft Nordirlands kolonial abhängig ist. Dazu gehören neben Schaf- und Rindviehweiden auf früherem Ackerland auch die Fabriken der Imperialisten in Irland. *Was* lassen sie produzieren? Die Tabelle zeigt, daß der Kapitalexport nach Nordirland hinein vor allem die Errichtung von Fabriken zur Aufbereitung der gewonnenen Rohstoffe für den britischen Markt brachte. Lebensmittelindustrie und Textilindustrie sind die Hauptzweige, die Schwerindustrie ist kaum vorhanden.

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie Nordirlands ist von 1969 bis 1976 von 184000 auf 149000 gesunken. Neben der Verschärfung der Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit und Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit – etwa durch neue Maschinerie – ist es vor allem der kolonial abhängige Charakter der Industrie, der zu dieser Senkung führte. Ging die Wollproduktion zurück wegen der Konkurrenz der synthetischen Faser, wurde die Verarbeitung gedrosselt oder in vielen Fällen ganz eingestellt und die Produktion dorthin verlagert, wo die neuen Profitmöglichkeiten am größten waren. Industrien wie die Stahlindustrie konnten sich unter dem Monopol der britischen Stahlindustrie nicht entwickeln.

Die britischen Imperialisten geben in ihren offiziellen Statistiken an, daß 1975 ein Industriearbeiter in Nordirland 6 Prozent unter dem Durchschnitt des Lohns im United Kingdom (England, Schottland und Wales) verdiente. Wir haben Grund, diesen Angaben zu mißtrauen. Bekannt ist, daß die Regierung Investitionen in Nordirland als „sicheren Weg zum Profit“ bezeichnet.

6 Prozent weniger Lohn bedeuten bereits Millionen für die Kapitalisten. Dazu kommt, daß sie Millionen von den Massen über den Staatsapparat an Zuschüssen kassieren. Für die Arbeiter in Nordirland ist die Erhaltung ihrer Arbeitskraft wesentlich teurer als in Großbritannien – die nordirischen Landwirtschaftsprodukte zum Beispiel kosten dort mehr als nach dem Export in England.

„Arbeitsplätze schaffen“

Unter diesem Schlachtruf will die britische Regierung das „Nordirland-Problem“ lösen. Das Nordirland-Problem ist für sie, daß sie Kredite, ausländisches Kapital brauchen, um in der profitablen Erschließung Nordirlands weiterzukommen und von dort aus den Einfluß auf ganz Irland auszubauen. Das Nordirland-Problem für die irischen Massen ist die Frage, wie sie die britischen Imperialisten hinauswerfen und Irland wieder vereinigen können.

Der US-Präsident Carter hat den britischen Imperialisten Unterstützung im „Kampf für den Frieden“ zugesagt und mehr Investitionen angekündigt. Der Chemiekonzern Du Pont wird sein Kunststoffwerk mit 29 Millionen Pfund modernisieren. Die Hälfte davon läßt Du Pont vom britischen Staat aus den Taschen der Volksmassen holen. Es wird kein Arbeiter zusätzlich von Du Pont ausgebeutet werden, stattdessen wird das Halbfabrikat für die Kunststoffe umgestellt, was zur wahrscheinlichen Schließung einer Acetylen-Fabrik mit 200 Arbeitern führen wird.

Die britischen Imperialisten sind in Eile. Die ökonomische Krise verschärft ihre politische Krise in Nordirland. Die sozialen Stützen der Kolonialmacht bröckeln. Die Imperialisten hatten die Protestanten Nordirlands, die aus der Siedlergesellschaft stammen, als reaktionäre Sturmtruppe gegen die Bewegung der Volksmassen zur Vereinigung Irlands eingesetzt, Teile als bewaffnete Banden. Bessere Bezahlung, bessere Ausbildung, Bevorzugung bei der Arbeitsvermittlung, niedrigere Arbeitslosenrate, scheinbar geringere politische Unterdrückung – das waren die Mittel, mit denen die Briten diese Sturmtruppe formen konnten und den Zusammenschluß der lohnabhängigen katholischen Massen mit den Teilen der Siedlergesellschaft, die Lohnarbeiter geworden waren, verhindern konnten.

Diese Mittel können bei dem umfassenden Zwang zum Lohnraub und zur Verschärfung der Ausbeutung von den Imperialisten kaum noch angewandt werden.

Die Arbeitslosigkeit zum Beispiel ist zwar in katholischen Gegenden noch dreimal so hoch wie in protestantischen (z.B. Newry und Stabane – 27% und 34,9% – Ballymena und Craigavon 10,5 bzw. 10,2%). Aber in diesen protestantischen Gegenden steigt die Arbeitslosigkeit dreimal schneller als in den katholischen. Ohne diese Sturmtruppe ist die Zwingburg der Imperialisten nicht zu halten, und das irische Volk wird sie schleifen. – (Korrespondentenbericht London)

Anteil der Beschäftigten in Großbritannien (England, Schottland, Wales) und Nordirland in ausgewählten Bereichen
(in Tausend und in Prozent der Gesamtbeschäftigten, Juni 1975)

	Großbritannien in Tausend	Großbritannien in Prozent	Nordirland in Tausend	Nordirland in Prozent
Beschäftigte gesamt	22212,5	*100,00*	494,1	*100,00*
produzierendes Gewerbe	9299,8	*41,87*	206,5	*41,8*
Industrie	7333,8	*33,0*	154,3	*31,23*
Landwirtschaft, Waldbau Fischfang	387,8	*1,75*	13,2	*2,67*
Bergbau	349,7	*1,57*	2,4	*0,49*
Nahrungsmittelindustrie	701,3	*3,16*	24,5	*4,96*
chemische Industrie	428,1	*1,93*	2,3	*0,47*
metallproduzierende Industrie	500,8	*2,25*	0,3	*0,06*
davon: Eisen und Stahl	246,9	*1,11*	0,1	*0,02*
Textilfaserindustrie	493,9	*2,22*	35,6	*7,2*
Kleidung und Schuhe	382,8	*1,72*	19,6	*3,97*

Quelle: Sozialstatistiken der britischen Regierung

Streik der britischen Feuerwehrleute nach neun Wochen beendet

Am 12.1. haben die Delegierten der britischen Fire Brigade Union (FBU) die Annahme des Angebots der Dienstherren und das Ende des Streiks auf ihrer Delegiertenkonferenz beschlossen. Die Feuerwehrleute hatten seit dem 14. November, also 9 Wochen lang gestreikt. Ihre Forderung war 30% mehr Lohn. Der Abschluss liegt innerhalb der Lohnleitlinie von 10% der Regierung. Er lautet: 10% Lohnerhöhung jetzt, Senkung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 42 Stunden im November 1978, sowie weitere Erhöhungen des Lohns im November 78 und 79. Die Abstimmung auf der Konferenz ergab 28729 Mandate für Annahme und Streikabbruch. 11795 Mandate für Ablehnung und Fortsetzung des Streiks. Die Mandate für Fortsetzung des Streiks kamen vor allem aus London, aus Liverpool (Merseyside) und aus Schottland.

Die Delegiertenkonferenz war einberufen worden, nachdem der Vorstand nach dreitägigen Verhandlungen mit den Dienstherren und der Regierung eine Woche zuvor sich für die Annahme des Angebots, das vor über 4 Wochen gemacht wurde, entschieden hatte und dies auch der Delegiertenkonferenz vorschlug.

Die Niederlage der Feuerwehrleute bedeutet eine Niederlage der britischen Arbeiterbewegung gegen die imperialistische Bourgeoisie. Die britischen Imperialisten haben ihre Regierung mit der Zehnprozentleitlinie in Marsch gesetzt, um die Höchstprofite für ihre expanisonistischen Pläne zu sichern. 1978 würden sie die westdeutschen Imperialisten im Zahlungsbilanzüberschuß einholen, haben sie zur Jahreswende erklärt. Aufholen gegen die Konkurrenz, sie möglichst überholen – das ist unmöglich, wenn der britischen Bourgeoisie nicht eine erhebliche Lohnsenkung gelingt. Gegen diese Lohnsenkung, gegen die Unzahl von Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit und die verschärften Disziplinierungen führt die Arbeiterbewegung den Kampf mit vielen einzelnen Streiks, Überstundenstreiks, Warnstreiks. In den letzten vier Wochen streikten zum Beispiel die Liverpooler Hafenarbeiter (3 Wochen) die Arbeiter bei British Leyland in Specke, (seit 11 Wochen), die Tankwagenfahrer in den Midlands (zwei Tage), die Arbeiter eines Ford-Zweigwerkes, die Arbeiter bei Birds Eye Food, die Reinigungsarbeiter des Birminghamer Bahnhofs, die Journalisten des „Northern Echo“ (seit mehreren Monaten). Überstundenstreiks wurden u.a. durchgeführt von den englischen Bäckern der Brotfabriken, Teilen der Werftarbeiter der Swan-Hunter-Werften, den technischen Angestellten des BBC-Fernsehens. Die Aufstellung ist lange nicht vollständig.

Der Streik der Feuerwehrleute, einer relativ kleinen Gewerkschaft mit 40000 Mitgliedern, wurde zum Kristallisationspunkt des Kampfes der britischen Arbeiterbewegung gegen die Lohnsenkungsabsichten der Imperialisten und deren Durchführung. Die Feuerwehrleute hatten von Anfang an erklärt, daß sie die Zehnprozentlinie zu Fall bringen wollten. Sie hatten Teile des Staatsapparats zum direkten Gegner, die Regierung war damit direkt angegriffen. Der Streik war nicht örtlich begrenzt, sondern wurde im ganzen Land geführt. Dies alles gab ihm seine große Bedeutung.

Die Unterstützung der Arbeiterbewegung zeigt sich in den hohen Geldsammlungen. Zusammen mit den vielen Sachspenden ermöglichten sie einen Streik von neun Wochen ohne Streikgeld. Die Unterstützung wurde auf unzähligen Demonstrationen, durch Beteiligung anderer Gewerkschaften auf örtlicher Ebene bewiesen. Aber überall war klar, daß mehr nötig war: daß die gesamte Gewerkschaftsorganisation den Kampf gegen die Zehnprozentleitlinie führt, und daß weitere Abteilungen der Arbeiterklasse zu diesem Zweck direkt ins Gefecht, in den Streik gehen.

Die sozialdemokratische Regierungsfraktion im TUC (Transportarbeitergewerkschaft) hat ihre vollen Anstrengungen während des Streiks darauf gerichtet, gerade dies zu verhindern. Das ist ihr unter dem Druck der Gewerkschaftsbewegung nur äußerst knapp gelungen. Am 21.12. stimmte der TUC-Generalrat mit 20 zu 17 gegen den Antrag der FBU einen einheitliche Kampagne gegen die Zehnprozentlinie durchzuführen. Bis auf eine stimmten alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die Kampagne. Auch die Gewerkschaften der Arbeiter der Elektrizitätswerke, der Postbeschäftigten, der Arbeiter in den Gas- und Wasserwerken. Diese Arbeiter führen in den nächsten Wochen den Tarifkampf und haben sich in ihren Forderungen ausdrücklich gegen die Zehnprozentleitlinie gerichtet. Was die Sozialdemokraten verhindern konnten, war die direkte Unterstützung der Feuerwehrleute durch gemeinsame Aktionen. Ein großer Teil dieser Spaltungsmanöver wurde schon durch die Zeitplanung der Regierung und der sozialdemokratischen TUC-Führung erledigt, die die Tarifkämpfe der Einzelgewerkschaften hübsch nacheinander ablaufen lassen will, um einzeln jede Branche zu schlagen und die Kraft der Arbeiterbewegung zu fesseln.

Die Feuerwehrleute haben ihren Streik mit großer Entschlossenheit und sehr hoher Kampfmoral geführt. Die Bourgeoisie hat sich durchsetzen können, weil die Gewerkschaftsorganisationen unter der Führung von Mitgliedern der Regierungspartei sind, die zur Unterstützung der Konkurrenzfähigkeit „ihrer“ Bourgeoisie und zur Stützung deren Regierung jede einheitliche Aktion verhindern und das ideologische Gift der „nötigen Unterstützung der Regierung durch die Arbeiter“ verbreiten.

Die Bourgeoisie kündigt neue Lohnleitlinien an. Sie will nachsetzen. Aber ihr Jubel ist gedämpft. Worüber soll sie auch jubeln können? In einer Lage, wo 40000 Arbeiter mit größter Entschlossenheit daran gehen, die Lohnraubabsichten zunichte zu machen, dabei von der ganzen Arbeiterbewegung unterstützt werden, einen neunwöchigen Streik ohne Streikgeld führen und dies nur ein Ausdruck der in der ganzen Arbeiterklasse vorhandenen Kampfbereitschaft ist, wo die Regierung großsprecherisch erklärt, die streikbrechende Armee könne die Feuerwehrleute ersetzen, und ihr jetzt die Versicherungskapitalisten nachrechnen, daß die Schäden durch Feuer fast doppelt so hoch sind? Die Regierungsfraktion im TUC hat sie vor der Niederlage bewahrt. Aber die britische Bourgeoisie wird gerade in diesem Streik die Erfahrung gemacht haben, daß weder der ideologische, noch der organisatorische Einfluss der Sozialdemokraten ewig währt. – (Korrespondentenbericht London)



In Bedrängnis geraten und unter den Parolenrufen der Feuerwehrleute suchte Premierminister Callaghan eilig das Weite.

Streik der US-amerikanischen Bergarbeiter gegen die Angriffe der Kapitalisten auf das Streikrecht und die Sozialversicherungen

Seit fünfeinhalb Wochen sind die Arbeiter aus den Kohlegruben der USA jetzt im Streik (siehe KVZ Nr. 52, S. 14/15). Die Forderungen der Bergarbeiter, die jetzt in einem Lohntarifvertrag mit verankert werden sollen, sind seit dem Sommer letzten Jahres: Zahlung der Beiträge zum Zusatzfonds zur Kranken- und Rentenversicherung durch die Kapitalisten in voller Höhe! Streikrecht!

2,3 Millionen Arbeitstage sind durch den Kampf der Bergarbeiter im letzten Jahr für die Kapitalisten zur Profitproduktion ausgefallen. Der Kampf wird mit größter Härte geführt. Die Minenkapitalisten haben angekündigt, daß sie die Gesundheits- und Krankenversicherung ganz streichen wollen. Die Bergarbeiter sollen sich privat auf eigene Kosten selbst versichern. Der Gesundheits- und Krankenfonds gilt für 820000 Bergleute und deren Familien. Die Gesundheits- und Krankenversorgung wurde 1954 erkämpft und hat bislang jede Ausgabe innerhalb der medizinischen Versorgung umfaßt, mit Ausnahme der zahnärztlichen Versorgung und Anschaffung von Brillen. Im Sommer letzten Jahres hatten dann die Kapitalisten versucht durchzusetzen, daß die Bergarbeiter die ersten 100 Dollar für Medikamente usw. selbst tragen müssen.

Weiter haben die Minenkapitalisten folgende Punkte zur Aufnahme in den abzuschließenden Lohntarifvertrag gefordert:

– Selbständige Streiks sollen verboten sein. Durch Vertrag soll den Minenkapitalisten gestattet werden, Teile des Lohnes abzuziehen, wenn die Bergarbeiter selbständige Streiks durchführen.

– Jeder Bergmann soll entlassen werden können, wenn er versucht, einen selbständigen Streik auch in andere Minen zu tragen. Die Tradition, daß die Bergleute Delegierte in andere Minen schicken, um so den Streik zu verbreitern – diese bisher wirksamste Streikwaffe der Minenarbeiter – soll durch den Vertrag gebrochen werden.

– Schließlich soll im Vertrag geregelt werden, daß die Kapitalisten eine Kündigung aussprechen dürfen, wenn ein Bergmann in vier Monaten sechs Mal unentschuldigt gefehlt hat. Bislang hatte jede Gesellschaft ihre eigene Abwesenheitsregelung.

– Die bis jetzt gültige Probezeit von 30 Tagen bei Neueinstellungen soll auf 90 Tage ausgeweitet werden.

Die Minenkapitalisten haben noch ein weiteres angekündigt: 901000 Bergarbeiter und ihre Familien sind in den Rentenkassen Mitglied. 86000 Bergarbeiter erhalten Rente. Die Rentenkasse will ab Februar alle Zahlungen einstellen, wenn nicht im Januar der Vertrag abgeschlossen und damit der Streik beendet wird. Die Rentenzahlungen von 225 Dollar im Monat sind neben einigen Sozialzahlungen das einzige Einkommen der meisten Bergleute in Rente.

„Das setzte den Rahmen für das wahrscheinliche Ende des Streiks. Die Gewerkschaften lassen ihre Forderung nach Streikrecht fallen – und die Unternehmen versüßen diesen Verzicht mit Zahlung in den Rentenfonds“ (The Europe Times, 12.12.77), frohlockte die bürgerliche Presse eine Woche nach dem Streik.

Mittlerweile sind sie still. Der Streik wird nicht nur fortgesetzt, sondern ausgeweitet. Sind in der ersten Streikwoche 40% der gesamten US-Kohleproduktion ausgefallen, so hat sich im Verlaufe des Streiks die Produktion weiter erheblich vermindert. Die Bergarbeiter haben eine Reihe von Minen, in denen die Kapitalisten die gewerkschaftliche Organisierung bislang verhindern konnten, in den Streik mit einbezogen. Sie stellen dort überall Streikposten auf. In den ersten beiden Wochen sind mehr als 12 solcher Minen gewaltsam geschlossen worden. Gleichzeitig nimmt auch die Brutalität des staatlichen Gewaltapparats und der von den Minenkapitalisten organisierten Schlägertrupps zu. In Prestenburg (Kentucky) wurde ein Streikposten erschossen.

Bewaffnete Auseinandersetzungen finden täglich statt. Trotzdem treten in immer mehr Minen die Arbeiter in den Streik. Im östlichen Ohio wurde ein Autokonvoi der Bergarbeiter nach Kentucky gebildet, um dort einige Minen zu schließen, Streikposten wurden aufgestellt und die Produktion wird verhindert. Eine Eisenbahnbrücke wurde gesprengt, um den Transport von Streikbrecher-Kohle zu verhindern. – (Z-Red.)

Die Dritte Welt ist die Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus

Sogar die Revisionisten können die Existenz der Dritten Welt nicht leugnen

Seit Jahr und Tag ist es das erklärte Ziel der Imperialisten und Sozialimperialisten, den OPEC-Zusammenschluß zu zerschlagen. Besonders vor der jüngst vergangenen Konferenz der OPEC-Länder waren die Hoffnungen der US-Imperialisten groß, endlich zum Ziel zu kommen. Sie haben nichts unversucht gelassen, um eine Spaltung herbeizuführen. Auf der einen Seite haben sie Druck gemacht auf einige Länder der OPEC, unter keinen Umständen Preiserhöhungen zuzustimmen, und auf der anderen Seite haben sie vor allem mit ihrer Währungspolitik, die aus der Dollarinflation eine Waffe gegen ihre imperialistischen Konkurrenten, insbesondere aber gegen die OPEC-Länder gemacht hat, eine Lage herbeizuführen versucht, wo einem Teil der OPEC-Länder gar nichts anderes bleibt, als den Ölpreis zu erhöhen, wenn sie nicht ihre Entwicklungsprojekte abschreiben oder sich völlig verschulden sollen. Dabei setzen die US-Imperialisten auf die Unterschiede zwischen den OPEC-Ländern. Saudi-Arabien z.B. und einige andere arabische Ölländer haben sehr große und großenteils erschlossene Ölreserven. Diese Länder sind jedoch nicht sehr bevölkerungsreich. Die Möglichkeit wie die Notwendigkeit, rasch die Entwicklung der eigenen Produktion voranzutreiben, stellen sich in diesen Ländern anders als in den OPEC-Ländern mit geringen erschlossenen Ölreserven und einer großen Bevölkerung, wie zum Beispiel in Algerien.

Die Politik des US-Imperialismus zielt darauf ab, die einen OPEC-Länder durch politischen und militärischen Druck zu zwingen, Preiserhöhungen unter keinen Umständen zuzustimmen und andere OPEC-Länder zu zwingen, auf eigenes Risiko die Preise zu erhöhen, wenn sie nicht zugrundegehen wollen. Ergebnis wäre die Spaltung der OPEC. Käme es zu einer teilweisen Preiserhöhung, dann würde das Öl der Länder, die keine Preiserhöhung vorgenommen haben, in Konkurrenz zum teureren Öl der anderen Länder tre-
genommen haben, in Konkurrenz zum teureren Öl der anderen Länder tre-
ten. Es käme zu einer Vernichtungskonkurrenz um Marktanteile. Die Preiskontrolle und Förderkontrolle durch die OPEC wäre zerschlagen. Die Position der OPEC-Länder gegenüber dem Imperialismus wäre entscheidend geschwächt, der Ölpreis ruiniert.

Der US-Imperialismus hat auf einige OPEC-Länder Druck ausgeübt, die Ölpreise unter keinen Umständen zu erhöhen, um von daher das Kartell zu sprengen. Die andere Supermacht, der Sozialimperialismus, hat auf andere OPEC-Länder Druck ausgeübt, die Ölpreise auf jeden Fall zu erhöhen. Druckmittel des Sozialimperialismus sind dabei nicht anders als beim US-Imperialismus die imperialistischen „Militärhilfen" und eine damit wie durch die Praxis des ungleichen Tausches betriebene zielstrebige Politik der Verschuldung. Es ist nämlich eine von den Imperialisten verbreitete Lüge, daß die OPEC-Länder im Geld schwimmen.

Der Sozialimperialismus hat genau wie der US-Imperialismus auf Spaltung gesetzt. Im Gegensatz zu den USA, die seit einigen Jahren Erdölimporteur sind, ist die Sowjetunion noch Erdölexporteur. Von einer Ölpreiserhöhung durch Teile der OPEC-Länder versprach er sich, auf den von ihm monopolisierten Märkten des RGW höhere Preise nehmen zu können, um auf anderen Märkten vielleicht die gleichen OPEC-Länder unterbieten zu können. Aber der Sozialimperialismus ist mit seiner Linie der Spaltung genausowenig zum erwünschten Erfolg gekommen wie die USA mit ihrer scheinbar entgegengesetzten Spaltungslinie.

Die OPEC – ein politischer Zusammenschluß von Ländern der Dritten Welt

Die OPEC will die Entwicklung der Situation abwarten und dann erneut prüfen, ob sie durch eine Erdölpreiserhöhung der rapide gestiegenen Ausplünderung mittels ungleichen Tausches gegen Industriewaren einheitlich Schranken setzen kann. Gleichzeitig hat sie beschlossen, ihre Tätigkeit auszudehnen auf die Produktion und den Handel mit Erdgas, wo die Länder der Dritten Welt noch keinen Zusammenschluß zustandegebracht haben und wo sie noch stärker unter dem Konkurrenzdruck der beiden Supermächte und der übrigen Imperialisten stehen als beim Erdöl.

Jedes kapitalistische Kartell wäre in einer solchen Situation auseinandergebrochen. Die Beispiele für solche Kartellsprengungen in der Geschichte des Imperialismus sind außerordentlich zahlreich. Erst wenn die Kartelle unter die Vorherrschaft eines Kapitals kommen und sich in Trusts oder Konzerne verwandeln, erhalten sie eine größere Haltbarkeit.

Der OPEC-Zusammenschluß ist eben nicht einfach ein kapitalistisches Kartell. Die OPEC-Länder haben mehr gemeinsam als Ölreserven und Ölproduktion. Sie sind Länder der Dritten Welt und in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus nicht nur untereinander, sondern mit den anderen Ländern der Dritten Welt verbunden, denen sie auch eine beträchtliche und wachsende Hilfe zum Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft leisten. Gerade weil der Zusammenschluß nicht auf Vorherrschaft, sondern auf Gleichberechtigung beruht, hat er gehalten und wird trotz aller Spaltungsversuche der beiden Supermächte und der übrigen Imperialisten halten, solange die Länder der Dritten Welt an ihrem Kurs der Unabhängigkeit festhalten. Das aber werden sie tun, denn es bleibt ihnen gar nicht anderes übrig, wenn sie nicht unter die Räder kommen wollen. Die Dritte Welt, das ist die Welt der unterdrückten Nationen, die um ihre Befreiung kämpfen. Kein Regime wird sich in den Ländern der Dritten Welt längere Zeit halten, das nicht in der einen oder anderen Weise für die Unabhängigkeit eintritt. Die Revolution würde es hinwegfegen.

Die OPEC ist ein politischer Zusammenschluß von Völkern der Dritten Welt auf Grundlage des gemeinsamen Interesses, die Wirtschaft von der Ausplünderung durch die Imperialisten zu befreien. Dieser Zusammenschluß wird gespeist von jahrzehntelangen Erfahrungen der Völker mit der Ausplünderung durch die Imperialisten und dem Kampf dagegen. Treten wir nicht gemeinsam auf, werden wir zertreten. Das ist eine historische Lehre, die selbst Angehörige der Feudalklasse und der Bourgeoisie in der Dritten Welt zu beherzigen wissen. Deshalb gelingt es den Imperialisten nicht, aus den Widersprüchen zwischen den OPEC-Ländern und allgemein zwischen den Ländern der Dritten Welt antagonistische Widersprüche zu machen.

Die OPEC ist eines der Beispiele dafür, daß die Dritte Welt zur Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus geworden ist. Aber die Länder der Dritten Welt schließen sich in vielen Fragen und auf vielen Ebenen zusammen. Der bewaffnete Befreiungskampf in Vietnam, Laos und Kambodscha ist durch die Völker der Dritten Welt unterstützt worden, und durch den Zusammenschluß der Dritten Welt konnten China, Kambodscha und Vietnam ihre legitimen Sitze in der UNO einnehmen. Der Befreiungskampf der Völker in Zimbabwe, Namibia und Azania findet nicht nur die Unterstützung von ganz Afrika, sondern fast aller Staaten der Dritten Welt. Wer die Existenz der Dritten Welt leugnen will, will eine Tatsache leugnen. Dieses hoffnungslose Unterfangen wird deshalb von kaum jemand unternommen. Die imperialistischen Ideologen haben lieber gleich eine vierte Welt erfunden, und die Revisionisten unternehmen komplizierte Untersuchungen der „Gruppierungen der Entwicklungsländer", um der unleugbaren Tatsache der Dritten Welt durch Spaltung besser zu Leibe rücken zu können.

OPEC 1974 – Eine Rangfolge der einzelnen Länder

Rang	Bevölkerung (Millionen)	Bruttoinlandsprodukt (Milliarden US-Dollar)	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (US-Dollar)	Erdölausfuhr (Millionen t)	Wareneinfuhr (Milliarden US-Dollar)
1	Indonesien 128	Iran 44	VAE 17000	Saudi-Arabien 414	Iran 6,0
2	Nigeria 80	Saudi-Arabien 30	Kuwait 13000	Iran 281	Venezuela 4,0
3	Iran 32	Venezuela 24	Katar 11000	Venezuela 144	Indonesien 3,9
4	Algerien 16	Nigeria 20	Libyen 6000	Kuwait 121	Algerien 3,7
5	Venezuela 12	Indonesien 16	Saudi-Arabien 3800	Nigeria 109	Saudi-Arabien 3,5
6	Irak 11	Libyen 13	Venezuela 2100	Irak 89	Libyen 2,9
7	Saudi-Arabien 8	Kuwait 12	Iran 1400	VAE 80	Nigeria 2,7
8	Ecuador 7	Irak 11	Irak 1000	Libyen 76	Irak 1,6
9	Libyen 2,2	Algerien 10	Algerien 600	Indonesien 61	Kuwait 1,5
10	Kuwait 0,9	VAE 6	Ecuador 500	Algerien 44	VAE 1,4
11	VAE 0,35	Ecuador 3,5	Nigeria 250	Katar 25	Ecuador 0,9
12	Katar 0,18	Katar 2	Indonesien 125	Ecuador 9	Katar 0,3
Insges.	300	190	650	1450	33

VAE: Vereinigte Arabische Emirate
Quelle: OPEC – Organization of the Petroleum Exporting Countries. Informationen und Analysen. Frankfurt 1975, S. 8

Liebevoll hat die Deutsche Bank einige der Unterschiede der OPEC-Länder zusammengetragen und jeweils eine Rangfolge aufgestellt. Sollte eine Vereinigung mit soviel Unterschieden und Widersprüchen nicht gespalten werden können? Es gelingt den Imperialisten nicht. „In allen OPEC-Ländern spielt der Erdölsektor die entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung. Das ist der gemeinsame Nenner", sagt die Deutsche Bank. Wäre das der gemeinsame Nenner, dann hätten die Imperialisten schon Erfolg gehabt bei ihren Spaltungsbemühungen. Der „gemeinsame Nenner" der OPEC-Länder ist, daß sie vom Imperialismus unterdrückte Länder sind, die sich gegen Ausplünderung und Ausbeutung durch die Imperialisten nur durch Zusammenschluß erfolgreich wehren können.

Die Revisionisten und die Dritte Welt

Die revisionistische Presse, dieses Instrument des Sozialimperialismus, befaßt sich ziemlich häufig mit der Dritten Welt. Diese Untersuchungen verfolgen das gleiche Interesse wie die Politik des Sozialimperialismus: diese Hauptkraft des Kampfes gegen den Imperialismus zu schwächen und zu spalten. In der revisionistischen Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik", die vom Außenministerium der DDR herausgegeben wird, schreibt ein Martin Robbe: „Die ‚Dritte Welt' ist ein internationales Phänomen, als gesellschaftliche Realität wie als Gegenstand der Bemühungen, sie zu verstehen." Leidvoll muß der Autor eingestehen, daß die Sache nicht aus der Welt zu schaffen gewesen ist durch Herumquengeln am Begriff: „Die Auseinandersetzungen beginnen schon beim Begriff ‚Dritte Welt': Bezeichnet er eine Realität? Oder ist es ein Kristallisationspunkt von Illusionen, denen Gutgläubige nachhängen, die ihrerseits von ideologischen Diversanten des Imperialismus für ihre Zwecke mißbraucht werden?" Die Geschichte ist zu weit fortgeschritten, als daß die letzte Position von den Revisionisten heute noch offen vertreten werden könnte. Die Revisionisten müssen also den Begriff aufnehmen, um in der Sache Verwirrung stiften zu können."

„Die ‚Dritte Welt' ist ganz gewiß eine Realität. Der Begriff ist unglücklich gewählt (allein schon im Hinblick auf die ‚erste' und die ‚zweite Welt', die ja, zumindest unausgesprochen, in der Zählung vorangehen), und man setzt ihn deshalb gern in Anführungszeichen. Doch unabhängig von solchen Begriffen existieren sozialistische Staaten; ihre Zahl wächst, denn der Gesellschaftsordnung, die in ihnen herrscht, dem Sozialismus/Kommunismus, gehört die Zukunft. Ebenso existieren auch imperialistische Staaten. Ihre ökonomischen und militärischen Potenzen sind nicht gering. Indessen sind sie in eine allgemeine Krise geraten, aus der es keinen Ausweg gibt. Was bleibt, was weder zu der einen, noch zu der anderen Staatengruppe gehört, ist aber weit mehr als der ‚Rest': das ist die Mehrheit der Länder, in der ungefähr zwei Milliarden Menschen, d.h. etwa die Hälfte der Menschheit, lebt. Diese Länder sind infolge kolonialer bzw. halbkolonialer Ausbeutung in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Sie werden im allgemeinen als Entwicklungsländer bezeichnet. Das ist, grob umrissen, die ‚Dritte Welt'."
umrissen, die ‚Dritte Welt'.

Wenn sich Revisionisten als Dialektiker betätigen, kann nichts Besseres herauskommen an Analyse. Auf die Wahrheit kommt es ihnen nicht an, sondern auf die Verfolgung ihrer reaktionären Interessen. Der Rest, der weit mehr als der Rest ist, das ist die Dritte Welt. So wird gesagt, daß dieser Teil der Welt dazu bestimmt ist, zwischen den „sozialistischen Staaten", die immer mehr werden, und den imperialistischen Staaten, die in einer allgemeinen Krise stecken, wenngleich sie noch beträchtliche politische und militärische Potenzen haben, aufgeteilt zu werden. Darauf laufen auch, wie wir noch sehen werden, alle Eingruppierungen der Länder der Dritten Welt durch die Sozialimperialisten hinaus. Eins ins Töpfchen, eins ins Kröpfchen.

Die revisionistische Theorie vom Hauptwiderspruch zwischen sozialistischem und imperialistischem Lager

Bekanntlich behaupten die Revisionisten, der Hauptwiderspruch in der heutigen Welt sei der zwischen dem sozialistischen Lager mit der Sowjetunion an der Spitze und dem imperialistischen Lager mit den USA an der Spitze. Nachdem die Revisionisten das sozialistische Lager gespalten und zerstört haben und einen Teil davon in den Herrschaftsbereich des sowjetischen Sozialimperialismus verwandelt haben, entspricht diese Behauptung ausgezeichnet den Hegemonialbestrebungen der Sowjetunion: Innerhalb des Herrschaftsbereiches der Sowjetunion herrschen „internationale Arbeitsteilung" und eingeschränkte Souveränität, außerhalb dieses Herrschaftsbereiches ist jede Intervention gerechtfertigt, weil sie dem Fortschritt dient, im Kampf zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager. Das ist eine Ideologie wie geschaffen, um die Rivalität mit der anderen Supermacht um die Weltherrschaft auszutragen. Dafür ist sie auch da.

Nehmen wir die Behauptung einmal für richtig, der Hauptwiderspruch in der heutigen Welt verliefe wirklich zwischen dem sozialistischen Lager auf der einen Seite und dem Lager des Imperialismus auf der anderen Seite. Dann wäre die Dritte Welt tatsächlich bestenfalls ein „Kristallisationspunkt von Illusionen, denen Gutgläubige nachhängen, die ihrerseits von ideologischen Diversanten des Imperialismus für ihre Zwecke mißbraucht werden". Wenn der Hauptwiderspruch zwischen sozialistischem Lager und Lager des Imperialismus verläuft, dann dient der Begriff Dritte Welt nur dazu, um diesen Hauptwiderspruch zu vertuschen und abzustumpfen und den antagonistischen Charakter dieses Hauptwiderspruchs zu leugnen. Tatsächlich ist das Wort Dritte Welt ursprünglich zu diesem Zweck in die Welt gesetzt worden, um die Revolution in den unterdrückten Völkern zu bekämpfen, eine Revolution, die von der neudemokratischen Etappe fortschreiten mußte zur sozialistischen Revolution oder scheitern mußte. Zu Recht hat Mao Tsetung und die Kommunistische Partei Chinas in der Zeit, als es den Revisionisten noch nicht gelungen war, das sozialistische Lager zu zerstören, die Revisionisten gerade deshalb angegriffen, weil sie mit der Theorie des nichtkapitalistischen Weges die Notwendigkeit der Revolution und des bewaffneten Befreiungskampfes aus der Welt schaffen wollten. Bei der Untersuchung der Weltlage haben Mao Tsetung und die Kommunistische Partei Chinas damals gerade nicht von der Dritten Welt gesprochen, sondern von den Zwischenzonen zwischen dem sozialistischen Lager und der sozialistischen Sowjetunion auf der einen Seite und dem Imperialismus mit dem US-Imperialismus an der Spitze auf der anderen Seite. Noch in ihrem Vorschlag über die Generallinie hat die Kommunistische Partei Chinas 1963 geschrieben:

„Die USA-Imperialisten versuchen, sich ein riesiges Weltreich, wie es die Geschichte noch nie gekannt hat, zu errichten, indem sie die Situation nach dem 2. Weltkrieg ausgenutzt und das Erbe der deutschen, italienischen und japanischen Faschisten angetreten haben. Das strategische Ziel des US-Im-
japanischen Faschisten angetreten haben. Das strategische Ziel des US-Im-
perialismus ist nach wie vor: Aggression auf die zwischen den USA und dem sozialistischen Lager liegende Zwischenzone zu verüben und sie unter seine Kontrolle zu bringen, die Revolutionen der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen abzuwürgen, dann die sozialistischen Länder zu vernichten, um so alle Völker und Länder der Welt, einschließlich seiner eigenen Verbündeten, unter Joch und Kontrolle des USA-Monopolkapitals zu bringen." (Vorschlag ... S. 12 f)

Der Begriff Dritte Welt hat seinen Sinn, um den Widerspruch zwischen den unterdrückenden und den unterdrückten Nationen, zu begreifen, der gegenwärtig der Hauptwiderspruch in der Welt ist. Die Dritte Welt ist gerade deshalb die Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, der seine Spitze gegen die beiden Supermächte richtet. Für die Revisionisten, die unter dem Deckmantel des Widerspruchs zwischen sozialistischem und imperialistischem Lager die Rivalität des sowjetischen Sozialimperialismus und des US-Imperialismus austragen, ist die Dritte Welt das „was bleibt". Indem die Revisionisten den Begriff der Dritten Welt akzeptieren, obwohl sie behaupten, vom Hauptwiderspruch zwischen dem sozialistischen Lager und dem Lager des Imperialismus auszugehen, gestehen sie in Wirklichkeit ein, daß sie Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus betreiben. Besteht der Hauptwiderspruch im Widerspruch zwischen sozialistischem und imperialistischem Lager, dann gibt es keine Dritte Welt, sondern Zwischenzonen zwischen den beiden entgegengesetzten Lagern.

Geht man vom Widerspruch zwischen den unterdrückenden und unterdrückten Nationen als Hauptwiderspruch aus, dann ist der Begriff der Dritten Welt keineswegs „unglücklich". Es ist klar, was ihm als erste und zweite Welt „vorausgeht": die beiden Supermächte, als Mächte, die alle Welt unterdrücken und schikanieren wollen, und jene imperialistischen Mächte, die, obwohl sie die Länder der Dritten Welt unterdrücken, doch auch der Unterdrückung und Schikane durch die beiden Supermächte ausgesetzt sind. Der Begriff erweist sich als glück-

lich, weil er den Hauptwiderspruch in der Welt, den Widerspruch zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen, richtig zum Ausdruck bringt.

Die „Differenzierungen" der Revisionisten dienen der Aufteilung der Welt zwischen den Supermächten

Nachdem die Revisionisten die Dritte Welt erst mal als das ausgemacht haben, „was bleibt", glauben sie an die Aufteilung gehen zu können. Bevor die Sozialimperialisten aufteilen können, müssen sie aber spalten. Das ist ihre imperialistische Absicht. Sie treten aber so auf, als wäre die Spaltung durch die Sache selbst gegeben.

„Im Ergebnis des antikolonialen und antiimperialistischen Kampfes entstanden selbständige Staaten. Ihre Existenz gehört heute zu den charakteristischen Merkmalen der ‚Dritten Welt'. In Inhalt und Form der staatlichen Selbständigkeit traten jedoch starke Unterschiede zutage. In einigen Ländern wuchs der Kampf für nationale Befreiung in eine sozialistische Revolution hinüber. Damit wurden die Grenzen dessen, was wir als ‚Dritte Welt' bezeichnen, gesprengt. Anderswo entstanden bürgerlich-parlamentarische Staatsformen, mehr oder weniger jenen nachgebildet, die es in den ehemaligen Kolonialmetropolen gab. Es entstanden auch Monarchien. Vielfach schufen die nationalen Kräfte, häufig Militärs, auch eigene Herrschaftsformen.

Die Differenzen und Differenzierungen, die sich hier abzeichnen, setzen sich in der heutigen ‚Dritten Welt' fort. Sie sind vor allem sozialökonomischer und politischer Natur. In den meisten Staaten vollziehen sich kapitalistische Entwicklungen, die teilweise schon in der Kolonialzeit begonnen haben. In einigen Fällen orientieren die Regierungen programmatisch auf die Herausbildung von Kapitalismus. Im Iran gestaltete sich die ‚weiße Revolution', die zu Beginn der sechziger Jahre in Angriff genommen wurde, zu einem ‚friedlichen Feldzug' der Bourgeoisie gegen den Feudalismus. Ihre Initiatoren gingen pragmatisch vor: eines ihrer Hauptziele war, einer ‚roten Revolution' von unten zuvorzukommen. In Brasilien – seit 1964 Militärdiktatur – sprechen die Herrschenden gleichfalls von ‚Revolution'. Ihr erklärtes Ziel ist es, das Land in der Zeitspanne einer Generation in die Kategorie der entwickelten kapitalistischen Länder, faktisch einer imperialistischen Macht unter neuen Bedingungen, zu versetzen. Um das zu erreichen, soll – nach dem ‚brasilianischen Entwicklungsmodell' – die Förderung eines einheimischen Kapitalismus (eines ‚nationalen Unternehmertums') mit raschem Wirtschaftswachstum einhergehen. In anderen Staaten – ihre Zahl wächst – konnten revolutionäre Kräfte auf eine Entwicklung zum Sozialismus orientieren, so in Algerien, Angola, Burma, Guinea, Guinea-Bissau, im Irak, in der VDR Jemen, in der Volksrepublik Kongo, in Mozambique, Somalia, Syrien und Tansania. Was sich hier anbahnt und entwickelt, ist weltgeschichtlich außerordentlich bedeutsam. In den genannten Staaten sind, würde man sie isoliert betrachten, weder die objektiven noch die subjektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution vorhanden; innerhalb des revolutionären Weltprozesses, in den sie objektiv einbezogen sind, können sie jedoch den Weg zum Sozialismus abkürzen und zwar dadurch, daß sie eine kapitalistische Entwicklung umgehen bzw. relativ frühzeitig überwinden."

Die Dritte Welt wird gebildet durch die unterdrückten Nationen, deren Widerspruch zum Imperialismus, insbesondere zu den beiden Supermächten, den Hauptwiderspruch in der gegenwärtigen Weltlage bildet. Wie soll die Dritte Welt „gesprengt" werden, wenn sich eine dieser Nationen unter Führung der Arbeiterklasse von der Herrschaft des Imperialismus befreit und von der neudemokratischen Revolution fortschreitet zum Sozialismus? Sprengt etwa das siegreiche Proletariat eines Landes durch seinen Sieg die Grenzen des internationalen Proletariats? Wieso sollte dann eine Nation, die den Sozialismus aufbaut, dadurch von der Seite der unterdrückten Nationen „gesprengt" werden? Diese Aussage gewinnt ihren Sinn nur vom Standpunkt der sozialimperialistischen Hegemonialmacht, die unter sozialistischer Revolution Vereinnahmung in den sozialimperialistischen Machtbereich versteht, so daß ein solches Land aufhört, Bestandteil dessen zu sein „was bleibt".

Die Volksrepublik China ist ein Land der Dritten Welt, weil sie durch die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats unverbrüchlicher Bestandteil der Dritten Welt bleibt in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Durch die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Verlauf der neudemokratischen Revolution wird die Front der Dritten Welt gefestigt und werden „ihre Grenzen" nicht „gesprengt". Alles andere ist eine Imperialistenidee. Wie Lenin gesagt hat:

„Der Imperialismus ist die fortschreitende Unterdrückung der Nationen der Welt durch eine Handvoll Großmächte. Er ist die Epoche der Kriege zwischen ihnen um die Erweiterung und Festigung der nationalen Unterdrückung. Er ist die Epoche des Betruges an den Volksmassen durch die heuchlerischen Sozialpatrioten, d.h. durch die Leute, die *unter dem Vorwand* der ‚Freiheit der Nationen', ‚des Selbstbestimmungsrechts der Nationen', der ‚Vaterlandsverteidigung' die Unterdrückung der Mehrheit der Nationen der Welt durch die Großmächte rechtfertigen und verteidigen. Eben deshalb muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den sozialdemokratischen Programmen bilden, da diese Einteilung *das Wesen* des Imperialismus ausmacht und von den Sozialpatrioten, Kautsky inbegriffen, *verlogenerweise* umgangen wird." (Werke 21, S. 415) Um solche verlogenen Sozialimperialisten handelt es sich bei Leuten, die behaupten, die Grenzen der Dritten Welt würden gesprengt, wenn ein Land die sozialistische Revolution macht. Wenn ein Land sich von der Herrschaft des Imperialismus befreit, ist damit noch lange nicht das Wesen des Imperialismus, die Einteilung der Welt in unterdrückende und unterdrückte Nationen überwunden, und der Kampf gegen den Imperialismus ist damit nicht beendet. Er schreitet voran. Dabei ist dieser Kampf insgesamt Bestandteil der proletarischen Weltrevolution, die die Wurzeln des Imperialismus, den Kapitalismus, beseitigt.

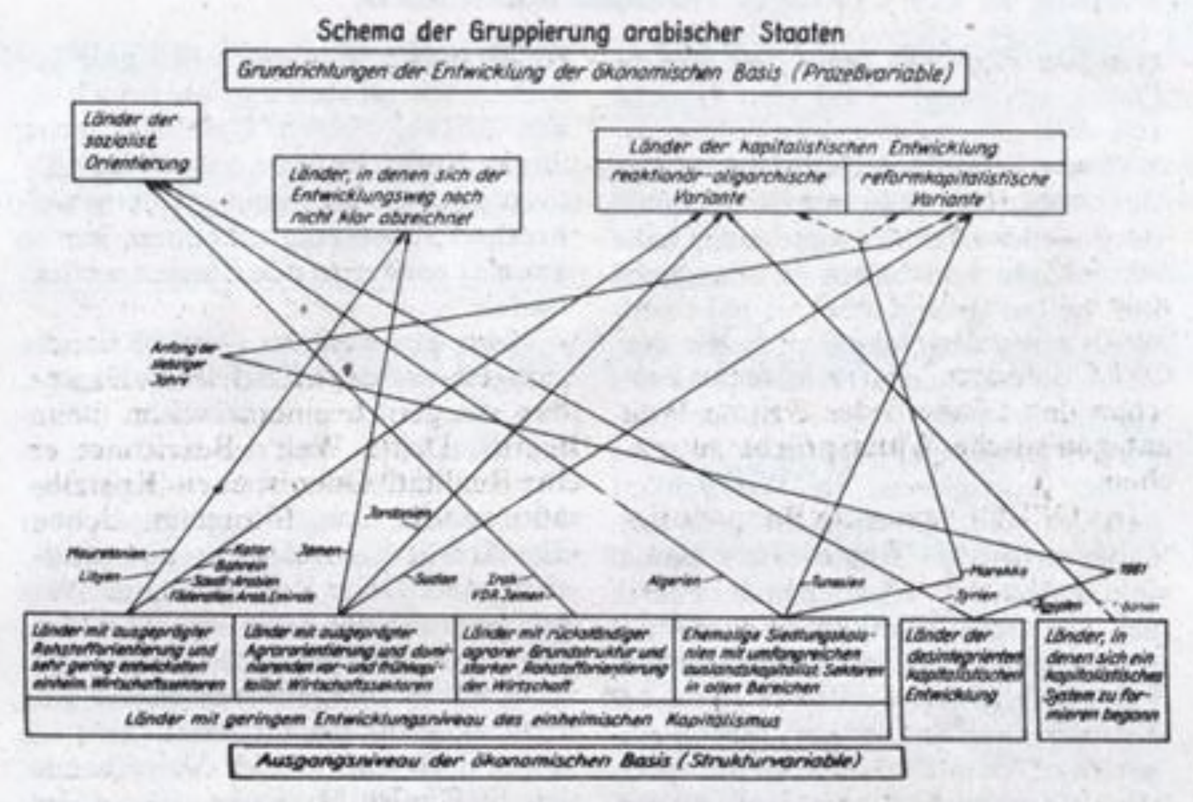
Die Revisionisten behaupten allerlei Differenzen und Differenzierung, um die Dritte Welt zu spalten. Aber diese Differenzierungen und Differenzen finden *innerhalb* der Dritten Welt statt, die eine Seite des Widerspruchs zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen bildet. Das ist der Hauptwiderspruch. Deshalb ist Zusammenschluß und nicht Spaltung die Haupttendenz. Die Völker der Dritten Welt müssen zu ihrer Befreiung den Weg der neudemokratischen Revolution gehen und fortschreiten zur sozialistischen Revolution. Unterscheiden sich etwa darin der Iran und Algerien, oder Brasilien und die Volksrepublik Kongo? Die Länder der Dritten Welt unterscheiden sich lediglich in der Konsequenz, mit der sie diesen Weg einschlagen. Die Hauptkraft auf diesem Weg der Dritten Welt sind die Bauernmassen. Erfolgreich beschritten werden kann dieser Weg nur unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.

Gegenwärtig wird ein großes Geschrei erhoben gegen die angeblich revisionistische Konzeption der drei Welten, die von der Kommunistischen Partei Chinas unter Führung Mao Tsetungs ausgearbeitet worden ist. Es ist viel davon die Rede, daß diese Konzeption den Klassencharakter der Staaten negiere, daß sie den Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus leugne und daß sie die Arbeiterklasse von der proletarischen Revolution abhalten wolle. Es wird behauptet, die Dritte Welt sei ein Begriff, mit dem Staaten unterschiedlichster Art in einen Topf geworfen werden. Die Volksrepublik China wolle mit dieser Theorie ein Bündnis mit den US-Imperialisten rechtfertigen usw.

Die Dritte Welt ist heute eine Tatsache. Man kann sie nicht wegleugnen. Nicht einmal die Revisionisten können das. Die Frage ist nicht, ob es die Dritte Welt gibt oder nicht. Die Frage ist, wie man sich zur Dritten Welt und ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus stellt, ob man ihr Streben nach Einheit in diesem Kampf unterstützt oder sabotiert.

Nur eine Strategie und Taktik, die den Kampf der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus als Teil der proletarischen Weltrevolution begreift, nur eine Politik der Einheitsfront, die dem Hauptwiderspruch zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen entspricht, versetzt die Kommunisten in die Lage, die führende Rolle der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen. – (Z-Red.)

Revisionistisches Verwirrspiel



Quelle: Asien, Afrika, Lateinamerika 6/76, Hrsg.: Zentraler Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR

Das Schema stammt aus der DDR-Zeitschrift „Asien, Afrika, Lateinamerika". Die arabischen Länder befinden sich in der Etappe der neudemokratischen Revolution gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus. Die arabischen Völker führen einen nationalen Befreiungskampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Zionismus. Diese Gemeinsamkeit soll das Schema beseitigen und durch willkürliche „Differenzierungen" verdrängen. Schon die Willkürlichkeit der „Strukturvariablen" sticht in die Augen. Was ist zum Beispiel der Unterschied zwischen ausgeprägter Agrarorientierung und rückständiger agrarer Grundstruktur? Offensichtlich schließt das eine das andere nicht aus. Erst recht ist die Differenzierung der „Prozeßvariablen" willkürlich. Keines der arabischen Länder hat die Aufgaben der neudemokratischen Revolution bisher verwirklicht, geschweige, daß eines dieser Länder bereits zum Aufbau des Sozialismus hätte übergehen können. Sie befinden sich in ein und derselben Etappe. Die Revisionisten setzen an Stelle der marxistisch-leninistischen Analyse Subjektivismus und Eklektizismus und versehen die Länder der Dritten Welt mit Etiketten, wie es ihnen in den Kram paßt. Auffällig bei Ägypten. Während mit Ausnahme noch von Marokko alle Länder eine völlig geradlinige Entwicklung durchmachen, ist Ägypten in einem wilden Zickzack-Kurs begriffen. Bis 1961 drohte Ägypten nach rechts aus dem Bild zu verschwinden, obwohl es doch immerhin den Suezkanal nationalisiert hatte. Bis Anfang der siebziger Jahre drohte es dann nach links aus dem Bild zu verschwinden, also kurz vor Verwirklichung des Kommunismus zu stehen.

Inzwischen ist es ein Land der reformkapitalistischen Variante. Das Geheimnis: Es hat den „Freundschaftsvertrag" mit der Sowjetunion gekündigt. Der Zickzack kommt nicht durch Schwankungen Ägyptens im Kampf um Unabhängigkeit zustande, sondern durch das Hin und Her von Erfolgen und Rückschlägen der Sozialimperialisten bei ihrem Versuch, sich Ägypten zu unterwerfen.

Neues bürgerliches Gesetzbuch in Ungarn

Am 29.9. wurde vom ungarischen Parlament ein Gesetz verabschiedet zur Veränderung des ungarischen bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Das bisher gültige BGB trat 1959 in Kraft, bereits nach der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in Ungarn. Sie hatte es dringend nötig, die Eigentumsverhältnisse per Gesetz zu regeln, um damit die Unantastbarkeit ihres Besitzstandes zu deklarieren. Bis 1959 hatte es in Ungarn kein BGB gegeben.

Bei der Verabschiedung des neuen BGB sagte Dr. Korom Mihály vor dem Parlament sehr treffend: „Es ist eine alte Wahrheit, daß es genügt, die Gesetze eines Zeitalters zu studieren, um angeben zu können, wie die damaligen grundlegenden wirtschaftlichen, juristischen usw. Verhältnisse waren. Das BGB widerspiegelt die gesellschaftliche, wirtschaftliche Wirklichkeit der Zeit, in der es geschaffen wurde. Im Laufe der seitdem vergangenen zwei Jahrzehnte jedoch haben sich in unserem Lande grundlegende Veränderungen vollzogen." (Népszabadság, 30.9.77) Diese grundlegende Veränderung ist die, daß die 1959 noch unvollständig entwickelten kapitalistischen Verhältnisse inzwischen zur vollen Blüte gelangten. Dem will die Bourgeoisie auch in ihren Gesetzen Rechnung tragen.

Die schwerwiegendste Änderung im neuen BGB ist, daß es nunmehr nicht nur die Rechtsbeziehungen von Personen untereinander regelt, wie das 1959 noch der Fall war, sondern auch die unter Betrieben, Unternehmen und deren Beziehungen zu Personen – also die ganzen rechtlichen Beziehungen des Warenverkehrs.

Die zentrale Festlegung dabei ist: „... die ökonomischen Einheiten wirtschaften selbständig und verantwortlich in einer durch die Rechtsvorschriften festgelegten Weise. Die staatliches Eigentum verwaltenden wirtschaftlichen Einheiten üben in den bürgerlich-rechtlichen Beziehungen die Rechte des Eigentümers aus und erfüllen dessen Pflichten. Sie können über diese Vermögensgegenstände ihrem Verwendungszwecke entsprechend und mit ihren Plänen im Zusammenhang, frei verfügen." (Népszabadság, 30.9.77)

Diese Festlegung ist nichts anderes als die Widerspiegelung dessen, daß die ehemals im Eigentum des Volkes befindlichen Betriebe zu selbständig wirtschaftenden, kapitalistischen Unternehmungen wurden und der allgemeinen Durchsetzung der Warenproduktion. Ist das Ziel der gesellschaftlichen Produktion der Profit – wie es in Ungarn heute ist – so treten die einzelnen Produktionseinheiten zwangsweise in Konkurrenz miteinander. Dazu müssen sie bis zu einem bedeutenden Grad selbständig sein.

Im sozialistischen Staat dagegen, wo die Arbeiterklasse die Macht innehat, wird über den zentralen staatlichen Plan den Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft entsprechend festgelegt, was und in welcher Quantität im einzelnen Betrieb produziert werden soll. Natürlich haben in der sozialistischen Gesellschaft die Betriebe eine gewisse Selbstständigkeit in der Bestimmung und Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb des staatlichen Planes. Aber niemals kann das die freie Verfügung über die Produktionsmittel durch den einzelnen Betrieb bedeuten, also freien Kauf und Verkauf von Produktionsmitteln, die Entscheidung über Aufnahme und Einstellung der Produktion usw.

Das formelle Eigentumsrecht behält in Ungarn weiterhin der Staat. Die neue Bourgeoisie kam an die Macht über die Eroberung des proletarischen Staates und damit gelangte sie auch mit einem Schlag in den Besitz sämtlicher, im Volkseigentum befindlicher Produktionsmittel, so eignet sich die bürokratische Monopolbourgeoisie über den Staat den in den Betrieben erwirtschafteten Profit an. Zugleich ist der Staat auch das Instrument der russischen Sozialimperialisten, die ebenfalls über ihn in das Wirtschaftsleben des Landes eingreifen und sich Mehrprodukt aneignen.

Außer der Festigung des Privateigentums hat das neue BGB eine weitere Funktion: So soll es ab jetzt in die Kompetenz der Gerichte gehören, über Streitigkeiten zwischen Nachbarn, Untermietern oder Anliegern zu entscheiden. Von besonderer Unverschämtheit ist der Paragraph, der festlegt: wenn durch ein Staatsorgan einem Bürger materieller Schaden zugefügt wird und das Recht des besagten Bürgers auf Schadensersatz anerkannt wird, so wird keineswegs das Organ oder die Leitung desselben zur Verantwortung gezogen, sondern der Angestellte, der mit der Erledigung der Angelegenheit beauftragt war. – (s)

Diskussionsveranstaltung
in Frankfurt, 10.2.1978

„Wer betreibt die Reakfion und wem dient sie? Wie dagegen kämpfen?"

Es sprechen:
Hans-Gerhart Schmierer
(Sekretär des ZK des KBW)
und Christian Semler
(Vorsitzender des ZK der KPD)

Frankfurt, 10.2.
im Bürgerhaus Nordweststadt
Beginn 19.30 UHr

„Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten“

Besuch einer Gerichtsverhandlung in der Pekinger Baumaschinenfabrik

Kurz nach 9 Uhr erreichte ich die Pekinger Baumaschinenfabrik im Stadtbezirk Chaoyang. Auf Wunsch hatte man mir die Teilnahme an einem Prozess gegen einen Arbeiter dieser Fabrik ermöglicht.

Im Versammlungsraum der Fabrik saßen bereits rund 200 Arbeiter und Arbeiterinnen. An einem langen Tisch saß das Gericht: ein Richter der Strafrechtsabteilung des Pekinger Volksgerichtshofs, der den Vorsitz führte, zwei Kader der Fabrik (eine junge Arbeiterin und ein älterer Arbeiter) als Beisitzer und ein Protokollant. Links und rechts davon, an gesonderten Tischen, saßen der Verteidiger und der Staatsanwalt.

In der Getriebekastenfabrik Hangdschou ist die Belegschaft den Komplotten der „Viererbande“ mit der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao entgegengetreten. Deshalb standen die Maschinen keinen einzigen Tag still. Nach der Zerschlagung der „Viererbande“ arbeitet die Belegschaft mit noch größerem Elan. Eine Fülle von technischen Neuerungen wurden vorgenommen. Der Getriebekasten Typ 120 zum Beispiel, der von der Belegschaft neu entwikkelt wurde, hat zahlreiche Vorzüge gegenüber dem anfänglichen Produkt. Er ist um ein Drittel leichter, um die Hälfte kleiner und braucht ein Drittel weniger Ersatzteile, während die Leistungsfähigkeit um 50% gestiegen ist.
Der Getriebekasten Typ 120 zum Beispiel, der von der Belegschaft neu entwikkelt wurde, hat zahlreiche Vorzüge gegenüber dem anfänglichen Produkt. Er ist um ein Drittel leichter, um die Hälfte kleiner und braucht ein Drittel weniger Ersatzteile, während die Leistungsfähigkeit um 50% gestiegen ist.

Verhandelt wurde gegen den 26jährigen Fang, Arbeiter dieser Fabrik. Das Gericht stellte sich den Massen kurz vor, erläuterte die Funktionen der einzelnen Mitglieder und den Ablauf der Verhandlung. Anschließend verlas der Staatsanwalt die Anklage: Der Angeklagte, der aus einer Arbeiterfamilie stammt, war Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und hatte in der Volksbefreiungsarmee gedient. Im April dieses Jahres hatte er einen Lastwagen einer anderen Fabrik gestohlen, war damit 6 Tage lang zu privatem Vergnügen spazierengefahren und hatte in privatem Interesse verschiedene Dinge transportiert. Ferner war der Wagen beschädigt und verschiedene Gegenstände aus dem Wageninnern entwendet worden. Er besaß keine Fahrerlaubnis. Ein Arbeiter der bestohlenen Fabrik hatte den LKW in der Stadt entdeckt und den Dieb festgenommen.

Danach schilderte der Angeklagte den Tathergang. Nachdem verschiedene Zeugen gehört worden waren (der Arbeiter, der ihn festgenommen hatte, der Fahrer des LKW, der Bruder des Angeklagten) fand eine erneute Debatte mit dem Angeklagten statt. Weshalb er denn den Wagen gestohlen

Sodann faßte der Ankläger nochmal zusammen, worin die Verletzung der sozialistischen Ordnung bestanden hatte: Staatseigentum war beschädigt bzw. vergeudet und das Leben der Massen durch ihn – der keine Fahrpraxis und -erlaubnis besessen habe – gefährdet worden. Der Verteidiger faßte die Gründe für eine Strafmilderung zusammen: der Angeklagte habe nicht im Eigeninteresse gehandelt, sondern anderen helfen wollen und habe keine gegen die Diktatur des Proletariats gerichteten politischen Ziele verfolgt. Jeder weiß, daß diese Verbrechen kein Einzelfall seien. Denn die Viererbande habe die Gesetze des Landes durcheinandergebracht und die Jugendlichen bewußt zu Störungen aufgerufen. Dies – im Zusammenhang mit ungenügendem politischem Studium – sei der ideologische Hintergrund der Tat, der den Angeklagten beeinflußt habe.

Danach bat das Gericht die Massen um Stellungnahmen zu diesem Fall. Ein älterer Arbeiter meinte, Fang sei stets faul gewesen, habe anarchistische Ideen vertreten, sich an keinerlei Disziplin gehalten. Oft habe er gelogen. Zum Angeklagten gewandt sagte er: „Du mußt Deine Fehler erkennen, Dich bessern und zu den Volksmassen

hätte, wollte der Richter wissen. Der Angeklagte meinte, er habe ihn weniger für sich selbst nutzen wollen. Er habe vielmehr anderen beim Transport von Sachen helfen wollen. Nach einigem Nachdenken sagte der Angeklagte, ihm sei inzwischen klar geworden, daß er nicht genügend an der Umwandlung seiner Weltanschauung gearbeitet und einen großen Fehler begangen habe. Sicher sei der Einfluß der Viererbande auf ihn nicht zu übersehen, hätte diese doch die Jugendlichen, die solche Taten begangen hätten, oft als Rebellen bezeichnet. Er habe bereits früher eine Menge Fehler begangen, die Hilfe seiner Genossen und Arbeitskollegen aber stets abgelehnt.

zurückkehren! Du mußt Dir unsere Politik aneignen!“ Und zum Gericht gewandt: „Wenn er unsere Politik anerkennt, seine Fehler einsieht, soll er mild verurteilt werden.“ Ein Mitglied des Jugendverbandes sagte, Fang habe oft gelogen und betrogen, man habe ihm helfen wollen, aber er habe jedwede Hilfe abgelehnt, vielmehr versucht, auch die anderen Mitglieder des Jugendverbandes negativ zu beeinflußen. Er habe behauptet, er wolle seine Fehler korrigieren, in Wirklichkeit habe er sich jedoch nicht geändert. Eine Arbeiterin zeigte noch einmal sein schlechtes Verhalten in der Fabrik auf. Sie sagte, nachdem er mehrmals wegen seiner Lügen, Betrügereien und Faulheit kritisiert worden sei, habe die Leitung einen Studienkurs für ihn eingerichtet, damit er seine Fehler politisch einsehen und korrigieren könne. Genau in dieser Zeit habe er jedoch den LKW gestohlen. „Du mußt die Lehre aus Deinen Erfahrungen ziehen, Dich selbst korrigieren und den Einfluß der Viererbande erkennen und beseitigen ... Du stammst zwar aus einer Arbeiterfamilie, aber wenn Du Deine Fehler nicht bekämpfst, wirst Du später noch größere begehen. Deshalb mußt Du jetzt Deine Weltanschauung umgestalten. Du darfst nicht Deine eigenen Interessen über die Interessen der Partei und des Volkes stellen.“

Als nächstes meldete sich sein älterer Bruder zu Wort, Arbeiter in einer anderen Fabrik, der extra zu diesem Prozeß gekommen war. Sichtlich erregt sagte er, die Familie habe Fehler gemacht, die Erziehung seines Bruders in gewisser Hinsicht vernachlässigt. Sodann sagte er zu seinem Bruder: „Du bist nach der Befreiung geboren und kennst die alte Gesellschaft nicht. Weißt Du, wie es unserer Familie vor der Befreiung erging? Während des antijapanischen Krieges ging es uns ganz dreckig. Vater wurde von den Japanern verhaftet und übel zugerichtet. Dadurch wurde er nervenkrank. Gutsbesitzer und Kapitalisten unterdrückten uns in schlimmster Weise und wir besaßen nichts. Nach der Befreiung erhielten wir Land und ein Haus. Wir hatten genügend zu Essen und Kleidung und das Leben wurde immer besser. Du weißt das alles nicht. Aber warum konntest Du zur Schule gehen, warum hast Du Arbeit?“ Zum Gericht gewandt sagte er: „Mein Bruder ist ein
ser. Du weißt das alles nicht. Aber warum konntest Du zur Schule gehen, warum hast Du Arbeit?“ Zum Gericht gewandt sagte er: „Mein Bruder ist ein
Beispiel für die Opfer der Viererbande ... Er muß seine Gedanken selbst überprüfen, erkennen, warum er das getan hat. Zukünftig müssen wir ihm mehr helfen, damit er nicht noch größere Verbrechen begeht.“

Ein etwa 30 Jahre alter Arbeiter faßte die Diskussion noch einmal zusammen: „Viele Genossen, einschließlich seines Bruders, haben nun ihre Ansichten geäußert. Das ist eine gute Gelegenheit für ihn, um gegen seine bürgerliche Weltanschauung anzukämpfen. Genossen! Wir müssen ihm einen Ausweg zeigen. Der Vorsitzende Mao sagte stets: „Man muß jeden, der Fehler begangen hat, erst kritisieren, dann ihm helfen. Läßt man ihm keinen Ausweg, ist das keine proletarische Politik.“ Es war gut , daß Fang verhaftet wurde. Hätte man ihn nicht verhaftet und hier vor Gericht gestellt, hätte er vielleicht nicht überlegt, ob sein Verhalten richtig oder falsch war. Er hätte seine Fehler nicht korrigieren können. Hier vor Gericht können jetzt alle Genossen seine Taten analysieren. Der direkte Anlaß dieser Verhandlung ist der Diebstahl, aber das ist nur eine oberflächliche Erscheinung. Die wahre Ursache liegt in seinen bürgerlichen Gedanken. Deshalb sitzen heute viele Genossen hier, um ihn zu erziehen. Heute haben wir unsere Meinung geäußert, wir müssen ihm aber auch einen Ausweg zeigen. Das heißt nicht, ihn zu Verbrechen zu ermutigen, sondern ihn bessern. Fang soll sein Verbrechen vollständig erkennen, nur so kann er wieder zu den Massen zurückfinden.“

Nach Abschluß der Debatte wandte sich der Richter an den Angeklagten, den die Kritik innerlich sehr mitgenommen hatte. Bei der Kritik seines Bruders hatte er zu weinen begonnen. Man spürte, er hatte angefangen über die Kritik nachzudenken und wollte sich bessern. Der Richter fragte: „Was meinst Du zu den Meinungen der Massen?“ Der Angeklagte Fang sagte: „Die Kritik der Genossen ist eine gute Erfahrung für mich. Früher stand ich unter dem Einfluß der Viererbande. Ich hielt mich für klüger als andere. Schlechtes hielt ich für Gutes. Ich vergaß das unglückliche Leben meiner Familie in der alten Gesellschaft. Die Hilfe der Kollegen lehnte ich ab. Ein Mensch muß den richtigen Weg gehen. Die Kritik der Genossen ist richtig. Es ist gut, daß ich festgenommen wurde. So kann man mich erziehen und dadurch retten. Das ist eine gute Gelegenheit für mich, ein anderer Mensch zu werden.“

Danach verließ der Angeklagte den Raum. Das Gericht löste sich nun auf, seine vier Miglieder setzten sich getrennt unter die Massen. Der Richter bat die Massen, Urteilsvorschläge zu machen. Zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen äußerten sich. Ein alter Arbeiter hielt die Tat für erheblich, sie richte sich gegen die Arbeiterklasse, habe dem Ansehen ihrer Fabrik geschadet. Er war für drei Jahre Bewährung. (Bei einem Urteil bis zu drei Jahren muß man in China nicht ins Gefängnis, die Strafe ist stets zur Bewährung ausgesetzt.) Eine junge Arbeiterin: „Ich bin für eine milde Strafe, Fang soll in dieser Fabrik bleiben und unter Aufsicht der Volksmassen arbeiten und umerzogen werden.“ Ein anderer Arbeiter: „Die Folgen seiner Tat sind nicht schwer. Er verfolgte keine konterrevolutionären Ziele, er wollte, indem er für andere Sachen transportierte, sich nur beliebt machen. Sein heutiges Verhalten zeigt, daß er sich bereits gebessert hat. Ich glaube, mit Hilfe der Arbeiter wird er sich ändern. Ich bin für ein Jahr Bewährung. Er soll weiter hier bei uns arbeiten.“ (Zurufe: „ich bin dafür!“ „Ich auch!“)

Richter: „Es gibt drei Meinungen: Ein, zwei und drei Jahre Bewährung. Das Gericht wird sich kurz zur Beratung zurückziehen, Eure Meinungen diskutieren und noch die Ansicht der Fabrikleitung erfragen.“

Nachdem die Mitglieder des Gerichts sich beraten und auf zwei Jahre Bewährung geeinigt hatten, befragte der Richter noch die Leitung des Parteikomitees und des Revolutionskomitees (Fabrikleitung). Diese äußerten kurz ihre Meinung zu dem Fall und zeigten sich mit dem Urteil einverstanden.

Danach kam das Gericht in den Verhandlungssaal zurück, verkündete das Urteil (2 Jahre Bewährung) und erklärte, der Angeklagte könne innerhalb von 10 Tagen Berufung einlegen. Der Richter faßte die politischen und ideologischen Hintergründe der Tat nochmal zusammen und schloß dann die Verhandlung.

Bei Prozessen im Sozialismus bedarf es keiner ausgeklügelten und ausgefeilten Gesetzeswerke, mit denen das Volk im Kapitalismus unterdrückt, entrechtet und erniedrigt wird. Die Massen sind in der Lage, solche Widerprüche im Volk auf der richtigen Grundlage, durch Diskussion und Kritik – Selbstkritik schnell und einfach zu lösen. So hieß es bereits in den „Grundproblemen des bürgerlichen Rechts der VR China“ von 1958: „Unser Land darf im gegenwärtigen Zeitpunkt nur ein paar provisorische Vorschriften erlassen, welche im wesentlichen allgemeine Programme und Grundsätze enthalten ... Wir sind keine Theoretiker, die glauben, daß Gesetze alles schaffen können“. Und in der Verfassung der VR China heißt es: „In der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit wie bei der Verhandlung von Rechtsfällen muß die Massenlinie durchgeführt werden. Bei schweren konterrevolutionären Straffällen müssen die Massen zur Diskussion der Straffälle und Kritik der Straftaten mobilisiert werden.“ – (Peking, Dez. 77 – Korrespondentenbericht)



Kader und Bauern in dem Kreisbezirk Maotiän erinnern sich an die revolutionäre Praxis des Vorsitzenden Hua in diesem Kreis. Dort sind vier Volkskommunen aufgebaut worden. Trotz einer Reihe von Naturkatastrophen konnte die Produktion seitdem ständig ausgedehnt werden. Auf früher kahlen Bergen wurden Forste und Felder angelegt. Diese Erfolge wurden im Kampf gegen Auffassungen erzielt, die propagierten, man solle nicht von den revolutionären Erfahrungen der Produktionsbrigade Dadschai lernen und man könne nicht im Vertrauen auf die Kraft der Volkskommunen und durch hartes Bemühen den Kreisbezirk aufbauen. Beim Straßenbau, bei der Steigerung des Getreideertrags, bei der Vermehrung der Betriebe und der Mechanisierung der Landwirtschaft konnten in diesem Kampf rasche Fortschritte erzielt werden.

Kommunistische Volkszeitung